

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Der Gegenstand unserer heutigen Veranstaltung berührt mich als Unternehmer unmittelbar. Nicht, daß ein Unternehmen der Körper-Gruppe Entlassungen wegen Auftragsmangel durchführen muß. Im Gegenteil, seit Jahren können meine Unternehmen trotz intensiver Werbungs-, Aus- und Umschulungsbemühungen wegen fehlender Facharbeiter eine ganze Reihe von Arbeitsplätzen nicht besetzen. Ich weiß, das gleiche gilt, nicht zuletzt aus Gründen der mangelnden Mobilität der Arbeitnehmer, für viele Hersteller von Präzisionsmaschinen und -anlagen.

Weil dieser industrielle Bereich nur einen Sektor in unserer produzierenden Wirtschaft darstellt, will ich der Diskussion in diesem Punkte nicht vorgreifen; denn gesamtgesellschaftlich ist die Arbeitslosigkeit eine schwere wirtschaftliche und soziale Hypothek, mit der auch die Unternehmer belastet sind.

In der aktuellen Bewertung dieses Problems stimmen wir also mit den Gewerkschaften und der Regierung überein. Um so wichtiger ist es, die Ursachen zu analysieren und Lösungsmöglichkeiten zu erforschen. Dazu ist der Gesprächskreis zusammengelassen, plural, das heißt aus allen Meinungsrichtungen zusammengesetzt, wie wir es im Bergedorfer Kreis gewohnt sind, und international, wie es angesichts der europäischen Dimension der Arbeitslosigkeit notwendig ist.

Um die Chance eines "brain storming" für fruchtbare Erkenntnisse, vielleicht sogar praktische Handlungsmöglichkeiten zu gewinnen, erscheint es mir notwendig, unsere Verhandlungen nicht, wie es heute allenthalben zu rasch geschieht, allzu fest in den gewohnten Rahmen gesellschaftspolitischer Vorstellungen zu spannen. Soweit es geht, sollten wir uns freimachen von dem Rollenspiel zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, Regierung und Verwaltung. Denn der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine Angelegenheit des guten Willens. Ich gehe davon aus, daß dieser gute Wille, die Arbeitslosigkeit in diesem Lande zu beseitigen, vorhanden ist.

Das zeigen auch die verschiedenartigen Vorschläge:

Arbeitszeitverkürzung, beispielsweise 35-Stunden-Woche, Ausbildungsverlängerung, frühzeitige Pensionierung, Einführung eines Pausenjahres bis hin zur Steuerung des technischen Fortschritts einerseits und der Forcierung des wirtschaftlichen Wachstums durch Investitionserleichterungen andererseits, wie immer man diese Anregungen im einzelnen beurteilen mag. Wir haben also eine farbenreiche Palette mit Diskussionsvorschlägen auf dem Tisch, was jedoch nicht ausschließt, daß vielleicht ganz andere Lösungsmöglichkeiten gefunden werden müssen, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Selbstverständlich sehe ich, daß wir uns, wenn wir Lösungen anpeilen, vor einem zu tiefen Eindringen in die wirtschaftliche, technologische und soziale Komplexität unserer Gesellschaft hüten müssen. Aber wir können uns auch nicht ganz davon dispensieren. Denn es geht nicht ausschließlich um objektive Sachzwänge. Es geht vielmehr und nicht zuletzt um unsere Willensanstrengungen. Das heißt, es geht sowohl um den Mut der Unternehmer, für die Überwindung der Arbeitslosigkeit etwas zu riskieren, als auch um die Bereitschaft der Arbeitnehmer, ihrerseits die Risiken der Mobilität in Kauf zu nehmen und nicht nur steil wachsende Einkommen mit langfristigen Garantien für neu eingerichtete Arbeitsplätze zu akzeptieren. Nicht zuletzt geht es um den Mut aller Verantwortlichen, die Wahrheit zu sagen.

Das alles umfaßt keineswegs allein ökonomische und sozialpolitische Sachfragen und Details, sondern es betrifft auch die Moral, und zwar insofern, als die Einzel- und Gruppeninteressen nicht stets auf Kosten gesamtgesellschaftlicher Interessen erkämpft werden dürfen. Ich hoffe, daß auch dieses Problem - meiner Ansicht nach ist es ein sehr ernstes - heute in das Blickfeld unserer Diskussion gerät.

Wieviel wir uns vorgenommen haben, zeigt schon die Tatsache, daß wir drei Referate parallel geschaltet haben. Bundesminister Hauff, Professor Fels und Professor Streissler haben sich lebenswürdigerweise bereit erklärt, zu uns zu sprechen. Professor Bombach, ein alter Freund des Bergedorfer Gesprächskreises, hat die Regie übernommen, wofür ich ihm herzlich danke.

Hauff

Ich beginne mit einer These: Die weltweite Konkurrenz um knappe Rohstoffe, Energiequellen und Arbeitsplätze wird zunehmend heftiger. Ohne ständigen technischen Fortschritt werden spannungsreiche Verteilungskonflikte unvermeidbar.

Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen

Die Bereitstellung und Verteilung begrenzter Energiequellen und Rohstoffe wird maßgeblich die weltweiten Auseinandersetzungen des letzten Teils dieses Jahrhunderts prägen. Die langfristig wirksamen Faktoren einer veränderten Weltlage sind bereits heute in den Industrieländern deutlich spürbar. Der Anpassungsdruck, der von ihnen ausgeht, verändert unsere wirtschaftlichen und sozialen Strukturen. Es werden noch zahlreiche Lernprozesse erforderlich sein, um uns den veränderten Bedingungen anzupassen. Der Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze nimmt weltweit zu; viele der Entwicklungsländer, insbesondere die sogenannten Schwellenländer, drängen mit Industrieprodukten relativ einfacher Technologie verstärkt auf den Weltmarkt. Die Wettbewerbsposition der Industrieländer wird sich bei arbeitsintensiven und technologisch ausgereiften Erzeugnissen wegen ihres hohen Lohnniveaus zunehmend verschlechtern.

In der Bundesrepublik werden durch diesen Strukturwandel vor allem jene Industriebranchen in Bedrängnis geraten, deren Produktionsprozesse lohnintensiv sind und die gleichzeitig nur relativ geringe Anforderungen an das Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte stellen. Die notwendige Konsequenz wird eine Umorientierung und Produktionsspezialisierung auf technologisch anspruchsvolle Güter und Dienste sein, auf Produktionen also, deren Qualifikationsintensität sehr hoch und/oder deren Wettbewerbsfähigkeit weniger preis- als qualitätsabhängig ist. Daß wir technischen Fortschritt brauchen, nicht nur um Arbeitsplätze und den Wohlstand in unserem Land zu erhalten, sondern auch um die bestehenden und zukünftigen Probleme der Rohstoff- und Energieversorgung und des Umweltschutzes lösen zu können, bedarf in dieser Gesprächsrunde wohl keiner näheren Erläuterung.

Freisetzung durch technischen Fortschritt

Klar ist: Durch technischen Fortschritt und technologischen Wandel sind in der Vergangenheit immer Arbeitsplätze vernichtet worden. Es mutet mich manchmal etwas gespenstisch und, wenn in der gegenwärtigen Diskussion der Eindruck vermittelt wird, als ob dies eine neuere Entwicklung sei. Man braucht ja nicht bis zu den "Webern" von Gerhart Hauptmann zurückzugehen. Ich habe vor kurzem in einer Studie über den Lippischen Raum gelesen, daß dort in der Zeit zwischen 1840 und 1850 über die Hälfte aller vorhandenen Arbeitsplätze im Bereich der gewerblichen Wirtschaft vernichtet wurde. Es ist auch unbestreitbar, daß die moderne Landmaschinentechnik, beispielsweise der Mähdrescher, Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet hat.

Nach einer Untersuchung des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft (RKW) sind zwischen 1950 und 1970 in der Bundesrepublik Deutschland rund 20 Millionen Erwerbspersonen durch den technischen Fortschritt "freigesetzt" worden. Mir ist klar, daß diese Zahl interpretationsbedürftig ist, was davon unmittelbar der Technik zuzurechnen und was auf Organisationsveränderungen zurückzuführen ist. Aber das ist ein recht akademischer Streit, zumal die Dinge in der Praxis immer voneinander abhängen.

Die Freisetzungsraten waren am höchsten in der Land- und Forstwirtschaft und am niedrigsten im tertiären Sektor. Der Anteil der Freigesetzten an der Zahl der Erwerbstätigen betrug für die Gesamtwirtschaft in dem Zeitraum von 1950-1960 nahezu 50 Prozent, von 1960-1970 über 35 Prozent. Diese erstaunlich hohen Zahlen vermitteln einen Eindruck von der Geschwindigkeit des technischen Fortschritts in der Vergangenheit und dem Ausmaß der Anpassungsprozesse, die dabei verkräftet werden mußten. Historische Beispiele belegen überdies, daß -3s im vorigen Jahrhundert ähnlich war.

Absorptionsbedarf und -möglichkeiten

In der aktuellen Diskussion wird häufig übersehen, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik seit Anfang der 50er Jahre ständige und erhebliche strukturelle Verschiebungen im Gefolge hatte und daß große Anforderungen an die räumliche und berufliche Mobilität der Arbeitnehmer ebenso wie an die Innovationsbereitschaft der Unternehmen gestellt wurden. Das Ausmaß des strukturellen Wandels läßt sich auch mit einer anderen Zahl belegen: Von 1950 bis 1960 mußten sechs Millionen Arbeitskräfte absorbiert werden. Diese Zahl setzte sich zusammen aus 1,3

Millionen Arbeitslose zu Beginn der 50er Jahre; gleichzeitig nahm die Erwerbsbevölkerung um 3,3 Millionen zu und waren 1,4 Millionen Freisetzungen aus der Landwirtschaft zu verkräften. Für diese sechs Millionen wurden in jenem Zeitraum zusätzlich Arbeitsplätze geschaffen, insbesondere in der Industrie und im Dienstleistungsbereich.

Von 1960 bis 1973 war der Absorptionsbedarf erheblich kleiner als in den 50er Jahren; es wurden lediglich 0,7 Millionen neue Arbeitsplätze benötigt. Zum einen ging die Zahl der inländischen Erwerbsspersonen in den 60er Jahren drastisch zurück, zum anderen war die Arbeitslosigkeit bereits zu Beginn dieser Periode weitgehend beseitigt. Gleichzeitig nahm die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Industrie und im Dienstleistungsbereich um 3 Millionen zu. Zwischen 1960 und 1973 fehlten also am Arbeitsmarkt cirka 2,3 Millionen Arbeitskräfte. Dieses Ungleichgewicht wurde im wesentlichen durch die Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern beseitigt.

Die Zahlen über Freisetzungen, Absorptionsbedarf und Absorptionsmöglichkeiten machen deutlich, welche enormen Probleme auch in den vergangenen Jahrzehnten auf dem Arbeitsmarkt bewältigt werden mußten und infolge hoher Raten des Produktionswachstums sowie einer hohen Anpassungsbereitschaft, einer hohen Mobilität und Flexibilität der Wirtschaft tatsächlich bewältigt wurden, bei einem gleichzeitigen Ausbau der sozialen Sicherung in unserem Lande. Sämtliche freigesetzten Arbeitskräfte konnten bis Anfang der 70er Jahre ohne größere Friktionen in der Gesamtwirtschaft wiederbeschäftigt werden.

Allerdings überstieg ab 1960 auch im sekundären Sektor, was in der öffentlichen Debatte vielfach übersehen wurde, die Zahl der Freisetzungen die dort vorhandenen Möglichkeiten der Wiederbeschäftigung. Die in diesem Bereich freigesetzten Arbeitskräfte wurden daher zunächst in den tertiären Sektor umgesetzt. Die Wanderung vom primären zum sekundären und von dort zum tertiären Sektor wurde von zahlreichen aufstiegsorientierten Arbeitnehmern freiwillig vollzogen, so daß Freisetzungen in den beiden ersten Sektoren gleichsam unsichtbar blieben, sich also nicht in Entlassungen ausdrückten. Dagegen werden Rationalisierungen im tertiären Sektor, wenn sie nicht durch Produktionsausweitungen eben dort aufgefangen werden können, weitaus gravierendere Probleme aufwerfen. Denn aus diesem Sektor wollen nur wenige Arbeitskräfte freiwillig abwandern, und es tut sich bisher auch kein stark expandierender anderer Bereich auf, der freigesetzte Arbeitskräfte aufnehmen könnte.

Produktivitätsfortschritt und Produktionswachstum

Die Beschäftigungssituation hängt entscheidend von der Relation Produktivitätsfortschrittsrate zu Produktionswachstum ab. Das Zurückbleiben des Produktionswachstums hinter dem Produktivitätsfortschritt in den vergangenen Jahren ist einer der Gründe für die heutigen Beschäftigungsprobleme. Hier nun kann die Forschungs- und Technologiepolitik einen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten, wenngleich nicht kurzfristig, allenfalls mittelfristig, sicherlich langfristig. Produktivitätsfortschritt und Wirtschaftswachstum sind eng miteinander verknüpft. Jedenfalls wird längerfristig gesehen ein geringerer Produktivitätsanstieg auch zu einer Verringerung des Produktionswachstums führen. Die Entwicklung in Großbritannien gibt dafür eindrucksvolle Beispiele.

Zum anderen zeigen Untersuchungen in der Bundesrepublik, die insbesondere das Bundeswirtschaftsministerium durchgeführt hat, und zwar sowohl auf betrieblicher wie auf Branchenebene, daß wichtige technische Änderungen oft zu Neueinstellungen geführt haben. Ebenso widerlegt eine amerikanische Studie über den Zusammenhang zwischen Technologie, Beschäftigung und Wachstum die Befürchtung, daß hohe Produktivitätsfortschritte zu Entlassungen und Arbeitslosigkeit führen. Die forschungs- und entwicklungsintensivsten Industriezweige mit hohen Produktivitätssteigerungen hatten im Gegenteil auch den höchsten Beschäftigungsanstieg. Dies war bedingt durch einen hohen Nachfragezuwachs aufgrund der günstigen nationalen und internationalen Wettbewerbsposition jener Branchen.

Forschung und Technologie können für weite Bereiche zukunftssichere und interessante Arbeitsplätze erschließen. Ich denke etwa an Energietechniken, die Suche nach alternativen Formen der Energieversorgung, aber auch an fortgeschrittene Systeme der Kernenergie, Meeresbergbau und Schiffstechniken, Rohstofftechniken und Abfallbeseitigung einschließlich Wassertechnologie bei uns und anderswo, an neue Kommunikationstechnologien und neue Verkehrstechniken.

Wir stehen vor der scheinbaren Paradoxie, daß durch technische und organisatorische Fortschritte, die zur Freisetzung von Arbeitskräften führen, Arbeitsplätze auf Dauer erhalten werden. Die Begründung liegt darin: Der internationale Wettbewerb zwingt zur Realisierung technischer Fortschritte; werden sie unterlassen, ist das Ausscheiden aus dem Markt und damit der Verlust sämtlicher Arbeitsplätze meist die Folge, falls nicht zusätzlich interveniert wird. Im internationalen

Wettbewerb, der nicht nur auf den Auslandsmärkten, sondern auch auf unseren Binnenmärkten herrscht, haben in der Regel nur die Arbeitsplätze Bestand, an denen qualitativ hochwertige Güter und Dienstleistungen mit sparsamstem Mitteleinsatz produziert werden. Wer den Anschluß an den internationalen Stand der Technik verliert, kann Arbeitsplätze allenfalls halten, wenn er mit einem relativ bescheidenen Lohnniveau zufrieden ist oder die Produkte durch staatliche Subventionen künstlich verbilligt.

Steuerung des technischen Fortschritts

Die nicht zu leugnenden negativen Begleiterscheinungen des technischen Fortschritts dürfen nicht zu der kurzfristigen Forderung führen, die weitere Entwicklung von Technik und Wirtschaft anzuhalten. Der Weg kann nur in der sozialen Kontrolle, der Steuerung der Technik liegen. Denn der technische Fortschritt ist kein Naturereignis, sondern er ist beeinflussbar; er vollzieht sich eingebettet in ökonomische, politische und soziale Strukturen, Prozesse und Interessen. Der technische Fortschritt unterliegt auch in gewissem Umfang der Gestaltbarkeit. Seine Umsetzung und Anwendung in den Unternehmen kann zum Teil gesteuert und in seinen Wirkungsdichten beeinflusst werden.

Die einzelne Branche ebenso wie der Einzelbetrieb, in dem sich der technische Wandel realisiert, haben einen erheblichen Spielraum bei der Anwendung und Eingliederung von neuen Techniken. Wie dieser genutzt wird, entscheidet in beträchtlichem Maße über die sozialen Folgen technischer Innovation. Die heute vorherrschende Tendenz in weiten Teilen unserer Wirtschaft, sich auf Rationalisierungen zu beschränken und neue Produkte und neue Produktionsverfahren eher zögerlich anzugehen, ist beispielsweise eine solche Art, die Nutzung von neuen Techniken zu beeinflussen. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir in unserer Wirtschaft einen Innovationsschub brauchen, die Bereitschaft, gewissermaßen eine Aufbruchsstimmung, um neue Ufer zu gewinnen.

Der Gestaltungsspielraum, der bei der Anwendung neuer Technologien besteht, muß für die große Mehrheit der Bevölkerung genutzt werden. Produktivitätssteigerungen dürfen nicht mit wachsender Entfremdung erkaufte werden. Es müssen Wege gefunden werden, wie technologische Neuerungen so eingesetzt werden können, daß gleichzeitig den Rationalisierungsinteressen und -eiforderungen der Unternehmen Rechnung getragen und dem Wohl und den Qualifikationsbedürfnissen der dort beschäftigten Arbeitnehmer gedient wird.

Regionale, sektorale, berufliche Umschichtungen

In einer Welt mit strukturellem und technologischem Wandel kann nicht jeder bestehende Arbeitsplatz erhalten werden. Diese Feststellung ist trivial. Regionale, sektorale und berufliche Umschichtungen werden auch in der Zukunft unumgänglich sein, möglicherweise sogar in verstärktem Umfang. Darum muß durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen die räumliche und berufliche Mobilität gefördert werden. Ausbildung, Fortbildung und Umschulung sind zu unterstützen. Es geht eben nicht nur um eine einmalige berufliche Ausbildung für den einzelnen, sondern verstärkt um die Fortbildung im Laufe des beruflichen Lebens; es muß eine zukunftsorientierte berufliche Ausbildung ermöglicht werden. Dies ist erforderlich in einer Arbeitswelt, die heute durch wachsende Komplexität, durch eine weitere Zunahme des Spezialisierungsgrades, durch immer größere Kompliziertheit und Unüberschaubarkeit von Arbeitsabläufen und sozialen Prozessen gekennzeichnet ist.

Erforderlich ist darüber hinaus eine Steigerung der Bildungsintensität und eine entsprechende Ausgestaltung der Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte, damit sie den Anforderungen des Strukturwandels nicht hilflos gegenüberstehen. Technologische Veränderungen bedeuten für den einzelnen Beschäftigten immer wieder berufliches Umlernen und Umstellungen am Arbeitsplatz. Wir brauchen daher nicht nur eine fortlaufende Lernbereitschaft bei den Betroffenen, sondern auch den guten Willen aller Beteiligten und vernünftige Regelungen hierfür, damit das Umlernen nicht zum sozialen Streß und dauernder Überbeanspruchung des Leistungsvermögens führt, sondern in einem möglichst kooperativen Stil erfolgt.

In der heutigen Beschäftigungssituation denkt man verständlicherweise zunächst an die Zahl der Arbeitsplätze. Der technische Fortschritt hat jedoch nicht allein quantitative Beschäftigungswirkungen, sondern bringt auch eine Veränderung in der Qualität der benötigten Arbeitskräfte mit sich. Die Beschäftigungsstruktur wandelt sich, weil gleichzeitig Arbeitskräfte freigestellt und an anderer Stelle neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Berufsfelder verändern sich, einige Berufe sterben ganz aus, neue Berufe entstehen, das heißt Arbeitsinhalte, Arbeitsbeziehungen und Qualifikationserfordernisse sind einem ständigen Wandel unterworfen.

Veränderungen der menschlichen Arbeit

Die Beurteilungen und Prognosen hinsichtlich der technisch bedingten Veränderungen der menschlichen Arbeit gehen weit auseinander. Die Qualifikationsfolgen des technischen Wandels und die Folgen bezüglich der physischen und nervlichen Arbeitsbelastung, der Dispositionsmöglichkeiten, der Kontaktchancen und des Autonomiespielraumes werden sehr verschieden gesehen. Zwei Meinungen stehen sich konträr gegenüber. Auf der einen Seite wird die Ansicht vertreten, die Verlagerung der Arbeitsaufgaben und die Veränderung der an die Arbeitskräfte gestellten beruflichen Anforderungen werde sich dahingehend entwickeln, daß der Anteil dispositiver Tätigkeiten sowohl im industriellen wie auch im Dienstleistungsbereich zunimmt, wobei gleichzeitig die Anforderungen an die Qualifikation steigen. Der Anteil repetitiver und routinemäßiger Verrichtungen geht zurück, während die mit potentiell größeren Autonomiespielräumen versehenen Tätigkeiten zunehmen.

Demgegenüber steht die sogenannte Polarisierungsthese. Diese besagt, daß im Zuge des technischen Wandels zwar ein Teil der Arbeiter und Angestellten in neuartige Arbeitssituationen gestellt wird, die sich durch umfangreichere Qualifikationen, geringere physische, nervliche und durch Umgebungseinflüsse bedingte Belastungen, sowie relativ hohe Dispositionschancen und gute Kontaktmöglichkeiten auszeichnen. Der Anteil der einfachen Arbeiten und repetitiven Tätigkeiten liege jedoch nach wie vor sehr hoch und steige in einigen Branchen sogar noch an. Die Gruppe der Arbeitnehmer mit mittlerer Qualifikation werde dagegen zunehmend ausgedünnt; Arbeitnehmer mit hoher prozeßgebundener Arbeitsqualifikation würden zum Teil erhebliche Dequalifikationen erleiden.

Unzureichende Arbeitsbedingungen

Fels

Von Lenin soll die Bemerkung stammen, daß im Akzeptieren einer Fragestellung bereits die halbe Kapitulation liege. Wer ernsthaft darüber nachdenkt, ob die Arbeitslosigkeit in Europa ein Dauerschicksal ist, hat der nicht schon zur Hälfte vor der Aufgabe resigniert, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen? Zumindest wird er den Weg zur Vollbeschäftigung, der über mehr Produktion und mehr Investition führt, für verschlossen oder für nicht empfehlenswert halten. Ob dieser "Königsweg" tatsächlich nicht gangbar ist, muß aber erst geprüft werden.

Die Unterfrage dieser Tagung, ob wir einen anderen Arbeitsmarkt brauchen, zielt auf die Arbeitsmarktordnung, berührt auch das Problem der Arbeitszeit, könnte aber zugleich auf die Tarifautonomie bezogen werden. Die Relevanz dieser Frage lebt ebenfalls von der Skepsis, daß es innerhalb der bestehenden Arbeitsmarktordnung keine Lösung des Beschäftigungsproblems gibt. Ich meine, wir können auch auf diese Frage nur dann eine Antwort finden, wenn wir die Möglichkeiten prüfen, die die Beschäftigungspolitik heute noch hat. Ich werde deshalb einige kontroverse Fragen der Beschäftigungsdebatte behandeln und dabei natürlich auch Positionen des Sachverständigenrates ansprechen. Doch spreche ich nur für mich selbst.

Ursachen der Arbeitslosigkeit

Zunächst: Ursachen und Möglichkeiten zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Herr Hauff hat die weltwirtschaftlichen Probleme bereits angesprochen. Wir befinden uns in einem verschärften internationalen Verteilungskampf, der sich abspielt im Bereich der Rohstoffpolitik, der aber auch die Entwicklungshilfe und den internationalen Technologietransfer erfaßt. Viele Entwicklungsländer sind bestrebt, ihre Industrialisierung zu forcieren. Ich erinnere nur an die Ziele, die die Weltkonferenz für industrielle Entwicklung in Lima formuliert hat, und an die Ziele, die die Weltbeschäftigungskonferenz für das Jahr 2000 zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt gesetzt hat. Auch wenn man das alles für zu ehrgeizig, in vollem Umfang für nicht realisierbar hält, wird man nicht übersehen können, daß die alten Industrieländer für den Rest dieses Jahrhunderts einer mächtigen Herausforderung aus den Entwicklungsländern ausgesetzt sein werden.

Aus dem Vordringen der Entwicklungsländer auf den Industriemärkten sind schon in der Vergangenheit Beschäftigungsprobleme entstanden, wenn auch nur in einzelnen, besonders betroffenen Bereichen. Die deutsche Wirtschaft hatte zusätzlich zu kämpfen mit drastischen Wechselkursänderungen; die reale Höherbewertung der DM hat viele Bereiche in Anpassungsschwierigkeiten gebracht. Nicht zuletzt als Reaktion auf diese verschärfte Konkurrenzsituation haben viele Unternehmen arbeitssparende Neuerungen eingeführt. Der Ölpreisanstieg hat die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht nachhaltig beeinträchtigt, er hat aber die Exportchancen vermindert, weil andere Länder unter Zahlungsbilanzproblemen leiden. All dies sind mögliche Ursachen der Arbeitslosigkeit.

Eine Analyse der Ursachen der Arbeitslosigkeit, so differenziert und umfassend sie auch immer sein mag, führt jedoch nicht unmittelbar zu den Lösungsmöglichkeiten des Beschäftigungsproblems.

Strukturelle Veränderungen, die zur Arbeitslosigkeit beigetragen haben, lassen sich nicht wieder rückgängig machen. Der weltwirtschaftliche Strukturwandel läßt sich nicht zurückdrehen; es führt kein Weg zurück zu dem alten Währungssystem mit Unterbewertung. Auch ein Rückgang des Ölpreises dürfte kaum wahrscheinlich sein. So müssen also die Therapieansätze auf einer anderen Ebene gesucht werden. Die Therapiemöglichkeiten, die der Sachverständigenrat aufgezeigt hat, beziehen sich erstens auf die Einkommens- und die Lohnpolitik und zweitens auf den Staat.

Löhne und Beschäftigung

Damit ist der Punkt angesprochen, der in der Öffentlichkeit wohl am meisten kontrovers ist, der Zusammenhang zwischen Löhnen und Beschäftigung. Um Mißverständnissen, die immer wieder aufkommen, von vornherein entgegenzutreten, erscheint zunächst der Hinweis angebracht, daß der Sachverständigenrat keinen monokausalen Therapieansatz hat, der einzig und allein von einer zurückhaltenden Lohnpolitik die Lösung erhofft. Gleichwohl steht im Zentrum dieses Ansatzes, daß auf mittlere Sicht die Löhne zu Vollbeschäftigung passen müssen, die Tarifparteien also aufgefordert sind, den Lohn herauszufinden, der einen Wiederanstieg der Beschäftigung ermöglicht.

Die wirtschaftspolitische Konzeption des Sachverständigenrates enthält aber auch keynesianische Elemente, und zwar in Form von Konjunkturimpulsen der öffentlichen Haushalte, deren Stärke das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts mißt. So wurde für 1978 ein expansiver Impuls des Staates zur Ankurbelung der Konjunktur in Höhe von 23 Milliarden DM für richtig befunden. Bereits im Spätsommer 1977 hatte der Sachverständigenrat in einem Brief an den Bundeskanzler angeregt, den Handlungsspielraum des Staates für eine expansive Politik voll auszuschöpfen. Deshalb brauchte im letzten Gutachten darauf nicht erneut eingegangen zu werden.

Der zweite Bereich, in dem der Staat zur Lösung des Beschäftigungsproblems beitragen kann, ist die Wachstums- und Strukturpolitik, einschließlich der Forschungs- und Technologiepolitik. Auch dazu gibt es in den letzten Jahresgutachten mehrere Vorschläge: verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung, Förderung von Unternehmensneugründungen, Umstrukturierung des Steuersystems mit dem Ziel, eine stärkere Beteiligung des Staates an den erhöhten Investitionsrisiken zu ermöglichen.

Zur Lohnpolitik im besonderen: Im letzten Jahresgutachten wurde in einer Alternativrechnung aufgezeigt, daß bei einem Anstieg der Tariflöhne von nur 3 Prozent die Arbeitslosigkeit wahrscheinlich um 200 000 Personen vermindert werden könnte. Die Mehrheit des Rates hielt das für eine zieladäquate Strategie. Dahinter stand die Vorstellung eines Korrekturbedarfs bei den Reallöhnen.

Im Jahre 1974 zum Beispiel waren die Reallöhne stärker gestiegen, als man vorausgesehen hatte. Die Tarifabschlüsse von Anfang 1974 beruhten auf Preissteigerungserwartungen von etwa 10 Prozent. Das Preisniveau stieg im Jahre 1974 dann aber nur um 7 Prozent. Die Folge war ein unbeabsichtigter Reallohnanstieg. Das gleiche wiederholte sich, wenn auch in geringerem Umfang, 1976, als man im voraus mit einem Preisanstieg von 6 Prozent gerechnet hatte, die Preise dann aber nur um 4 Prozent stiegen. Für 1977 schließlich fiel die Prognose des Produktivitätsanstiegs allgemein zu hoch aus. Allein schon diese unbeabsichtigten Fehlentwicklungen geben eine hinreichende Begründung für einen Korrekturbedarf.

Gegen eine zurückhaltende Lohnpolitik wurde immer wieder das Kaufkraftargument ins Feld geführt. In einer offenen Volkswirtschaft, in der überdies ein großer Teil der Bruttoeinkommen über den Staat und die Sozialversicherung umverteilt wird, kommt diesem Argument aber keine Relevanz mehr zu. Der kurzfristige reale Nachfrageeffekt einer Lohnerhöhung ist minimal, wenn überhaupt positiv. Dafür schlägt der Kosteneffekt voll zu Buche.

Reaktionen des Wechselkurses

Besonders umstritten ist die Frage, wie eng der Zusammenhang von Löhnen und Beschäftigung bei beweglichen Wechselkursen ist. Besteht nicht die Gefahr, daß der Wechselkurs jede Senkung des inländischen Kostenniveaus durch eine Aufwertung konterkariert, die durch die Kostensenkung induziert wird? Die Zusammenhänge sind zugegebenermaßen nicht einfach. Der Wechselkurs gleicht auf mittlere Sicht die internationalen Unterschiede der Preisniveaus, aber nicht die des Kostenniveaus aus. Das heißt, der Wechselkurs reagiert insoweit, wie mit internationalen Kostenniveaudivergenzen internationale Preisniveaudivergenzen einhergehen. Im internationalen Handel werden ja Güter ausgetauscht, und es gibt einen internationalen Preiszusammenhang.

Seit der Freigabe des Wechselkurses im Jahre 1973 ist das Kostenniveau der international gehandelten Güter wesentlich stärker gestiegen als deren Preisniveau, das durch die Aufwertungen gedämpft wurde. Es gibt keine zwangsläufige Parallelität zwischen der Entwicklung des Kostenniveaus und der des Preisniveaus. Warum soll das Kostenniveau nicht für einige Jahre einmal

langsamer steigen können als das Preisniveau? Wenn die Bundesbank die Geldmengenexpansion nicht deshalb drosselt, weil die Kosten weniger steigen, an ihrem Geldmengenziel also festhält, wäre das zu erwarten. Es verbessern sich dann die Investitionsbedingungen im Inland. Das führt zu Kapitalzuflüssen, die erwünscht sind. Dadurch werden im Inland mehr Investitionen getätigt, auch mit ausländischen Mitteln.

Es kann natürlich der Fall eintreten, daß der DM aufgrund eines währungspolitischen Fehlverhaltens anderer Länder am Devisenmarkt ein Vertrauensbonus zugesprochen wird. Eine damit verbundene reale Höherbewertung der DM verhindert, daß sich lohnpolitische Zurückhaltung beschäftigungspolitisch in vollem Umfang auszahlt. Das sind die außenwirtschaftlichen Störungen, mit denen Länder wie die Schweiz und die Bundesrepublik häufig zu kämpfen haben. In einem solchen Fall wäre aber eher mehr als weniger Zurückhaltung in der Lohnpolitik geboten. Die Realeinkommen der Arbeitnehmer brauchten deshalb aber nicht weniger zu steigen. Denn die mit der Aufwertung verbundenen Preisdämpfungseffekte sorgen dafür, daß die reale Kaufkraft der Arbeitnehmereinkommen wie die aller Geldeinkommen zunimmt. Der Binnensektor, insbesondere der Dienstleistungsbereich, in dem weit mehr Arbeitskräfte beschäftigt sind als im Außenhandelssektor, ist im übrigen von den Vorgängen an den Devisenmärkten höchstens indirekt berührt.

Es steht außer Frage, daß die Beschäftigungseffekte einer zurückhaltenden Lohnpolitik in den 60er Jahren in dem System der festen Wechselkurse unmittelbarer und kräftiger waren. Jeder relative Rückgang des Kostenniveaus setzte sich unmittelbar in höhere Marktanteile im Ausland, höhere Gewinne in der Exportindustrie und in höhere Investitionen um. Zum Teil war dies ein Beschäftigungsanstieg auf Kosten des Auslandes, um den Preis außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte, die das Festkurssystem nicht verkräften konnte.

Auch bei beweglichen Wechselkursen bleibt der Zusammenhang zwischen Löhnen und Beschäftigung bestehen, wenngleich für stabilitätsbewußte Länder nicht mehr die Möglichkeit besteht, zu Lasten des Auslandes zu expandieren. Die Expansion muß von der inländischen Wirtschaft allein getragen werden. Daran hat sich die deutsche Wirtschaft offenbar noch nicht gewöhnt.

Arbeitszeitpolitik: Höheres Einkommen contra mehr Freizeit

Sollte als Alternative zu einer Wachstumsstrategie heute empfohlen werden, die Arbeitszeit aus beschäftigungspolitischen Gründen zu verkürzen? Die vermehrte Freizeit, die durch Arbeitszeitverkürzung geschaffen wird, ist ein Gut, das mit einem anderen Gut konkurriert, nämlich dem Einkommen, das wegen der Arbeitszeitverkürzung nicht entsteht. Für die Arbeitszeitpolitik sollten deshalb die Präferenzen maßgebend sein, die die arbeitende Bevölkerung in bezug auf Freizeit und Einkommen hat. Eigentlich müßte jeder einzelne darüber entscheiden dürfen, wie lange er arbeiten möchte. Tatsächlich geht es hier heute um eine Kollektiventscheidung, die die Tarifparteien treffen, soweit es sich um die Wochen- und Jahresarbeitszeit handelt, und die beim Gesetzgeber liegt, soweit die Lebensarbeitszeit zu bestimmen ist.

Wenn sich eine zuständige Mehrheit für eine Arbeitszeitverkürzung ausspricht, wäre das zu respektieren - dabei kann man freilich immer noch darüber streiten, ob so etwas überhaupt kollektiv entschieden werden müßte. In jedem Fall wird mit einer solchen Entscheidung immer eine Wahl getroffen, und zwar zugunsten von mehr Freizeit und gegen ein höheres Einkommen. Die Formel Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich hebt diese Wahl nicht auf. Denn bei unveränderter Arbeitszeit hätten die Einkommen stärker steigen können.

Solche Arbeitszeitverkürzungen hat es in der Vergangenheit mehrfach gegeben; gegen sie ist auch in Zukunft grundsätzlich nichts einzuwenden. Bedenken müßten indes erhoben werden gegen eine Arbeitszeitverkürzung aus beschäftigungspolitischen Gründen, hinter der nicht eine entsprechende Präferenz der Bevölkerung für mehr Freizeit und gegen mehr Einkommen steht. Politiker und Gewerkschaftsführer mögen dafür werben, daß sich ein solcher Wunsch herausbildet. Solange er sich nicht - in Tarifverträgen etwa - Geltung verschafft hat, muß der Wunsch der arbeitenden Bevölkerung nach mehr Erwerbchancen und noch mehr Einkommen die Wirtschaftspolitik bestimmen, und das heißt der Wunsch nach mehr Wachstum.

Nun geht es nicht um Wachstum um jeden Preis; es geht auch nicht um sehr hohe Wachstumsraten. Das Wachstum muß lediglich hoch genug sein, um die Vollbeschäftigung wiederherzustellen. Die Gesellschaft mag in Zukunft mit Wachstumsraten von zwei oder drei Prozent durchaus zufrieden sein. Um aber das Beschäftigungsproblem über das Wachstum zu lösen, müßten die Wachstumsraten für wenige Jahre über 3 Prozent hinausgehen.

Der Sachverständigenrat hat in seinen Gutachten in Sachen Arbeitszeit immer den Respekt vor den Präferenzen der Bürger betont. Man kann darüber diskutieren, ob man nicht hinsichtlich der

Altersgrenze mehr Optionen eröffnet, ob man nicht mehr Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit schafft, wie das ja zum Teil schon in die Wege geleitet worden ist.

Man kann auch über eine verbesserte berufliche Mobilitätsförderung, eine verbesserte berufliche Ausbildung, die allgemeine Einführung des 10. Schuljahres oder eines Berufsgrundbildungsjahres reden. Solche Entscheidungen dürften in der Tat einen breiten sozialen Konsensus finden können. Ob das auch für tarifvertragliche Arbeitszeitverkürzungen gilt, muß sich noch zeigen.

Zudem muß man die damit verbundenen Kosten sehen. Man könnte beispielsweise erwägen, die Programme der Bundesanstalt für Arbeit zur Förderung der beruflichen Mobilität kräftig aufzustocken, um mehr Berufstätigen die Möglichkeit für einen Stellenwechsel zu eröffnen. Das ist dringend notwendig, damit die Arbeitslosen wieder eingegliedert werden können. Denn die Arbeitslosen passen nicht auf die Arbeitsplätze, die neu geschaffen werden müssen. Jedes Jahr wechseln ohnehin mehrere Millionen Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz. Im Rahmen dieser allgemeinen Mobilität müssen dann auch wieder Plätze für Arbeitslose frei werden. Damit dies reibungslos geschieht, ist aber eine erheblich forcierte Mobilitätspolitik notwendig.

Erhöhung der Staatsausgaben?

Eine andere Strategie gegen die Arbeitslosigkeit, die jetzt diskutiert wird, läuft auf eine dauerhafte Erhöhung der Staatsausgaben hinaus. Auch da sollte für den Staat maßgebend sein, ob eine solche Erhöhung der Staatsausgaben von den Bürgern gewollt ist. Zusätzliche Staatsausgaben müssen von den zuständigen Entscheidungsgremien, von den Parlamenten, von den Gemeindevertretungen beschlossen werden, und der Nutzen, den man sich davon verspricht, sollte auf der Höhe der Kosten sein, die sie verursachen. Nur vorübergehend lassen sich die Kosten dadurch verschleiern, daß der Staat die Mehrausgaben durch Kredite finanziert.

Auf diesem Verschleierungseffekt beruht im übrigen auch die Wirksamkeit einer kreditfinanzierten Konjunkturpolitik, die als Initialzündung benutzt werden mag, wenn die Investoren im Attentismus verharren. Die Erfolgshoffnung dieser Politik ist, daß ihre Kosten - in Form höherer Steuern, Zinsen und Inflationsraten - erst sichtbar werden, nachdem sich die private Wirtschaftstätigkeit wieder belebt hat und dann auch relativ leicht - am besten in Form einer nachträglichen Konsolidierung - getragen werden können. Ist der Schleier aber einmal gelüftet, werden die Kosten also frühzeitig antizipiert, können die Marktkräfte nicht mehr überlistet werden. Von einem solchen Zustand rationaler Erwartungen scheinen wir nicht mehr weit entfernt zu sein.

Streissler

Drei Fragen möchte ich in meinem kurzen Referat stellen und zu beantworten versuchen. Erstens: Neigen unternehmerwirtschaftlich organisierte Industriegesellschaften dazu, Arbeitslosigkeit längerfristiger Art zu erzeugen? Zweitens: Wenn dies immer oder doch manchmal der Fall ist, läßt sich solche Dauerarbeitslosigkeit gesellschafts- und wirtschaftspolitisch bekämpfen? Drittens: Wenn dies möglich ist, wenn also Arbeitslosigkeit nicht Schicksal, sondern Herausforderung ist, wie läßt sie sich bekämpfen? Diese drei Fragen sind epochale, sind solche würdig des Schweißes vieler Edler und des potentiellen Fraßes unzähliger Bücherwürmer. Das ist jedem von uns klar. Sie werden daher verstehen, daß ich in der gebotenen zeitlichen Beschränkung nur skizzenartige Antworten voll heroischer Verkürzungen und didaktischer Vereinfachungen bieten kann.

Neigen unternehmerwirtschaftlich organisierte Industriegesellschaften dazu, Arbeitslosigkeit längerfristiger Art zu erzeugen?

Ein Marxist würde ohne zu zögern antworten: Ja, so ist es; als einer der markantesten Widersprüche erzeugt das kapitalistische System Arbeitslosigkeit, produziert es eine industrielle Reservearmee, um sie immer wieder von neuem zu reproduzieren. Obwohl von wirtschaftspolitischer Wertausrichtung Paläoliberaler, schätze ich Karl Marx als Wirtschaftstheoretiker, als scharfsichtigen Analytiker der Unternehmerwirtschaft sehr hoch ein. Ich glaube, er hat mit seiner Analyse recht - aber nicht ganz, sondern nur teilweise. Keiner hat so sehr wie Marx betont, daß Unternehmerwirtschaften in extremem Maße ausgerichtet sind auf Ökonomisierung, auf Produktivitätssteigerung, auf die Einsparung von Produktionsmitteln und Produktionskräften, auf die Hervorbringung von technischem Fortschritt. Oder, um dasselbe in etwas abgewandelten Worten Friedrich von Hayeks auszudrücken: Unternehmerwirtschaften sind optimal in der Entdeckung, in der Entdeckung zumal neuer Prozesse und neuer Güter.

Produktivitätssteigerung und Bedürfnisbefriedigung

Die besondere Fähigkeit von Unternehmerwirtschaften zur totalen Produktivitätssteigerung, ihre besondere Fähigkeit zur dauernden dynamischen Fortentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft kann niemand leugnen, der für Statistiken nicht blind ist. Allenthalben waren es stets, vor allem aber auch in den letzten 30 Jahren, die Unternehmerwirtschaften, die pro Einzeleinheit aller Faktoren zusammengenommen die höchsten Produktivitätssteigerungen erzielten und die stärksten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen hervorriefen.

Denkt Marx bei Unternehmerwirtschaften nur an die Produktionseffizienz, so denkt der Liberale zuvörderst noch an Bedürfnisbefriedigung. "Consumption is the sole end and purpose of production", charakterisiert Adam Smith die Systemausrichtung der Unternehmerwirtschaft. Von "Wohlstand für alle" sprach Ludwig Erhard, Wohlstand vor allem im Sinne unbegrenzter Konsummöglichkeiten.

Das also sind die beiden immanenten Ziele, auf die das unternehmerwirtschaftliche System primär ausgerichtet ist: auf Produktivitätswachstum einerseits, auf stete Fortentwicklung der Produktivkräfte, wie Marx sagte; und auf König Konsument andererseits, auf bedürfnisgerechte Versorgung der Endnachfrage in der vielfältigst denkbaren Weise einschließlich einer dauernden dynamischen Weiterentwicklung der Bedürfnisse selbst.

Stabilität

Worauf freie Unternehmerwirtschaften freilich nicht primär ausgerichtet sind, obwohl neoklassisch orientierte Ökonomen auch dies immer wieder von ihnen erhofften, ist Stabilität. Die drei Stabilitätsziele: dauernde Vollbeschäftigung, gleichbleibender Geldwert und ausgeglichene Zahlungsbilanz werden von ihnen keineswegs fast immer oder mit großer Wahrscheinlichkeit oder mit großer Annäherung alle gleichzeitig erreicht. Die Unternehmerwirtschaft ist freilich nicht in dem Maße instabil, wie Marx behauptete; aber sie ist durchaus krisenanfällig: Sie ist eben auf Produktivitätswachstum und Bedürfnisbefriedigung angelegt, keineswegs auf Krisenvermeidung. Noch wichtiger: Treten Krisen auf, so sind die Stabilisierungstendenzen der Unternehmerwirtschaft leider relativ schwach, viel schwächer, als Optimisten meinen. Jeder Historiker weiß das; Modelltheoretiker wissen es leider oft nicht, dann nämlich nicht, wenn sie vor allem zeitlose Anpassungsmodelle bauen, solche, in welche die wahrscheinlichen Anpassungszeiten - und die Anpassungswiderstände! - nicht explizit eingehen.

Längerfristige Zahlungsbilanzungleichgewichte sind also in Unternehmerwirtschaften durchaus möglich. Die Bundesrepublik scheint sich recht wohl bei einem Zahlungsbilanzüberschuß zu fühlen, der mit geringen Unterbrechungen jetzt schon 20 Jahre anhält, ohne ersichtliche Ausgleichstendenz. Längerfristige Inflationen, zumal schleichende, sind in Unternehmerwirtschaften durchaus möglich. Gut ein Jahrhundert, von etwa 1520 bis 1620, währte Inflation überall in Europa, um in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg für bisher läppische 30 Jahre fast überall wiederzukehren, ebenfalls meist ohne langfristige Ausgleichstendenzen. Und auch längerfristige Arbeitslosigkeit ist zwar keineswegs notwendig mit unternehmerwirtschaftlicher Gesellschaftsorganisation verbunden, wie wir aus dem dritten Viertel des 20. Jahrhunderts wissen, aber durchaus in ihr möglich, wie nicht nur frühere Geschichte, sondern auch das vierte Viertel unseres Jahrhunderts lehrt. Und es steht zu befürchten, daß auch hier keine starken, immanenten Ausgleichstendenzen Arbeitslosigkeit rasch abbauen.

Ausgerichtet auf Produktivitätssteigerung und Bedürfnisbefriedigung ist eben die freie Unternehmerwirtschaft potentiell immer eine Überflußwirtschaft. Die Möglichkeit, im Überfluß zu erzeugen, ist ihre beneidenswerte Fähigkeit. Unter bestimmten Umständen, und nur unter solchen, wird diese Überfluß schaffende Potenz auch längerfristige Arbeitslosigkeit erzeugen.

Ideologen der selbsternannten sozialistischen Länder prangern diese Möglichkeit längerfristiger Arbeitslosigkeit in Unternehmerwirtschaften an. Dabei umschweigen sie die ihnen wohlbekannte Produktionseffizienz von Unternehmerwirtschaften einerseits und vergessen andererseits, daß Unternehmerwirtschaften im Gegensatz zu den ihren eben auf Bedürfnisbefriedigung ausgerichtet sind. In ihren Wirtschaften hat jeder einen Arbeitsplatz, weil er verpflichtet ist, einen solchen einzunehmen. Was diesen Beschäftigten hingegen fehlt, ist die reibungslose Konsumversorgung.

Im übrigen wäre es in einer unternehmerwirtschaftlichen Überflußgesellschaft gar kein Kunststück, beides zu haben, also auch jedem einen Arbeitsplatz zu sichern: Man müßte nur jeden, der sonst keine sinnvolle Tätigkeit findet, zum Staatsbeamten machen. Nicht wenige westliche Länder haben das im Grunde - langfristig gesehen - in gar nicht unerheblichem Maße getan; allen voran vielleicht England. Aber eine solche Beamtung von Arbeitslosen dürfte sicher nicht als die politische Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems gesehen werden, die wir hier diskutieren.

Ich nehme an, wir wollen die viel schwierigere Frage erörtern, wie privatwirtschaftliche Vollbeschäftigung, das heißt Wiedereingliederung der freien Arbeitskräfte in die Privatwirtschaft, erreicht werden kann.

Ursachen längerfristiger Arbeitslosigkeit

Längerfristige Arbeitslosigkeit tritt in Unternehmerwirtschaften also unter bestimmten Umständen auf. Welche waren ursächlich dafür, daß in den Industrienationen Arbeitslosigkeit allenthalben ab Mitte der 70er Jahre ein Problem wurde?

Ich glaube, es waren vornehmlich drei. Erstens zeitigte der Beginn des großen Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg in wohl allen unternehmerwirtschaftlichen Industrienationen einen Babyboom, einen Anstieg des Bevölkerungswachstums. Hält die Produktivitätssteigerung pro Faktoreinheit unvermindert an, woraufhin Unternehmerwirtschaften eben gebaut sind, werden also Arbeitskräfte wie bisher eingespart, so erzeugt eine Bevölkerungswelle beim Eintritt der größeren Bevölkerungskohorten in das Berufsleben natürlich immer Beschäftigungsprobleme. Daher ist auch in den meisten der genannten Länder die Gefahr einer längerfristigen Arbeitslosigkeit besonders akut, etwa bis zum Jahr 1985 oder 1990.

Zweitens erzeugt jede Periode eines besonders raschen wirtschaftlichen Wachstums, nennen wir sie mit historischem Ausdruck: jede Gründerzeit, in ihrer Fortdauer eine neue Rentierschicht. Zuerst gibt es einen Nachholbedarf der Bedürfnisbefriedigung der Gründergeneration selbst. Im Laufe der Zeit gewinnt jedoch immer mehr die Sparvorsorge für die Nachkommen, die es besser haben sollen, an Raum. Es kommt zu Sättigungserscheinungen im Gegenwartskonsum, die aber nicht so sehr Konsumattentismus sind als vielmehr beabsichtigte Verlagerung von Konsummöglichkeiten auf zukünftige Generationen. Durch Produktivitätssteigerung weiter expansive Produktion trifft somit auf eine abgeschwächte Nachfrageentwicklung. Das ist nicht die Folge der Einkommensungleichheit, wie man früher noch mit mehr Recht behaupten konnte. Die neu aufkommende Rentierschicht, zusammengesetzt aus Leuten, die nebenbei auch Rentiers sind, ist dazu viel zu breit: Bei Sparquoten aus dem verfügbaren privaten Einkommen von 12 Prozent, ja 15 Prozent ist es in der Tat die große Masse der Bevölkerung. Die Verminderung der Nachfrageexpansion beweinen, hieße freilich die Chancen der Unternehmerwirtschaft beklagen, die dem einzelnen mit der freien Konsumwahl eben auch die freie Wahl einer Konsumenthaltung gewährt.

Dritte Ursache zusätzlicher Arbeitslosigkeit sind die Veränderungen des Weltwährungssystems. Die Weltzahlungsbilanz ist immer ausgeglichen. Probleme bereitet die Verteilung der Defizite und der Überschüsse innerhalb dieses ausgeglichenen Ganzen. Wenn jedes Defizitland zu wirtschaftspolitischen Restriktionsmaßnahmen greift, trägt es zu einer Verminderung der Weltnachfrage bei. Es saniert seine Zahlungsbilanz, jedoch nur um als notwendige Folge ein anderes Land ins Defizit zu werfen, das dann ebenfalls restringiert. Bei den expansiven Produktionsmöglichkeiten von Unternehmerwirtschaften schlagen sich dauernd wiederholte Restriktionen der Weltnachfrage in weltweiter Arbeitslosigkeit nieder.

Das Weltwährungssystem ist also nur dann funktionstüchtig, wenn niemand die Hauptdefizitländer zwingt, immer wieder die Nachfrage zwecks Zahlungsbilanzsanie rung zu restringieren. Das ist aber nur dann möglich, wenn die Währungen der Hauptdefizitländer unbeschränktes Vertrauen genießen, also jedermann bereit ist, die zusätzlich geschaffenen Zahlungsmittel der Defizitländer zu halten. Diese glückliche Konstellation gab es gerade in den späten 50er und in den 60er Jahren: Als nämlich das noch unbedingtes Vertrauen genießende Leitwährungsland, die USA, sich Defizite ohne Restriktionsnotwendigkeit leisten konnte. Als die Defizite kriegsbedingt Anfang der 70er Jahre zu groß wurden, brach das alte, beschäftigungsförderliche System zusammen. Seither betreibt die Welt per Saldo eine restriktive Wirtschaftspolitik.

Wirtschaftspolitische Einflußmöglichkeiten

Damit bin ich bei meiner zweiten Frage angelangt: Läßt sich andauernde Arbeitslosigkeit wirtschaftspolitisch beeinflussen? Meine letzten Ausführungen haben bereits eine paläoliberalere erste Antwort vorbereitet: Sicherlich und relativ leicht läßt sich andauernde Arbeitslosigkeit durch wirtschaftspolitische Maßnahmen verstärken, verschlimmern! Der Wirtschaftspolitiker ist nicht notwendig ein invertierter Mephisto, der stets das Gute will und stets das Böse schafft; aber er tendiert leider nicht selten dorthin. Sehr viel schwerer ist es, dauerhafte Arbeitslosigkeit dauerhaft zu senken; auch das ist freilich möglich. Ich schließe das einfach aus dem unterschiedlichen Ausmaß der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen unternehmerwirtschaftlichen Industrienationen, aus der unterschiedlichen Hinauszögerung der weltwirtschaftlichen Impulse zur Verschlechterung des Arbeitsmarktes - und vergessen Sie nicht: Wenn die größten Schwierigkeiten aus Gründen einer

Bevölkerungswelle uns nur bis 1985 bevorstehen, ist schon Zeitgewinn viel - sowie aus dem sehr unterschiedlichen Ausmaß der Erhöhung der Arbeitslosigkeit seit 1973 von Land zu Land.

Andauernde Arbeitslosigkeit kann ihrem Wesen nach aber auch nur durch langfristig angelegte wirtschaftspolitische Maßnahmen nachhaltig bekämpft werden. Der an Keynes geschulte Wirtschaftspolitiker - ich würde übrigens lieber präzise sagen: der in Keynesianismus falsch geschulte Politiker - denkt bei Arbeitslosigkeitsbekämpfung meist an kurzfristige Remeduren, an Rezessionsbekämpfung eher als an Stagnationslinderung. Kurzfristige Maßnahmen, um die Spitzen eines scharfen Anstieges der Arbeitslosigkeit zu brechen, sind freilich auch langfristig nicht wirkungslos. Sie können verhindern, daß, wie es der Sachverständigenrat für die Bundesrepublik beklagt, 800 000 Arbeitsplätze für immer vernichtet werden. Aber diese kurzfristigen Injektionen an einer lahmen Konjunktur lassen sich nicht dauernd wiederholen; sonst stumpfen sie ab. Nachhaltig können nur langfristig angelegte wirtschaftspolitische Strategien wirken.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Damit bin ich bereits mitten in der Beantwortung der dritten und letzten Frage, der nach dem Wie der Arbeitslosigkeitsbekämpfung. Man könnte zuerst einmal daran denken, an den drei genannten Ursachen gegenwärtiger Arbeitslosigkeit anzusetzen. Aber eine Analyse impliziert nicht notwendig bereits die Therapie. Denn die gegenwärtig in das Berufsleben eintretende Bevölkerung ist eben bereits seit langem da; und Bevölkerungsdezimierung ist in demokratischen Rechtsstaaten unüblich. Den Aufbau von Rentierpositionen zu pönalisieren hieße, die Vermögensbildungsmöglichkeiten der Unternehmerwirtschaft über Bord zu werfen. Und schließlich, ein wieder gut funktionierendes Weltwährungssystem zu schaffen: Ja, das wäre schön, das wollen wir alle; aber das setzte eine Koordinationsaufgabe gigantischen Ausmaßes auf internationaler Ebene voraus. So etwas gelingt nur in Sternstunden und dann mehr durch Zufall. Hierauf vermag ein Liberaler, wie ich, nicht zu bauen. Wollen wir daher "revolution in one country", die Revolution der Arbeitsmarktpolitik in einem Land bedenken.

Neugestaltung des Arbeitsmarktes

Eine denkmögliche Langzeitstrategie ist im Untertitel unserer Tagung angesprochen: So wie die Gewerbeordnungen des 19. Jahrhunderts den Unternehmermarkt umstrukturierten, könnten wir versuchen, durch gesetzliche Maßnahmen den Arbeitsmarkt neu zu gestalten. Manchen erscheinen übermäßige Lohnsteigerungen hauptsächlich an der neuen Arbeitslosigkeit in unternehmerwirtschaftlichen Industrienationen Schuld zu tragen. Daher rufen sie nach einem Korsett für den Arbeitsmarkt, nach einem gesetzlichen Riegel gegen gewerkschaftliche Bestrebungen, "übermäßige Lohnsteigerungen" durchzusetzen.

Aber entspringt ein solcher Ruf nicht bloßer Enttäuschung überspannter Hoffnungen in die Möglichkeiten staatlicher Wirtschaftspolitik? Handelt es sich nicht um ein reines Alibidenken, den Versuch, die Schuldfrage der Arbeitslosigkeit an die wirtschaftspolitisch Verantwortlichen gleich von vornherein abzublocken? Mehr noch, gehört nicht auch die Tarifautonomie zu den Bedürfnisbefriedigungen heutiger Unternehmerwirtschaften, zu den Vorteilen, die man nicht leichtfertig opfern sollte?

Wirtschaftspolitische Restriktionen

Sollte man vielleicht zwar die Tarifautonomie belassen, aber, wann immer die Gewerkschaften in ihren Lohnforderungen über ein gewisses Maß hinausgehen, zu scharfen wirtschaftspolitischen Restriktionen greifen, zum Beispiel den Geldhahn zudrehen? Ich will nicht gegen leichte, langsam wirkende Restriktionsmaßnahmen etwa bei Zahlungsbilanzdefiziten sprechen, solche, die angekündigt werden und zur Modifizierung neu gebildeter Pläne der Wirtschaftssubjekte führen, bereits gefaßte Pläne jedoch nicht gravierend stören. Scharfe Restriktionen hingegen, die auch in die Planverwirklichung laufender Projekte eingreifen, erreichen genau das Gegenteil des gewollten Effektes: Sie führen kurzfristig wie langfristig zu erhöhter Arbeitslosigkeit; wie meines Erachtens die deutsche Wirtschaftspolitik des Jahres 1973.

Bombach

Es ist stets ein Vorzug des Bergedorfer Kreises gewesen, daß Teilnehmer aus Ländern anwesend sind, die zum Teil die gleichen Schwierigkeiten haben wie die Bundesrepublik und die mit ihr über den internationalen Handel und das Währungssystem verbunden sind. Es sind aber auch Länder, die zur Lösung der Arbeitslosigkeit ihre eigenen Experimente gemacht haben. Herr Rehn kommt aus Schweden, einem Land, das der Vollbeschäftigung stets eine sehr hohe Priorität beigemessen hat. Herr Wegner hat einen Überblick über die Länder, die der Europäischen Gemeinschaft angehören.

Herr Streissler, Herr Rothschild und Herr Kienzl kommen aus Österreich, und ich selbst werde einige Erfahrungen aus der Schweiz beitragen.

In der Schweiz gibt es nach der Statistik im Augenblick praktisch keine Arbeitslosigkeit. In großer Zahl mußten Gastarbeiter das Land verlassen; aber auch Intern ist Arbeitskraft statistisch einfach "verschwunden". Die Schweiz hatte bisher keine obligatorische Arbeitslosenversicherung. Nach guter alter Tradition baut man in der Schweiz einen Blitzableiter immer erst während eines schweren Gewitters. So wurde auch erst in dieser Krise eine obligatorische Arbeitslosenversicherung eingeführt. Man kann heute schon die Prognose stellen, daß die Arbeitslosigkeit bei einer künftigen Rezession auch bei uns statistisch viel stärker in Erscheinung treten wird.

Intern sind in der letzten Rezession 115000 Arbeitskräfte verschwunden, von denen die maßgeblichen Instanzen nicht genau wissen, wo sie geblieben sind. Umgerechnet auf die Bundesrepublik wären das fast eine Million! Unsere Aufgabe als Sachverständige besteht darin, auf diese Zahl hinzuweisen und zu sagen, daß es auch in der Schweiz eine Reserve gibt, wenn jetzt von außen die deutliche Aufforderung ergeht, etwas zur Konjunkturbelebung zu tun. Und beachten Sie, daß ein so kleines Land wie die Schweiz einen Exportüberschuß in der Dimension der Bundesrepublik hat.

Am meisten beitragen kann man aus der Sicht der Schweiz zur Frage der internen Preisstabilität, der Rückwirkung der Kostenstabilität auf die Wechselkurse und der Auswirkungen der Wechselkursschwankungen auf den Außenhandel. Erstens ist der Außenhandelsanteil noch weit größer als in der Bundesrepublik, und zweitens sind auch die Sprünge bei den Wechselkursen weit dramatischer. Man muß in diesem Zusammenhang die Frage stellen, wie es möglich gewesen ist, daß beispielsweise die Uhrenindustrie, die im Schutze eines weit unterbewerteten Frankens äußerst rückständig war, über Nacht einen Sprung von 60 Prozent doch noch ganz gut hat verkraften können. Herr Fels fragte, ob das im wesentlichen auf Forschung und Entwicklung zurückzuführen gewesen ist. Merkwürdigerweise haben aber in der Schweiz auch jene Bereiche diesen Sprung erstaunlich gut überstanden, die für Forschung recht wenig ausgegeben haben. Dort müssen also auch andere Dinge eine Rolle spielen.

Herr Streissler, Sie mögen Unternehmervertreter und vielleicht auch den Sachverständigenrat mit Ihren Thesen zur Lohnpolitik provoziert haben. Ebenso haben Sie Wissenschaftler provoziert, die noch an

neoklassische Modelle glauben, die den Zeitfaktor und die Anpassungsprobleme völlig vernachlässigen. Sie haben darauf hingewiesen, daß wir ständig dazu tendieren, mikroökonomisch zu argumentieren und nicht die Brücke zwischen Mikro- und Makrowelt finden.

Ich schlage nun vor, daß wir uns gewissermaßen von außen nach innen den Problemen nähern und zunächst über die Dinge sprechen, die Herr Fels angedeutet und Herr Streissler etwas ausführlicher behandelt hat, nämlich das Weltwährungssystem und die Tatsache, daß die Welt heute insgesamt, im Gegensatz zu den letzten zwei Jahrzehnten, eher eine restriktive Politik betreibt. Herr Streissler ist pessimistisch und glaubt nicht, daß ein neues Weltwährungssystem jetzt entstehen werde; wir sollten aber dafür sorgen, daß aus der restriktiven wieder eine global expansive Politik wird und eine sich ausbreitende Rentiermentalität nicht zu permanenter Stagnation führt.

Dies beinhaltet, daß auch die Wechselkursprobleme diskutiert werden müssen. In der Schweiz werden die Determinanten der Wechselkursschwankungen sehr intensiv erforscht, weil sie für uns lebenswichtig sind. Wir glauben, ein Modell gefunden zu haben, mit dem wir die Wechselkursentwicklung erklären können. Vor allem gilt es ja, jene langfristigen Wellenbewegungen zu deuten und nach Möglichkeit zu prognostizieren. Herr Fels stellte die These auf, die Wechselkurse seien nicht kostenbestimmt; wir sollten nicht befürchten, daß wir für eine vorsichtige Politik an der Lohnfront über die Wechselkurse wieder bestraft werden. Vielmehr seien die Wechselkurse preisbestimmt. Eine günstigere Kostenentwicklung würde die Gewinnspanne der Unternehmer verbessern und diese dann zu erhöhten Investitionen veranlassen, was global zu begrüßen wäre. In der Schweiz - das möchte ich als Gegenthese formulieren - haben wir festgestellt, daß weniger die Preise als vielmehr die Erwartungen eine entscheidende Rolle spielen. Eine restriktive Politik schürt gewisse Erwartungen bei den Kursentwicklungen, die sich dann gegen das Land wenden können, wie das bei uns geschehen ist.

Vergleicht man einmal, wie die Vorkämpfer des Systems der freischwanker den Wechselkurse einst sein Funktionieren gesehen haben, mit dem, wie es heute tatsächlich läuft, so sind ziemliche Diskrepanzen zu registrieren. In der von den Sprüngen am meisten betroffenen Schweiz hat man inzwischen kalte Füße bekommen, ohne jedoch eine Alternative zu sehen. Wir haben in unserem letzten Gutachten noch die Meinung vertreten, die Ereignisse von vor zwei Jahren seien einigermaßen

überstanden; jetzt würden die Kurse wieder den Kaufkraftparitäten folgen. Dann kam der zweite große Stoß, von dem wir noch nicht wissen, wie er verdaut werden wird. Möglicherweise gibt es im nächsten Frühjahr auch in der Schweiz einen Schock. Die Meldungen von der dortigen Unternehmerfront sind im Augenblick eher ungünstig.

Wir haben im Gutachten noch die Meinung vertreten, wir lebten in einem stabilen System und müßten uns in die neuen Kurse "hineinhungern". Diese Politik des Hineinhungerns hat in der Schweiz allgemeinen Beifall gefunden. Man ist überzeugt, daß größtmögliche Kostenstabilität die beste Strategie sei. Der letzte Schock hat zum Beispiel dazu geführt, daß man sich in der chemischen Industrie, wo die Gewerkschaft gerade ziemlich große Lohnforderungen angemeldet hatte, jetzt für drei Jahre mit einem sehr mäßigen Lohnanstieg zufriedengegeben hat.

Inzwischen sind uns im Schweizer Sachverständigenrat selbst Zweifel gekommen, ob das System wirklich stabil ist. Wir fragen uns, ob das Hineinhungern nicht zur Folge hat, daß immer weiter ausländisches Geld in Milliardenhöhe in die Schweiz strömt und den Kurs ständig ansteigen läßt, wie das bereits in der letzten Woche erneut der Fall war, nachdem es zunächst so schien, als sei Ruhe eingeleitet. Ich möchte also den Zusammenhang zwischen Lohnpolitik und Wechselkurs und die Stabilitätsfrage überhaupt zur Diskussion stellen.

Was die Frage der Sättigung angeht, so ist es mir unverständlich, wenn bei uns dieses Gespenst heute schon an die Wand gemalt wird. Ich erinnere nur an unsere Einkommensverteilung. Die Masse der Einkommensbezieher liegt weit unter dem volkswirtschaftlichen Durchschnittseinkommen. Sie alle streben danach, diesen Standard irgendwann einmal zu erreichen. Da sind noch viele Milliarden an Nachfrage vorhanden.

Insbesondere wenn wir an die Entwicklungsländer denken, können wir nicht von Sättigung sprechen. Da stellt sich vielmehr die Frage: Wie setzen wir wieder einen Kreditmechanismus in Gang und erreichen ein Vertrauen, damit der Handel mit den Entwicklungsländern, in denen wir auf unbegrenzte Zeit Absatzchancen haben, belebt wird?

Hauff

Mich wundert, daß bei der Analyse der Ursachen für die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre das Ölproblem nicht genannt wurde. Ich darf daran erinnern, daß die bundesrepublikanische Volkswirtschaft in den Jahren 1973 bis Anfang 1975 Mehraufwendungen in Höhe von circa 40 Milliarden DM zum Kauf des Öls leisten mußte. Dies entspricht - es ist ja Einkommen, das dem innergesellschaftlichen Verteilungskampf entzogen wurde - dem Durchschnittseinkommen von zwei Millionen Beschäftigten in der Bundesrepublik. Ich sehe also die Weltwährungsentwicklung in unmittelbarem Zusammenhang mit solchen harten Eingriffen auf dem Energiegebiet.

Dies zeigt sich auch beim Dollar, dessen gegenwärtige Schwierigkeiten zum großen Teil auf der unausgeglichenen Handelsbilanz der Vereinigten Staaten beruhen, was wiederum zu 70 bis 80 Prozent durch Energieeinfuhren bedingt ist. Die OPEC-Staaten, auch die vernünftigen, lassen keinen Zweifel daran, was sie für Mitte der 80er Jahre vorhaben.

Damit sind wir dann bei der Stabilitätsfrage. Da schließt sich auch der Kreis zu den Wirtschaftsstrukturmaßnahmen und zu den Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. Diese dürfen eben nicht nur global ausgerichtet sein, wie mitunter argumentiert wird, sondern müssen an dem Punkt ansetzen, an dem das Problem entsteht, zum Beispiel im Energiesektor, wo wir uns um eine sparsame und rationelle Energieverwendung und um neue ressourcenerschließende Energietechnologien im Nuklearbereich zu bemühen haben.

Bombach

Hat man von offizieller Seite aus, auch seitens der EG, einmal untersucht, in welchem Maße die amerikanischen Energieeinfuhren auf die in Amerika betriebene Energieverschwendung zurückzuführen sind und inwieweit auf die Anhäufung von Lagerbeständen?

Hauff

Die Verschwendung ist ohne Zweifel erheblich. Das Energieniveau pro Kopf der Bevölkerung oder pro erzeugter Einheit Bruttonutzenprodukt ist in den USA etwa doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik oder in Westeuropa insgesamt. Und daran wird sich in absehbarer Zeit auch kaum wesentlich etwas ändern.

Ich war vor 14 Tagen in Saudi-Arabien, wo mir Jamani klipp und klar gesagt hat: Den höchsten Ertrag für unser Erdöl erzielen wir, wenn wir es in der Erde lassen. Daran werden wir unsere Politik orientieren.

Streissler

Ich habe das Erdölproblem nur etwas allgemeiner ausgedrückt, Herr Hauff. Dieses Problem hat nur deshalb so entscheidende Bedeutung gewonnen, weil die Defizitländer, insbesondere die Vereinigten Staaten, heute restringieren müssen. Dies trifft zusammen mit der Tatsache, daß die arabischen Ölländer ihre Überschüsse zum großen Teil nicht ausgeben. Das Gegenbeispiel stellen die Preissteigerungen für Rohstoffe im Korea-Boom dar; denn damals wurde nicht restringiert.

Ich bin also auf das fundamentalere Problem eingegangen, daß die Welt heute nicht bereit ist, die zusätzlich geschaffenen Dollars der Vereinigten Staaten aufzunehmen, wenn diese ins Defizit geraten. Ich stimme aber zu, daß die Anhebungen der Rohölpreise es sehr viel schwieriger gemacht haben, die alte Situation aufrechtzuerhalten, in der Defizitländer über längere Perioden nicht notwendigerweise restringieren müssen.

Kreye

Alle Referenten sind in ihrer Analyse mehr oder weniger davon ausgegangen, daß es in marktwirtschaftlich orientierten Industrieländern nicht nur die Tendenz zu erhöhter Produktivität gibt, sondern auch die Tendenz zu einer zunehmend international integrierten Ökonomie. Es war von verschärfter Konkurrenz die Rede, die sich vom Weltmarkt auf die Ökonomien der Industrieländer auswirkt. Dieser international integrierten Ökonomie auf der einen Seite - die ich heute mehr oder weniger für gegeben halte - korrespondiert aber kein internationaler Staat, kein Weltreich auf der anderen Seite.

Diesem Defizit ist keiner der Referenten auf die Spur gekommen; darin sehe ich eine der wesentlichen Schwächen der hier angebotenen Therapien. Die Probleme für die nationalen Arbeitsmärkte entstehen eben aus dieser Tendenz zur Internationalisierung der Ökonomie, während ihre Lösung mit nationalstaatlichen Maßnahmen versucht werden soll. Keiner der Referenten hatte etwas anderes anzubieten als nationale Strukturpolitik, nationale Wechselkurspolitik oder nationale Währungspolitik.

Wenn man dieses Defizit nicht sieht, kommt man zu solchen Einschätzungen, daß sich die Dollarschwäche aus der Energieproblematik ergibt. Ich bin da völlig anderer Auffassung als Herr Hauff. Was die westeuropäischen Ökonomien heute an Strukturveränderungen erleben, davon war die US-Ökonomie schon vor 10 Jahren betroffen. Damals gab Produktionsverlagerungen nach Mexiko, nach Südostasien, vor allem aber nach Westeuropa. Aufgrund des höheren Lohnniveaus der USA gegenüber Westeuropa und den anderen Gebieten war es für die US-Unternehmen rentabel, ihre Produktion zu verlagern.

Dieser Umstand hat unter anderem dazu beigetragen, daß in Westeuropa in den 50er und 60er Jahren zusätzlich Arbeitsplätze entstanden, die dann in den Vereinigten Staaten fehlten. Heute ist die westeuropäische Industrie ebenfalls von einem solchen Prozeß betroffen, ausgelöst von den Zwängen des Weltmarktes. Um konkurrenzfähig zu bleiben, muß sie die billige Arbeitskraft in anderen Ländern ausnutzen, was sich in den Verlagerungsprozessen ausdrückt.

Für die Unternehmen, die im Inland rentabel fertigen wollen, gibt es nur die Konsequenz, massiv zu rationalisieren, das heißt, durch Innovationen die Produktion rentabel zu halten. Aber auch das muß zu weiterer Freisetzung von Arbeitskräften führen.

In den USA haben die Produktionsverlagerungen das kann man nachlesen - zu einer Veränderung der Handelsbilanz geführt. Der vormals aktive Handelsbilanzsaldo der USA ist Jahr für Jahr in einen zunehmend höheren passiven Handelsbilanzsaldo umgeschlagen. Die Verlagerung der Produktion war mit Kapitalabflüssen, verminderten Exporten und gesteigerten Importen verbunden. Das hat die Wechselkursprobleme hervorgerufen.

Dieser Prozeß der letzten 10 Jahre hat natürlich Auswirkungen auf die Politik der US-Gewerkschaften gehabt. Das Lohnniveau ist in den USA allmählich hinter dem westeuropäischen zurückgeblieben, weil die US-Gewerkschaften nicht die bargaining power hatten, angesichts der Verlagerungen reale Lohnerhöhungen durchzusetzen. Jetzt schlägt der Prozeß wieder um. Ähnliches könnte in den 80er Jahren in Westeuropa eintreten.

Zunächst ist damit zu rechnen, daß die Arbeitsmarktprobleme zunehmen werden; denn angesichts der gegebenen Bedingungen des Weltmarktes werden die Rationalisierungs- und Verlagerungstendenzen

weitergehen, und die nationalen Programme zur Überwindung dieser Probleme werden nicht wirken - abgesehen von der Tatsache, daß alle Vorschläge, die hier gemacht werden, natürlich beträchtliche sozialpolitische Implikationen haben.

Streissler

Warum haben wir so wenig von einer neuen Weltordnung als Therapie gesprochen, Herr Kreye? Wenn ich über meinen Beruf als Professor der "Nationalökonomie nachsinne, dann werde ich sehr skeptisch, ob man in mehr als einem Land etwas tun kann.

Kreye

Der Handlungsspielraum der Regierungen ist durch den nationalstaatlichen Rahmen begrenzt.

Streissler

Dann müssen Sie aber unser Thema bejahen: Europäische Arbeitslosigkeit als Dauerschicksal. Sicherlich gäbe es Möglichkeiten, auf internationalem Niveau aus der Klemme herauszukommen, aber die Wahrscheinlichkeit, daß diese Möglichkeiten ergriffen werden, ist äußerst gering.

Professor der Nationalökonomie sein heißt, die internationale Ordnung als Kampfgemeinschaft verstehen, und das ist sie in gewisser Hinsicht gerade in den 70er Jahren zunehmend geworden. Sie ist nicht eine Friedensgemeinschaft. Man kann natürlich auf einen Weltstaat hoffen, aber das scheint mir ein Wolkenkuckucksheim zu sein.

Kreye

Die Beschreibung des Zustandes, daß es diesen Weltstaat nicht gibt, bedeutet ja noch nicht, der Hoffnung, daß es ihn geben sollte, Ausdruck zu verleihen.

Streissler

Wenn Sie sagen, das allein könne helfen, dann gibt es keine Möglichkeit, unser Problem zu lösen.

Schröder

Die Nationalökonomien des 19. Jahrhunderts haben sich auch als Übernationalökonomien verstanden.

Streissler

Weil es im englischen Interesse lag.

Schröder

Friedrich List zum Beispiel sah das Interesse Deutschlands gegenüber England, aber auch das gemeinsame Interesse.

Streissler

Was die Investitionspolitik betrifft, so habe ich selbst diese nachweisbar seit 1962 vertreten. Österreich beispielsweise hat seit nunmehr 24 Jahren ständig die Investitionsquote gesteigert. Dabei kann man davon ausgehen, daß Maßnahmen, die man trifft, etwa 10 Jahre brauchen, bis sie voll effektiv werden. In Österreich führt die vorzeitige Abschreibung, die wir mit geringen Variationen seit 1954 praktizieren, dazu, daß Investitionen schon im ersten Jahr zwischen 50 und 95 Prozent abgeschrieben werden. Wenn so etwas auf Dauer betrieben wird, hat eine solche nationale Politik durchaus sehr starke Wirkungen, wenn auch erst längerfristiger Art.

Mertens

Herr Kreye hat auf den Widerspruch aufmerksam gemacht, daß wir eine international organisierte Ökonomie, aber eine national organisierte Wirtschaftspolitik haben - oder vorspiegeln, was wahrscheinlicher ist.

Was den internationalen ökonomischen Wirkungszusammenhang angeht, so verweise ich nur auf Anpassungsmechanismen, zum Beispiel bei den Wechselkursen, bei den Subventionen oder beim Protektionismus. Es besteht auch eine internationale Organisation der Ökonomie über die internationalen Unternehmen und Unternehmenszusammenschlüsse, die alle zeitweiligen Gefälle, die

listenreich erfunden wurden, um einer Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb einen Vorsprung zu sichern, sehr schnell wieder nivelliert.

Demgegenüber haben wir die Fiktion einer national organisierten Wirtschaftspolitik, die sich auch in der Theorie der Wirtschaftspolitik widerspiegelt, Herr Streissler. Man sollte aber nicht so begriffspositivistisch sein zu meinen, nur weil es so etwas wie Nationalökonomie als Begriff gibt, gebe es sie auch in der Realität. Nationalökonomie ist jedenfalls infolge des internationalen Wirkungszusammenhanges nur noch in bescheidenen Grenzen möglich. Das heißt, "nationale Wirtschaftspolitik" ist ein Phänomen, mit dem der nicht sachverständigen Umwelt vorgespiegelt wird, man könne innerhalb des internationalen Wirkungszusammenhangs noch mit nationalen Behandlungsmethoden für eine Volkswirtschaft etwas herausholen, indem man etwa auf Strategien abstellt, mit denen man trotz des internationalen Kosten- oder auch Subventionszusammenhangs Vorteile für ein Land gewinnen könne. Hier ist der Spielraum für nationale Politik viel geringer, als dem Mann auf der Straße in Sachverständigendiskussionen vorgespiegelt wird.

Mit Kosten- und Subventionsstrategien kann man sicher nicht über mehr als ein halbes Jahr etwas gewinnen. Dagegen sehe da durchaus noch eine Chance für nationale Politik bei keynesianischen Strategien und bei Arbeitszeitstrategien; denn da besteht kein so ausgeprägter internationaler Zusammenhang wie bei Kostenstrategien.

Hauff

Ich bestreite, was hier von Herrn Kreye und Herrn Mertens behauptet wird, daß dem internationalen Problemdruck auf der einen, nationale Hilflosigkeit auf der anderen Seite korrespondiert. Es gibt eine Vielzahl von recht erfolgreichen internationalen Koordinationsgremien, die in nationalen Politiken gezielt eingesetzt werden. Das ist etwa bei den Finanzministerien oder beim Wirtschaftsgipfel der Fall.

Eine sehr interessante Einrichtung ist die Internationale Energieagentur in Paris, wo eine Vielzahl von Forschungs- und Entwicklungsprojekten international abgestimmt wird. Im Bereich Forschung und Technologie wächst der Anteil an internationalen Projekten von Jahr zu Jahr. Das ist sicher alles noch unzureichend, aber diese Schwarzweißmalerei gefällt mir nicht.

Mertens

Herr Hauff, es geht darum, ob eine nationale Kostenpolitik allein auf Dauer Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt bringen kann.

Müller-Groeling

"Auf Dauer" ist ein listiger Zusatz.

Mertens

Wenn Sie sagen, es gibt Mechanismen, in denen international koordiniert werden kann, dann ist die Frage, ob Sie eine solche internationale Koordination noch zu unseren Lebzeiten

Hauff

Ich glaube sehr wohl, daß sich zu meinen Lebzeiten, vermutlich schon sehr bald, erste Erfolge in dieser Richtung abzeichnen und die Industrieländer sich untereinander abstimmen werden, wie mit den Weltwirtschaftsproblemen zu prozedieren ist.

Mertens

Dann schwindet der vermeintliche Marktvorteil für die Bundesrepublik.

Hauff

Das ist sicher kein Vorteil, bedeutet aber ein Stück Stabilität.

Sie erwähnten Keynes und die Arbeitszeitproblematik als die beiden Bereiche, wo nationale Politik noch möglich sei. Ich behaupte, auch nationale Innovationsstrategien sind angesichts der hohen internationalen Unsicherheit sinnvoll, vor allem wenn wir Qualitätswettbewerb anstelle von Preiswettbewerb anstreben.

Ich trete also dafür ein - und da berühren sich internationale Überlegungen und nationale Antworten;- , eine massive Innovationsstrategie einzuleiten und nicht nur defensiv zu sagen, wir subventionieren im

Schiffbau, im Stahlbau, bei den Uhren, bei der Kohle und so weiter. Vielmehr müssen wir untersuchen, wo Innovationspotentiale vorhanden sind.

Von der deutschen Werftindustrie höre ich von morgens bis abends, wir sollten den Schiffbau subventionieren. Ich würde von denen gern einmal hören, daß sie eine Spezialisierungsstrategie entwickeln. Wir fordern von staatlicher Seite doch ständig: Geht rein in Meeresbautechnik und Off-shore-Technologie; geht rein in Meerwasserentsalzungsanlagen wie die Japaner, die darin außerordentlich erfolgreich sind. Da handelt es sich um Projekte in -zig Millionenhöhe - beispielsweise für die arabischen Länder, die wir eins um das andere verlieren.

Kreye

Singapur ist heute sehr aktiv in der Off-shore-Technik; Ölplattformen werden auch schon von Ländern der Dritten Welt gefertigt.

Hauff

Sicher, die Entwicklung der Technik geht weiter. Worauf es mir ankommt ist, daß es gerade dort, wo wir staatliche Mittel einsetzen, eine klare Alternative zwischen Subvention und Innovation gibt. Ich plädiere hier ganz entschieden für die Innovation auch in den Bereichen, wo wir nach einigen Jahren eingeholt werden. Das ist doch kein statischer Zustand. Wenn sich die Technologie standardisiert und bewährt hat, sind natürlich keine so großen Chancen mehr drin.

Müller-Groeling

Herr Kreye geht offenbar - vereinfacht gesagt - von folgendem Denkmodell aus: Die verschiedenen Volkswirtschaften konkurrieren um eine begrenzte Menge vorhandener Arbeit miteinander. Da die Löhne in Europa hoch sind, investieren die Unternehmer in Niedriglohnländern. Die Folge ist dann Unterbeschäftigung in Europa. Aber ist denn der Wettbewerb um Märkte und damit um heimische Beschäftigung ein Nullsummenspiel in dem Sinne, daß nur eine begrenzte Menge Arbeit zur Verteilung auf die Länder der Welt zur Verfügung steht? Ist dies nicht eine etwas laienhafte Vorstellung von der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, an der immerhin dies richtig ist, daß auch in Europa die Lohnforderungen im Rahmen bleiben müssen, damit nicht mehr Arbeitsplätze - aus arbeitsintensiven Branchen mit standardisierter Produktion etwa - abwandern, als in zukunftssträchtigeren Branchen geschaffen werden?

Zudem stellen die Investitionen unserer Unternehmer in den sogenannten Niedriglohnländern ja auch eine Form ausgleichender Gerechtigkeit dar, denn in diesen Ländern ist die Arbeitslosigkeit sehr viel größer als bei uns.

Kreye

Natürlich beklage ich nicht das Fehlen eines Weltstaates - das wäre nur in Richtung 1984 denkbar, was ich weder für realistisch noch für wünschenswert halte. Ich habe nur festgestellt, daß einer integrierten internationalen Ökonomie kein entsprechendes politisches System entspricht, trotz aller internationalen Institutionen, die es gibt.

Meine These ist: Bestimmte Instrumente, die bisher in nationalstaatlichem Rahmen gewirkt haben, wirken nicht mehr, weil wir es heute mit einer international integrierten Ökonomie zu tun haben.

Streissler

Das ist mindestens seit dem späten 17. Jahrhundert so.

Kreye

Potentiell ist es sicher immer so gewesen, aber heute ist dies aktueller denn je.

International integrierte Ökonomie heißt ja nicht, daß die Grenzen verschwunden sind und die Ökonomie global gesteuert wird. Vielmehr geht es darum, daß die einzelnen Unternehmen bei ihren Investitionen nicht allein nur mehr die nationalen, sondern immer auch die internationalen Bedingungen prüfen müssen, wenn sie konkurrenzfähig bleiben wollen.

Dazu möchte ich ein konkretes Beispiel nennen. Wie Sie vielleicht in der Neuen Zürcher Zeitung gelesen haben, hatte die US-Firma Firestone die Aufgabe eines Reifenwerkes in der Schweiz beschlossen. Darauf sind Vertreter der Gewerkschaften, der Kantonalregierung und anderer

Schweizer Stellen in die USA gefahren und haben Firestone eine Lohnsenkung von zwanzig Prozent als Verhandlungsangebot unterbreitet. Die Antwort lautete: Das nützt gar nichts; denn die Bedingungen in Thailand sind soviel günstiger, daß auch eine Lohnsenkung von zwanzig Prozent die Konkurrenzfähigkeit nicht wiederherstellt.

Wissenschaftliche Einsicht gebietet es zu sehen, daß sich die Unternehmen in der kapitalistischen Weltökonomie so verhalten müssen, unabhängig von den sozialen Konsequenzen. Bei den Investitionen spielen die internationalen Determinanten eine immer größere Rolle, und da reichen die beschränkten nationalen Mittel eben nicht mehr aus. Eine Unternehmung muß ungefähr 100 bis 150 Faktoren kalkulieren. Selbstverständlich ist manchmal eine Investitionssubvention wichtig. Sie mag aber in anderen Fällen überhaupt nicht ausschlaggebend sein.

Die Unternehmen, wie gesagt, haben diese Zusammenhänge inzwischen begriffen - die Wissenschaft offenbar noch nicht. Es ist beispielsweise völlig falsch zu sagen, die Textil- und Bekleidungsindustrie sei in der Bundesrepublik nicht mehr rentabel. Bestimmte Fertigungen sind durchaus rentabel, wie sich erwiesen hat. Das gleiche gilt auch für bestimmte Fertigungsbereiche des Schiffbaus oder der Elektrotechnik. Andere Produktionen werden möglicherweise in den 80er Jahren wieder rentabel sein. Es gibt US-Unternehmen, die ihre Halbleiterfertigung zunächst nach Südkorea oder nach Taiwan verlagert haben und die heute die Weichen dafür stellen, daß die automatische Fertigung in den 80er Jahren wieder in die USA zurückverlagert wird.

Der Kapitalismus - das ist jedenfalls unsere Auffassung in Starnberg - ist dynamischer als je zuvor. Alles

Gerede vom Spätkapitalismus ist "wishful thinking". Gegenwärtig befindet sich die kapitalistische Produktionsweise in einer neuen Phase, die durch den weltweiten Zugang auf die Arbeitskraft mit allen Implikationen, die das für die Industrieländer hat, und durch eine rasche Entwicklung der Rationalisierung der Produktion gekennzeichnet ist. Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik oder in Westeuropa ist nur noch als Teilarbeitsmarkt zu verstehen. Alle Instrumente, die lediglich auf diesen Teilarbeitsmarkt ausgerichtet sind, werden wirkungslos bleiben.

Unsere Prognose lautet: Sicher werden 90 Prozent der Industrie in Westeuropa bleiben, und zweifellos werden hier auch neue Industriezweige entstehen, unterstützt durch Forschungs- und Technologiepolitik sowie durch Industrieansiedlungspolitik. Dennoch werden sich die Auswirkungen, die vom Weltmarkt auf die Industrie Westeuropas ausgehen, verschärfen. Wir werden deshalb eher mit einer Zunahme des Arbeitslosenproblems rechnen müssen als mit der Abnahme.

Dieses Problem wird mit Strukturpolitik nicht zu lösen sein. Es wäre ehrlicher zuzugeben, daß dem Staat nichts weiter übrig bleibt, als soziale Maßnahmen zu treffen, um die schlimmsten sozialen Auswirkungen zu vermeiden, anstatt eine Lösung der sozialen Probleme von weiteren Investitionssubventionen und Steuererleichterungen für die Unternehmen erwarten zu wollen.

Fels

Man kann die internationalen Investitionsströme nicht beurteilen, ohne die Wechselkurse ins Bild zu rücken. Daß die Vereinigten Staaten in den 60er Jahren Kapitalexport betrieben haben, vor allem in Form von Direktinvestitionen, hing wesentlich mit der Überbewertung des Dollars zusammen. Daß Westeuropa, insbesondere die Bundesrepublik, überwiegend Direktinvestitionen attrahiert hat, war nicht zuletzt eine Folge der Unterbewertung der D-Mark. Die Bundesrepublik war ein äußerst günstiger Standort für Industrien. Sie hat, vereinfacht gesprochen, Kapital aus Nordamerika und Arbeit aus dem Mittelmeerraum importiert. Hinzu kommt, daß die EG in den 60er Jahren aufgebaut wurde, was ebenfalls Direktinvestitionen angezogen hat. Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit einigen Jahren in einem Anpassungsprozeß an einen neuen Wechselkurs. Die Bilanz der Direktinvestitionen ist seit 1975 aktiv. Man kann also schon eine ökonomische Erklärung für diese Kapitalströme finden.

Der These von Herrn Kreye, daß die nationale Politik überhaupt keinen freien Handlungsspielraum mehr hat, kann ich nicht zustimmen. Natürlich ist der nationale Handlungsspielraum durch internationale Rückwirkungen eingeschränkt. In bezug auf die Inflationsbekämpfung ist der Handlungsspielraum durch den Übergang zu beweglichen Wechselkursen größer geworden. Auch sind die Investitionsbedingungen zwischen den einzelnen Regionen und Ländern sehr verschieden. Das läßt auf Spielraum für Veränderungen schließen, für einen Wachstumswettbewerb zwischen Regionen und auch zwischen Ländern. Dieser Wettbewerb wird durch negative "feed backs" eingeschränkt, aber er ist noch vorhanden. Wir können mit nationalen Handlungen durchaus etwas bewirken, wenn auch vielleicht weniger als noch in den 50er oder 60er Jahren.

Kienzl

Wissen Sie, Herr Fels, es sind nicht einmal in erster Linie die falschen Wechselkurse, die uns zwingen, in anderen Ländern zu investieren. Viel wichtiger ist der Protektionismus. Ich höre genügend Klagen österreichischer Unternehmer, daß man in den USA nicht mehr mithalten kann, wenn man nicht am Markt ist. Mit allerlei mehr oder weniger schäbigen Tricks wird man gezwungen, dort auch zu produzieren, sonst ist man draußen. In den anderen Ländern schaut es nicht viel besser aus.

Wegner

Ich sehe einen engen Zusammenhang zwischen der Problematik der Wechselkurse und dem Anwachsen des Protektionismus, Herr Kienzl. Er liegt darin, daß die heftigen Wechselkursschwankungen, die teilweise über das Ziel hinausschossen, die Unsicherheiten für den Welthandel und die Investitionen vergrößert und damit zur gegenwärtigen Wachstumsschwäche und zu den strukturellen Schwierigkeiten beigetragen haben.

Es ist das eigentlich Beunruhigende, daß flexible Wechselkurse nicht, wie in den Lehrbüchern erwartet, zu einem Abbau von Handelshemmnissen führten, sondern diese letztlich verstärkt haben.

Fels

Daß Protektionismus eine Folge flexibler Wechselkurse ist, möchte ich bestreiten, Herr Wegner. Der Sog zum Protektionismus in den Vereinigten Staaten ist beispielsweise durch die Abwertung des Dollars vielmehr erheblich verringert worden. Wären wir denn mit dem alten Wechselkurssystem besser gefahren?

Die Gefahr des Protektionismus sehe ich in den letzten Monaten viel mehr durch die Brüsseler Bürokratie gefördert. Da scheint es Kommissionsmitglieder zu geben, die in erheblichem Maße versuchen, Märkte zu "ordnen". Man denke nur an Stahl, Textilien, Chemiefasern. Wenn das so weitergeht, werden die Märkte von immer mehr Sektoren reglementiert. Irgendwann kommt ja jeder Bereich einmal in eine schwierige Situation. Darin liegt eine große Gefahr für den freien Welthandel.

Bombach

Hier wird in zwei extremen Modellen argumentiert. Auf der einen Seite steht eine nur nationale Politik und auf der anderen Seite eine Art Weltpolitik. Für mich stellt sich die Frage, ob nicht die Geleitzug- oder Lokomotiven-Theorie - also das Zusammenspannen einiger für den Welthandel wichtiger Länder - auch schon helfen könnte; denn eine Weltstrukturpolitik ist sicher Utopie.

Ähnlich wie im nationalen Rahmen die Unternehmer darauf warten, daß jeweils der andere anfängt zu investieren, wartet auch ein Land auf das andere; denn sie alle wollen lieber über Exporte am Aufschwung profitieren, als intern etwas tun. Und da sind wir wieder bei den flexiblen Wechselkursen.

Wegner

Die Konvoi-Theorie, also die Vorstellung einer expansiven, gemeinschaftlich abgestimmten Konjunkturpolitik, bei der alle Industrieländer ihren Beitrag leisten, wird die fundamentalen Wachstums- und Anpassungsprobleme der nächsten Jahre alleine vermutlich nicht lösen können. Dabei werden; das zeigen die Diskussionen darüber auf europäischer Ebene und in der OECD, gar keine grundlegenden Einwände gegen dieses Konzept erhoben. Es ist ja auch ganz vernünftig zu erwarten, daß man über eine abgestimmte Aktion zur Konjunkturbelebung den internationalen Multiplikator-Prozeß so verstärken kann, daß jedes Land weniger zu tun braucht und dennoch eine größere Wirkung erzielt; als wenn es für sich alleine handelt. Alle bejahen das Konzept, aber jeder wartet darauf, wie Herr Bombach sagt, daß die anderen Länder mit Zahlungsbilanzüberschüssen und niedrigen Inflationsraten, nämlich Deutschland und Japan, Lokomotiven-Funktionen übernehmen müssen.

Ein Land wie Frankreich, das sich vielleicht eine etwas expansivere Politik leisten könnte, ist außerdem zur Zeit mit der Abschaffung seiner Preiskontrollen beschäftigt, was vorerst kaum Stimulierungsprogramme erlaubt. Ganz zu schweigen von Ländern, wie Italien und Großbritannien, die auf keinen Fall bereit sind, zum Konvoi-Konzept effektiv beizutragen.

Streissler

Wegen ihrer Zahlungsbilanzsituation dürfen sie gar nicht.

Wegner

Deshalb bezweifle ich auch, daß der Konvoi-Ansatz kurzfristig sehr viel an Wachstum bringen wird.

Kienzl

Als Machlup predigend durch die Welt zog und die flexiblen Wechselkurse anpries, hat er uns versprochen, daß es nur Promille-Abweichungen geben wird. Nun, die Entwicklung ist dann ganz anders gelaufen. Der Wechselkurs folgt Erwartungen; das sehe ich als Zentralbankmann ja täglich.

Nicht zufällig redet man davon, daß der amerikanische Finanzminister Blumenthal den Dollar heruntergeredet hat. Die Spekulanten neigen dazu, alle in dieselbe Richtung zu laufen; damit schaffen sie dann Fakten, zum Beispiel die Abwertung einer Währung, die sich in einer Verteuerung der Importe und in Inflation niederschlägt. Es kommt kein Gleichgewicht über die Preise zustande, weil inzwischen so viel geschehen ist, daß sich die Entwicklung schon wieder in eine andere Richtung bewegt hat.

Ich kann das auch aus eigener Erfahrung sagen. Ich bin ja ebenfalls so eine Art Spekulant. Als ich seinerzeit den Bericht des Sachverständigenrats las, habe ich sofort Heinz Markmann beim WSI angerufen und ihn gefragt: Sag, ist es realistisch, daß die Gewerkschaften so eine Politik mitmachen? Darauf hat er geantwortet: Kommt nicht in Frage. Sag ich: Das beruhigt mich sehr; anderenfalls hätten wir in Wien natürlich daraus unsere Konsequenzen gezogen und den Wechselkurs der DM für nicht mehr haltbar angesehen.

Wir hätten uns also von der DM abgesetzt, so wie wir es beim Schweizer Franken getan haben, als wir hörten, daß die Schweizer Gewerkschaften eine Lohnerhöhung von ein bis anderthalb Prozent akzeptieren. Da haben wir den Schweizer Franken aus unserem Indikator herausgeworfen. Mit anderen Worten, wir haben eine Entwicklung antizipiert, deren Höhenflug wir nicht mitmachen können. So ähnlich verhalten sich alle Spekulanten. Herr Streissler sprach von zeitlosen Anpassungsmodellen - ich bin ihm sehr dankbar, daß ich nun endlich weiß, wie das zu verstehen ist. Also Spekulation und Erwartungen bestimmen den Wechselkurs.

Ich möchte aber eine weitere Bemerkung machen. Lord Balogh hat darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige weltwirtschaftliche Lage eine bedenkliche Ähnlichkeit mit der Situation während der Zwischenkriegszeit hat. Damals wurden die Verliererstaaten von den Siegern gezwungen, Reparationen zu zahlen, ohne daß sie die Möglichkeit hatten, sich diese Reparationen zu verdienen. Als die Lücke auch durch Kreditfinanzierung nicht mehr zu schließen war, ist die Weltwirtschaft schließlich zusammengebrochen.

Heute befinden sich die Industriestaaten möglicherweise in einer ähnlichen Situation. Durch die OPEC-Staaten wird uns Kaufkraft entzogen, und wir haben keine Möglichkeit, das durch Exporte in die OPEC-Staaten zu kompensieren. Wenn Indien das Erdöl hätte, wäre es für uns kein Problem. Denn die Inder würden uns mit den Erdöleinnahmen das abkaufen, was wir produzieren; dann wären wir nicht in dieser verzweifelten Situation.

Fels

Wenn sich zwischen der Bundesrepublik und Österreich ein Stabilitätsgefälle auftun würde, wäre es nur natürlich, daß der Kurs darauf reagiert - warum sollte er sonst flexibel sein - und das Stabilitätsgefälle ausgleicht. Wenn bei uns beispielsweise eine Lohnpolitik betrieben wird, die sich dämpfend auf das Preisniveau auswirkt, muß das über den Kurs im Verhältnis zu Österreich ausgeglichen werden.

Kienzl

Aber wir haben ein Prozent mehr Inflation als die Bundesrepublik, und der Wechselkurs ist relativ zur DM genau um ein Prozent gesunken.

Fels

Wir können empirisch feststellen, daß der Wechselkurs über einen Zeitraum von drei, vier Jahren die internationalen Inflationsdifferenzen ausgleicht. Ich gebe zu, daß kurzfristig Divergenzen auftreten können. Wenn Herr Blumenthal gewisse Äußerungen tut, reagieren die Devisenmärkte kurzfristig. Auf mittlere Sicht folgt der Wechselkurs jedoch ziemlich genau den Inflationsdifferenzen.

Bombach

Auf mittlere Sicht können die Unternehmen schon pleite sein.

Fels

Herr Bombach, eine akzeptable Alternative zu dem gegenwärtigen System ist überhaupt nicht in Sicht. Wir müssen versuchen, mit diesem System einigermaßen zurechtzukommen, wozu gehört, daß darüber nachgedacht wird, wie die eigentlichen Ursachen der Wechselkursschwankungen beseitigt werden können.

Rothschild

Gilt auch für den Dollarkurs, daß er der Kaufkraftparität auf drei, vier Jahre so genau entspricht?

Fels

Da galt es zunächst ein Ungleichgewicht zu korrigieren.

Rothschild

Wieso wissen Sie, wann Sie im Gleichgewicht sind? Schauen Sie, beim freien Handel muß der Wechselkurs sicherlich innerhalb gewisser Grenzen der Kaufkraftparität entsprechen. Das ist eine Trivialität. Aber hier geht es um die Feineinstellung. Da ist es schon sehr willkürlich, welches Basisjahr wir nehmen. Dann sind solche Aussagen doch sehr fragwürdig.

Krüper

Ich sehe in der Argumentation von Herrn Fels einen Widerspruch. Die Gewerkschaften haben stets darauf hingewiesen, daß eine Lohnzurückhaltung Wechselkursänderungen - also eine weitere Aufwertung der D-Mark - provozieren würde. Deshalb müsse man auch den Wechselkurseffekt beachten. Nun behauptet Herr Fels, Lohnzurückhaltung würde zu niedrigeren Kosten führen und dadurch das Preisniveau sozusagen konstant gehalten; deshalb habe das keine Wirkung auf den Wechselkurs. Insofern argumentierten die Gewerkschaften falsch.

Wenn Sie dagegen im Sachverständigenutachten das Kaufkraftargument diskutieren, sagen Sie: Hohe Lohnsteigerungen bringen nichts; denn sie führen zu erhöhten Kosten und damit zu einem Preisanstieg. Deshalb müssen sich die Gewerkschaften bei Lohnerhöhungen maßvoll verhalten; das würde sich auf die reale Kaufkraft der Arbeitnehmer positiv auswirken, weil die Preise zurückgehen.

Wenn es um den Wechselkurs geht, behaupten Sie, die Kostenseite habe keine Folgen für die Preise, während Sie, um das Kaufkraftargument zu widerlegen, genau umgekehrt argumentieren.

Fels

Der Sachverständigenrat hat nie behauptet, daß der Kosteneffekt voll in den Preisen durchschlägt. Dann könnte sich die Rentabilität der Investitionen ja nicht verbessern. In der Alternativrechnung, die wir im letzten Jahr vorgelegt haben, gingen wir davon aus, daß etwa ein Drittel des Kosteneffekts zu einem Minderanstieg der Preise führt, während zwei Drittel zur Verbesserung der Gewinnrelation verbleiben. Der reale Kaufkrafteffekt beruht allein auf diesem Minderanstieg der Preise.

Mertens

Sie sind offenbar der Auffassung, Herr Fels, die Misere, in der wir in den 70er Jahren stecken, sei zum Teil darauf zurückzuführen, daß wir in den 60er Jahren mit falschen Wechselkursen operiert haben. Deshalb sind wir damals konkurrenzfähig gewesen und haben zu leicht Gewinne eingefahren auf Gebieten, die sich bei der Freigabe der Wechselkurse dann nicht mehr als wettbewerbsfähig erwiesen. Aber betreiben wir nicht eine völlig analoge Strategie, wenn wir heute versuchen, uns vom internationalen Kostentrend abzukoppeln? Ob wir uns nun über fixe Wechselkurse oder über eine gesonderte Kostenentwicklung abkoppeln, auf jeden Fall würde doch sozusagen der Versuch eines gesamtwirtschaftlichen Dumpings gegenüber der übrigen Welt bei rieben.

Fels

Nein. Es geht um nichts anderes als um eine Verbesserung der Investitionsbedingungen im Inland. Ich will es einmal auf die Formel bringen: Als Folge des Ölpreisanstieg hat eine Umverteilung zugunsten der Ölländer stattgefunden. Die Weltsparquote ist erheblich gestiegen, ohne daß es bis heute zu

einem korrespondierenden Anstieg der Weltinvestitionsquote kam. Die Realkapitalbildung blieb und bleibt hinter der Geldkapitalbildung zurück.

Jedes Land hat die Chance, seine Investitionsbedingungen so zu verbessern, daß es einen möglichst großen Teil der weltweiten Geldkapitalbildung attrahiert. In diesem Zusammenhang spielen die Löhne eine zentrale Rolle, wenn auch nicht die einzige. Wenn andere Länder sich in gleicher Weise investitionsfreundlich verhalten, können sie ebenfalls ihre Investitionen erhöhen. Das Geldkapital dafür steht weltweit zur Verfügung.

Rothschild

Zweifellos ist es mit den flexiblen Wechselkursen nicht ganz so gelaufen, wie es die Apostel dieser Richtung vorausgesagt hatten. Vielmehr haben die Leute recht behalten, die davor gewarnt haben zu glauben, auf diese Weise würden sich alle Probleme lösen lassen. Sicher ist, daß das System von Bretton Woods nicht funktioniert hat, weil es an ausreichender internationaler Kooperation fehlte, um die fixen Wechselkurse einigermaßen mit der Inflationsentwicklung in Einklang zu bringen. Das heißt, die Regierungen waren nicht bereit oder nicht imstande, eine entsprechende Abstimmung durchzuführen.

Im Grunde war es völlig unpolitisch und neoklassisch gedacht zu meinen, diese Situation werde sich grundlegend ändern, wenn man flexible Wechselkurse einführt.

Bombach

Das war nicht nur unpolitisch gedacht, sondern man hat auch vergessen, daß sich eine solche Anpassung in Zyklen vollzieht.

Rothschild

Auch das. Aber es war außerdem naiv zu glauben, man werde sich bei flexiblen Wechselkursen voll dem Markt fügen. Es war also vorauszusehen, was auch eingetreten ist, daß ein reines Floating nicht zustande kommen würde. Herr Kienzl hat uns gesagt, in welchem Maße er bereit ist, "schmutzig" zu handeln. Und das betrifft nicht nur Herrn Kienzl, alle tun das.

Hauff

Wieso schmutzig?

Rothschild

Schmutziges Floating heißt, daß man es nicht dem Markt überläßt, wie sich der Wechselkurs einspielt, sondern man antizipiert die Entwicklung des Wechselkurses. Der International Monetary Fund hat in einer Untersuchung festgestellt, daß kein Land die ganze Zeit über rein gefloatet hat. Das war vorauszusehen; denn es werden ja auch noch andere Ziele verfolgt.

Angesichts dieser Tatsache bricht die logische Kette von Herrn Fels zusammen. Es ist sicher richtig, daß Wechselkurse sich nicht an Lohnkosten oder an Kosten überhaupt orientieren. Aber er tut so, als sei Deutschland eine small open economy. Ich würde es verstehen, wenn man so für Österreich argumentierte und sagte: Was wir machen, wird die Auslandspreise nicht beeinflussen. Wenn Deutschland heute eine small open economy sein soll, dann frage ich mich: Was ist eine big economy? Da bleiben ja nur mehr die Vereinigten Staaten übrig.

Wenn aber das, was Deutschland tut, nicht ohne Einfluß ist, dann stimmt Ihr Konzept nicht zu meinen, man könne die Löhne senken und die Preise würden mehr oder weniger stabil bleiben. Das heißt, Sie nehmen an, die restliche Welt werde da einfach zuschauen. Das wird sie natürlich nicht tun. Wenn die anderen aber reagieren, wird sich der Wechselkurs den Löhnen anpassen. Oder es kommt zum Protektionismus, wie hier gesagt wurde, offen oder versteckt, so wie auf dem Stahlmarkt. Dann bricht der Weltmarkt eben zusammen. Deshalb halte ich Ihre Argumentation für etwas naiv, Herr Fels.

Es ist ja kein Zufall, daß Sie so argumentieren; denn in Ihrer ganzen Analyse kommt die Nachfrage nicht vor.

Fels

Ich sprach von 23 Milliarden DM Nachfrageimpuls durch den Staat.

Rothschild

Das war in einem Nebensatz; im Grunde haben Sie nur angebotsseitig argumentiert. Dann müssen Sie irgendwoher die Nachfrage haben, und da kommt das Ausland ins Spiel, was ja kein Zufall ist. Das war eine lange Zeit das Erfolgsrezept für Deutschland.

Offenbar meinen Sie, man könne das auch jetzt wiederversuchen. Natürlich kann man es versuchen; aber die Gefahr ist groß, daß die anderen nicht mitspielen und mit dem Wechselkurs reagieren werden. Deshalb kann man auf den internationalen Zusammenhang nicht so ohne weiteres setzen.

Aus diesem Grunde sind die Konvoi- und die Lokomotiven-Theorie als Alternative so wichtig. Wenn Herr Wegner sagt, dies sei schwer durchzuführen, dann bestreitet das niemand. Denn jeder will, daß der andere beginnt. Wir spielen ja immer wieder eine beggar-my-neighbour-policy, egal ob wir das über das Floating oder durch Protektionismus versuchen. Jeder will die Probleme möglichst auf den anderen abschieben.

Es ist sicher eine schwierige Aufgabe, die Konvoi-Theorie durchzuführen, aber eine leichte Lösung gibt es nicht. Jede Maßnahme, die man treffen will, muß international irgendwie in Einklang gebracht werden können.

Wegner

Sie wissen, daß Herr Giersch hierzu eine radikal andere Theorie vertritt. Statt Umstrukturierung der exportorientierten Industrie schlägt er einen erheblichen realen Ressourcentransfer zugunsten der Entwicklungsländer vor. Das ist eine Alternative, die sich in der Theorie durchaus überzeugend anhört. Die Frage ist, ob sie politisch durchführbar ist.

Müller-Groeling

Hier breitet sich offensichtlich eine Sehnsucht nach irgendeinem idealen Währungssystem aus, das sehr viel besser funktioniert als das der flexiblen Wechselkurse, die selbstredend nicht alle Probleme lösen. Das ist verständlich, aber mit einem solchen Referenzsystem machen wir es uns zu leicht. Wir müssen vielmehr nach der realen Alternative fragen: Wollen wir denn zurück zu festen Wechselkursen?

Bombach

Der Wechselkurs ist ein Preis, der zwei sehr unterschiedliche Märkte im Gleichgewicht halten soll, einmal den Finanzmarkt, der spontan über Telex reagiert, und zum anderen den Gütermarkt, der mit einer Verzögerung von dreiviertel bis anderthalb Jahren reagiert. Diese Anpassungsverzögerungen lösen die großen Schwingungen aus, die die Toleranzgrenzen überschreiten und zu einem Kollaps führen können. Das ist unsere Sorge in der Schweiz.

Dabei wissen wir noch nicht, was passiert, falls es einmal zu ganz großen Verlagerungen von internationalen Beständen kommen sollte. Da können 200 Milliarden ins Schwimmen geraten. Dann wird uns vermutlich doch irgend etwas einfallen müssen, worüber wir im Augenblick noch nicht bereit sind nachzudenken.

Fels

Ich will das gegenwärtige Wechselkurssystem keineswegs glorifizieren. Mir geht es nur darum zu zeigen, daß auch bei flexiblen Wechselkursen der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung nicht durchbrochen wird. Die positiven Beschäftigungswirkungen einer internen Kostensenkung hängen bei beweglichen Kursen viel mehr von der Reaktion des inländischen Angebots ab als bei festen Kursen, bei denen zumindest vorübergehend die Beschäftigung auf Kosten des Auslands erhöht werden kann.

Ihre beggar-my-neighbour-policy, Herr Rothschild, hätte man deshalb eher in einem Festkurssystem zu vermuten. Die Bundesrepublik ist in der Tat keine "small economy"; ich nehme das in meinem Modell auch nicht an. Wenn sie aus eigener Kraft, durch Kostendämpfung etwa, eine kräftige Expansion hervorbringt, was sollen andere Länder dagegen haben? Sie warten geradezu auf mehr Wachstum in der Bundesrepublik. Die Nachteile des gegenwärtigen Systems resultieren in erster Linie daher, daß die Regierungen intervenieren, also dirty floating praktizieren. Wir können aber nicht so reden, als wäre ein ideales System zu haben. Zu haben ist allenfalls eine allmähliche Verbesserung der währungspolitischen Bedingungen in wichtigen Weütiandelsländern.

Wenn ein Land wie die Schweiz - zeitweise auch die Bundesrepublik - von ausländischem Kapital überflutet wird, dann schafft dies natürlich Anpassungsprobleme in den Exportsektoren. Es hat aber auch positive Wirkungen. Länder, die so attraktiv sind, daß sie das internationale Kapital attrahieren, kommen in den Genuß eines relativ billigen Kapitalangebots. Sie können in der Regel auch ihre terms of trade verbessern. Rohstoffe, Öl, Investitionsgüter und Kapital werden billiger. Herr Bombach erwähnte das Hineinhungern in den Wechselkurs; auch das wird durch diese positiven Effekte erleichtert.

Bombach

In der Schweiz sind die Importe keineswegs, wie an sich erwartet, billiger geworden.

Fels

In der Bundesrepublik war das bei den Rohstoffen ganz eindeutig der Fall; im übrigen muß mit dem verglichen werden, was sonst gewesen wäre.

Scharpf

Wenn Sie sagen, Herr Fels, die Wechselkurse würden auf die unterschiedlichen Inflationsraten reagieren, dann geben Sie damit das Argument auf, das Sie gegen Herrn Krüper gebraucht haben. Wenn nämlich Lohnniveaus irgend etwas mit Inflationsraten zu tun haben, dann werden die Vorteile einer Lohnzurückhaltung dadurch wieder aufgehoben, daß sie über die Inflationsraten ihrerseits auf die Wechselkurse einwirken.

Fels

Ich habe nie bestritten, Herr Scharpf, daß eine Lohnzurückhaltung, die in vollem Umfang auf das Preisniveau durchschlägt, natürlich von der Wechselkurspolitik durchkreuzt werden kann. Aber nicht jede Lohnzurückhaltung schlägt voll auf das Preisniveau durch. Wäre das so, brauchten die Gewerkschaften sich nicht zu sorgen, daß die Arbeitnehmer durch Lohnzurückhaltung einen Verteilungsnachteil erleiden.

Scharpf

Dazu hat Herr Kienzl gesagt, daß die Wirkungen einer Lohnzurückhaltung auf das Preisniveau von der internationalen Spekulation antizipiert werden.

Müller-Groeling

Wenn eine Lohnzurückhaltung Beschäftigungseffekte haben soll, darf sie natürlich nicht voll in die Preise eingehen, weil es sonst keine Profitverbesserung gibt. Infolgedessen bringt hier die Unterscheidung zwischen dirty floating, bei dem der Wechselkurs verfälscht wird, und clean floating nicht viel. Entscheidend wird es auf die inländische Geldpolitik und ihren Einfluß auf Inlandspreise und Wechselkurs ankommen. Dann ist die Frage, ob ein Zentralbankpräsident, sagen wir in Österreich, der wegen einer Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften in Deutschland darauf spekuliert, daß die Preise entsprechend heruntergehen, nicht einen Fehler macht.

Fels

Herr Müller-Groeling hat auf Herrn Scharpf bereits geantwortet. Ich will gewiß nicht so weit gehen zu behaupten, durch eine zurückhaltende Lohnpolitik könnten wir Bereiche wieder konkurrenzfähig machen, die wir in den letzten Jahren verloren haben. Eine zurückhaltende Lohnpolitik würde jedoch die Entfaltung neuer Bereiche erleichtern. Auf diese Weise würden unternehmerische Risiken abgedeckt werden und gleichsam eine Anpassung nach vorne, eher zustande kommen. Im Grenzbereich könnte sich bei einer etwas anderen Lohnpolitik vielleicht auch der Strukturwandel verlangsamen, der bei stärkerem Lohndruck beschleunigt wird. Es gibt Phasen, in denen eine Beschleunigung des Strukturwandels aus Gründen der Beschäftigungspolitik unerwünscht sein mag.

Tegtmeier

Wenn Sie auf der einen Seite eine zurückhaltende Lohnpolitik als einen Motor preisen, der imstande sein soll, innovatives Verhalten der Unternehmen zu beflügeln, dann frage ich Sie, wo die Nachfrage herkommt.

Fels

Ich habe bereits betont, daß wir keine Monomanen sind und keineswegs glauben, durch eine zurückhaltende Lohnpolitik komme alles von selbst ins Lot. Wir haben stets auch eine erhebliche staatliche Initialzündung mit im Kalkül. Ich erwähnte die 23 Milliarden DM. Hier geht es um eine Doppelstrategie, was in der öffentlichen Diskussion immer wieder unter den Tisch fällt.

Mertens

Ist das nicht eine Frage der Dimensionierung?

Fels

Man kann natürlich darüber streiten, ob 23 Milliarden ausreichen; aber es sind immerhin über zwei Prozent des Sozialprodukts.

Mertens

Wir brauchen aber permanent sechs Prozent, wenn wir binnen vier bis fünf Jahren wieder Vollbeschäftigung haben wollen!

Rothschild

In Ihrer Argumentation geht es um Beschäftigungspolitik. Wenn die Bremsung der Löhne im Export lukriert werden soll, müssen die Preise etwas heruntergehen; denn Sie wollen ja im Ausland mehr absetzen. Natürlich, sagen Sie, dürfen die Preise nicht um den ganzen Betrag der Lohnsenkung zurückgehen. Aber die mit der Preissenkung verbundenen Exportüberschüsse lösen schmutziges Floating aus, und das bewegt sich innerhalb gewisser Spielräume, die dann über die Preissenkung hinausgehen können.

Müller-Groeling

Können.

Rothschild

In dem heutigen protektionistischen Klima ist das eher wahrscheinlich. Der Spielraum ist ja nicht mehr sehr groß. Die Preise müssen gesenkt werden, sonst hat die ganze Lohnbremsung keinen Sinn.

Müller-Groeling

Die Profiterhöhung hat einen Sinn; es wird dadurch mehr investiert.

Tegtmeier

Wer sagt, daß dann mehr investiert wird?

Fels

Der Staat kann das Wachstum nicht allein veranstalten, er ist ohnehin schon überfordert. Die Lösung kann auch nicht mehr, wie noch in den 60er Jahren, in einer Steigerung des Exports liegen. Das Problem, vor dem wir heute stehen, ist das Umschalten von einer exportlastigen Wirtschaft auf eine binnenmarktorientierte Wirtschaft. Im Falle einer Lohnzurückhaltung, die zu einer Verbesserung der Investitionsbedingungen führt, wird auch auf dem inländischen Markt mehr investiert. Wenn hier Auslandskapital zufließt was den Wechselkurs hochtreibt;-, dann geschieht das auch in der Absicht, für den Binnenmarkt zu investieren.

Das Strukturanpassungsproblem kann man mildern, wenn man eine andere Strategie verfolgt, wie sie Herr Giersch vorgeschlagen hat. Danach müßten wir unseren Exportüberschuß aufrechterhalten, um den notwendigen Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer real zu ermöglichen.

Bombach

Wir haben eine Million Arbeitslose, Herr Fels. Warum müssen wir den Exportüberschuß abbauen, wenn wir den Binnenmarkt ankurbeln wollen?

Fels

So stellt sich die Frage doch gar nicht. Der Exportüberschuß würde sich von selbst abbauen. Der internationale Sektor steht unter Druck über die Wechselkurse, über die Konkurrenz aus Niedriglohnländern. Dieser Prozeß unserer Industrieanpassung ist voll im Gange. Seit 1970 geht der Anteil der in der Industrie Beschäftigten an der Zahl der Gesamtbeschäftigten zurück. Das ist vor allem eine Konsequenz außenwirtschaftlicher Einflüsse.

Oppenländer

Sie dürfen doch nicht nur die Beschäftigten berücksichtigen. Wenn Sie den Anteil des Industriesektors am Sozialprodukt nehmen, zeigt sich ein anderes Bild.

Fels

Wir reden hier über Beschäftigung.

Streissler

Wenn der Zahlungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik tatsächlich abgebaut würde, wird sich die Verteilungsposition mit Sicherheit noch weiter zuungunsten der Unternehmer verschlechtern. Denn die Gewinnquote ist hochgradig mit dem Leistungsbilanzüberschuß korreliert.

Krüper

Obwohl die Unternehmer heute behaupten, daß sie im Export überwiegend nur noch Zusatzgeschäfte machten, um den Marktanteil zu halten.

Fels

In der Tat sind die Gewinnmargen im Exportgeschäft stärker vermindert worden als in anderen Bereichen, weil sich da über den Wechselkurs verschärfte Konkurrenz bemerkbar macht.

Streissler

Dennoch werden noch immer Gewinne gemacht; anderenfalls würden die Leute nicht exportieren.

Fels

Man kann doch nicht nur im Export Gewinne erzielen. Wenn die Bedingungen für eine Binnenexpansion verbessert werden, kann auch im Binnensektor verdient werden.

Tegtmeier

Herr Fels, Sie sagen, was ich im Prinzip teile, binnenwirtschaftlich müsse mehr geschehen. Aber wie und wo soll das in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation der Fall sein? Das, was Sie an Rezepten genannt haben, entsprach der klassischen Methode. Sie fordern - ich verkürze jetzt - eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wenn Sie sich aber ansehen, wo heute die Schwachstelle für die Unternehmer liegt, dann ist es gerade die fehlende Nachfrage. Woher soll also der stärkere binnenwirtschaftliche Akzent kommen?

Fels

Ich denke etwa an die Bauwirtschaft. Es sind im letzten Jahr zahlreiche Programme zugunsten der Bauwirtschaft eingeleitet worden. Außerdem sind die Zinsen zurückgegangen, was ebenfalls die Umstellung auf den Binnensektor fördert.

Um aber generell auf Ihre Frage zu antworten: In welchen Bereichen sollen wir die Investitionen fördern? Das ist in der Tat die Preisfrage. Aus Strukturuntersuchungen wissen wir ziemlich genau, welches die alten Industrien sind, die sich an die weltwirtschaftliche Entwicklung anpassen müssen. Wir können recht gut eine Art Negativliste aufstellen.

Bei der Positivliste wird es erheblich schwieriger. Da kann man allenfalls einige Felder abgrenzen. Herr Hauff sprach von energiesparenden, rohstoffsparenden, umweltschonenden Technologien. Was es jedoch im einzelnen ist, wissen wir nicht genau. Aber dafür gibt es ja Unternehmer, die das eigentlich herausfinden müssen. Unternehmer sind nicht zuletzt dazu da, solch unversicherbare Suchrisiken zu übernehmen.

Tegtmeier

Nun soll es allerdings vorkommen, daß sich diese Nachfrage nicht artikuliert, daß sie also erst mobilisiert werden muß.

Fels

Dann kann der Staat auch schon einmal mit einer Initialzündung zur Hilfe eilen. Er kann aber nicht selbst neue Märkte erschließen, sondern es den Unternehmen nur erleichtern, die damit verbundenen Risiken zu tragen.

Hauff

Können Sie mir das am Beispiel der Werftindustrie erklären?

Fels

Die deutsche Werftindustrie hat in den letzten zehn Jahren keine Innovationen hervorgebracht, die ihr Produktionsprogramm wesentlich erweiterten. Vielleicht haben sich einige Werften als Staatsbetriebe zu sicher gefühlt.

Hauff

Und die anderen Werften?

Fels

Haben möglicherweise auch mehr auf staatliche Hilfsprogramme vertraut als auf die eigene Neuerungskraft. In Japan scheint es in diesem Bereich ein offensiveres Unternehmerverhalten zu geben.

Kreye

Der japanische Schiffbau befindet sich in der gleichen Lage wie der der Bundesrepublik.

Hauff

Die verkaufen eine schwimmende Fabrik nach der anderen, Herr Kreye: Meerwasserentsalzungsanlagen, Off-shore-Technologie.

Brawand

Denken Sie an die Entwicklung der Transistoren-Technik, die Japan für 10, 15 Jahre an die Spitze gebracht hatte.

Hauff

Die wurde von der gesetzlich abgesicherten Vorschrift begleitet, daß sich ausländische Halbleiterhersteller in Japan nicht betätigen durften.

Brawand

Natürlich ist die ganze japanische Wirtschaft unter dieser lockeren Schutzherrschaft gut gelaufen. Deshalb wenden wir uns ja auch dagegen. Wollen Sie solches Verhalten als vorbildlich ansehen?

Tegtmeier

Wenn Herr Fels sagt, wir brauchten in der Bundesrepublik einen stärkeren binnenwirtschaftlichen Akzent, dann müssen wir feststellen, daß die Nachfrage, die im Binnenmarkt entsteht, dazu nicht ausreicht. Gleichzeitig wird mehr oder weniger deutlich gesagt, daß die Geld- und die Fiskalpolitik ihre Möglichkeiten ausgeschöpft haben. Auf weiche Weise wollen wir dann die Nachfrage mobilisieren?

Fels

Ich würde nicht so weit gehen, daß der Staat seine Möglichkeiten bereits ausgeschöpft hat. Es gab bisher jedenfalls nur in Ansätzen eine konsequente Angebotspolitik; in dieser Richtung muß man weitergehen. Das betrifft auch die Technologiepolitik.

Spethmann

Es ist nicht so, Herr Hauff, daß wir uns nicht mit Meeressalzungsanlagen beschäftigen. Das geschieht auf unserer Werft in Hamburg. Uns fällt auch durchaus etwas Neues ein. So hatten wir beispielsweise für die Sowjetunion Anfang der 70er Jahre im Rahmen eines Kooperationsvertrages zwischen Blohm ; mm bei Einsatz hochfester Stähle einen wesentlichen Schritt in eine neue Größenordnung bedeutet. Die im Jahre 1972 gelieferte Anlage arbeitet heute in einem Rohrwerk bei Wolgograd.

Es ist also nicht so, daß wir den unternehmerischen Vergleich mit Japan nicht aushielten und hier nur eine technologische Einbahnstraße bestünde. Aber es gibt natürlich erhebliche Unterschiede, was die Kosten und was die Finanzierung angeht. So ist zum Beispiel die Vollkostenstunde bei uns etwa doppelt so teuer wie in Japan.

Hinzu kommen aber auch Unterschiede im nationalen Konzept. Die Japaner haben sich stets als ein Inselvolk verstanden. Die Idee, sich einer Gemeinschaft anzuschließen, wie wir es seit 25 Jahren für Kohle und Stahl und seit 20 Jahren mit den Römischen Verträgen getan haben, entspricht wohl kaum ihrem Selbstverständnis. Insofern leben wir in ganz verschiedenen Welten. Nehmen Sie den Automobilexport: Für 60 Wagen, die Japan exportiert, wird ein Wagen hereingelassen.

Hauff

Es ist unbestreitbar und in den OECD-Statistiken nachzulesen, Herr Spethmann, daß in den letzten Jahren umsatzbezogen der Aufwand für Forschung und Entwicklung im Stahlbereich in Japan um den Faktor drei höher liegt als in der Bundesrepublik.

Spethmann

Das gilt für eine begrenzte Anzahl von Jahren, Herr Hauff. Die Japaner kamen in den 50er Jahren bis etwa 1961 zu uns gepilgert. Wir haben seit damals in Düsseldorf die wohl größte japanische Kolonie in Europa, die insbesondere auch den Zweck hatte, sich Informationen über die deutsche Stahlindustrie zu beschaffen. Dafür müssen die Japaner heute lernen, mit erheblichen Stahl-Überkapazitäten zu leben.

Mertens

Die Marktanteile im Weltschiffbau haben sich in den letzten Jahren nicht zugunsten von Japan, sondern zugunsten von Hochlohnländern wie Amerika und Schweden verschoben. Wie kann man das erklären, Herr Fels?

Fels

Japan war in den frühen 60er Jahren im Tankerbau vorgeprescht und hatte einen Innovationsvorsprung von einigen Jahren. Daraufhin hat eine Reihe anderer europäischer Länder versucht, Japan einzuholen. Auch die deutschen Werften sind in den Großtankerbau eingestiegen. Das ist natürlich mit erheblichen Subventionen von selten der Regierungen geschehen und durch den weltweiten Tankerboom begünstigt worden. Vielleicht läßt sich damit erklären, daß sich die Marktanteile zugunsten anderer Hochlohnländer verschoben haben.

Blüm

Die Wechselkurse sind nur das Fieberthermometer, aber nicht das Fieber selber. Wodurch ist das Fieber entstanden? Der große Verteilungskampf um Rohstoffe und Energie wurde schon erwähnt. Hier findet aber auch ein Verteilungskampf um Arbeit statt zwischen den Industrieländern auf der einen und den Ländern der Dritten und Vierten Welt auf der anderen Seite, und dieser Verteilungskampf um Arbeit dürfte kaum durch eine - um es polemisch auszudrücken - karitative Entwicklungspolitik gelöst werden. Das ist ein Faß ohne Boden; damit schaffen wir weder bei uns langfristig Arbeitsplätze, noch dort, wo sie angeblich geschaffen werden sollen. Das führt dann zu so paradoxen Dingen, daß wir in Tansania Textilunternehmen aufbauen helfen, denen wir anschließend verbieten, auf der Interstoff ihre Produkte anzubieten.

Wir müssen also auch über diesen Verteilungskampf in Sachen Arbeit nachdenken. Ich bin fest davon überzeugt, daß sich die Vierte und Dritte Welt nur selber aus ihrem Elend herausarbeiten können.

Da hat Herr Hauff bereits auf eine mögliche Arbeitsteilung hingewiesen - sicherlich auch in heroischer Verkürzung. Das heißt, wir konzentrieren uns auf jene Produkte, die eine hohe Qualifikation der

Arbeitnehmer erfordern, die auf Innovation basieren, also die sogenannten "intelligenten Produkte". Die Großserie, die Massenproduktion kann eben in den Niedriglohnländern billiger hergestellt werden. Ich sehe keinen Grund, sich dagegen zu wehren, weil ich das für eine sehr viel sinnvollere Entwicklungspolitik halte, als diesen Ländern Geld zu geben und damit die ganze Schuldenlawine in Gang zu setzen. Nur müssen wir uns darüber im klaren sein, daß die Massenproduktion unser Wachstum getragen hat, jedenfalls ein sehr arbeitsplatzintensives Wachstum.

Wenn wir uns auf eine solche Arbeitsteilung einlassen, hat das auch Wirkungen auf die Lohnpolitik, und zwar nicht nur auf die Lohnhöhe, sondern auch auf die Lohnstruktur. Der Rationalisierungsdruck hängt auch von der Lohnstruktur ab. Es wäre also unter diesen Bedingungen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung sinnvoll, die ungelerten Tätigkeiten überproportional nach draußen zu vergeben. Das Problem ist nur, jedenfalls im Augenblick, daß die größere Zahl der Arbeitslosen bei uns aus eben diesen Bereichen stammt. Darauf müssen wir uns vorbereiten, beispielsweise durch eine Intensivierung der beruflichen Bildung.

Hauff

Können wir überhaupt verhindern, daß die Massenproduktion in diese Länder abwandert?

Blüm

Ich will es ja gar nicht verhindern. Ich frage nur: Sind wir in unserer Lohnpolitik darauf vorbereitet? Die Konsequenz dieser Arbeitsteilung wäre, daß wir das tun müßten, was in der Öffentlichkeit hart attackiert wird, nämlich den Rationalisierungsdruck auf jene einfachen Tätigkeiten zu lenken, mit anderen Worten: diese überproportional teuer zu machen. Damit verstärken wir aber unser inländisches Arbeitsmarktproblem.

Bei Licht betrachtet spiegelt der Binnenarbeitsmarkt wie ein Mikrokosmos bereits die Weltprobleme wider. Wir haben nämlich auch einen Arbeitsmarkt, der für die Tüchtigen, die Gelernten, die Gesunden ausreichend Beschäftigung zur Verfügung stellt. Für die Ungelernten, die Behinderten dagegen gibt es nur wenige Möglichkeiten. Hier müssen wir einen Prozeß in Gang bringen, um zu verhindern, daß auch bei uns gewissermaßen eine Zwei-Klassen-Gesellschaft entsteht mit innerdeutschen Entwicklungsgebieten, mit unterentwickelten Berufen und Personenkreisen.

Müller-Groeling

Herr Blüm, Sie sprechen dankenswerterweise den Gesichtspunkt der Lohnrelationen im nationalen und internationalen Zusammenhang an. International gesehen müssen die Lohn-/Produktivitätsrelationen stimmen, wenn wir wettbewerbsfähig bleiben wollen. Aber auch im Inland spielen die richtigen Lohnrelationen eine wichtige Rolle. Grundsätzlich stimme ich zwar mit Herrn Fels darin überein, daß wir keinen neuen Arbeitsmarkt, sondern eine vernünftige Wirtschaftspolitik brauchen. Aber ich möchte doch hinzufügen, daß wir nicht aus sogenannten sozialpolitischen Gründen zugunsten von unterprivilegierten Gruppen in die Lohnrelationen auf dem Arbeitsmarkt eingreifen dürfen. Denn damit verschärfen wir noch deren Unterprivilegierung, weil sie dann schwerer Arbeit bekommen.

Wenn wir versuchen, mit Hilfe der Tarifpolitik die Lohnrelationen zugunsten zum Beispiel der Ungelernten zu verbessern, ist die Folge, daß diese Gruppe, die dadurch mehr verdienen sollte, noch stärker von Arbeitslosigkeit betroffen wird. Das gleiche gilt für die Gruppen der Frauen, Jugendlichen und der Arbeiter in peripheren Regionen. Sozialen Anliegen muß und kann auf andere Weise Rechnung getragen werden als durch eine Verzerrung oder gesetzliche beziehungsweise vertragliche Zementierung der Lohnrelationen. In diesem Sinne könnte man dann sagen, daß wir einen neuen Arbeitsmarkt brauchen.

Wegner

Zum Thema "Europäische Arbeitslosigkeit" möchte ich einige Fakten liefern. In den OECD-Ländern, also in den Industrieländern der westlichen Welt, gibt es zur Zeit insgesamt ungefähr 17 Millionen Arbeitslose. Ich beschränke mich im weiteren auf die Länder der Europäischen Gemeinschaft, für die mir genauere Zahlen zur Verfügung stehen. Seit Anfang der 70er Jahre hat sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen in der EG von ungefähr 2,8 bis 3 Millionen auf heute fast 6 Millionen verdoppelt. Das sind rund 5,5 Prozent der zivilen Erwerbsbevölkerung in der Gemeinschaft.

Allerdings weisen die Arbeitslosenquoten - die Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zur Erwerbsbevölkerung - in den einzelnen Ländern beträchtliche Unterschiede auf; das variiert zwischen

Luxemburg mit 0,5 Prozent und Irland mit 10 Prozent. Zwischen diesen Extremen liegen Deutschland mit 4 Prozent und Länder wie Dänemark, Italien und Belgien mit 7-8 Prozent.

Interessant ist auch, daß sich die Arbeitslosigkeit seit Beginn der 70er Jahre in gewissen Sprüngen entwickelt hat. Bald nach dem Einsetzen der weltweiten Rezession gab es einen sehr starken Schub, der die Zahl der Arbeitslosen von 2,6 Millionen auf knapp über 5 Millionen bis Ende 1975 ansteigen ließ. Als sich im Jahr 1976 Wachstum und Konjunktur in allen EG-Ländern wieder beschleunigten, stagnierte die Arbeitslosenentwicklung bis ungefähr Mitte 1977, um danach bei verlangsamter Konjunktur erneut anzusteigen, und zwar auf fast 6 Millionen. Seit Herbst 1977 hat sich die Arbeitslosenzahl wiederum stabilisiert. Es besteht also offensichtlich doch ein gewisser Zusammenhang zwischen Konjunktur und Arbeitslosenentwicklung.

Jetzt einige Zahlen zur Struktur der Arbeitslosigkeit. Auffällig ist, daß sich seit Anfang der 70er Jahre die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen - im Alter zwischen 14 und 25 Jahren - in den EG-Ländern vervierfacht hat, nämlich von circa 400 000 bis 500 000 auf rund 2 Millionen angewachsen ist. Diese Entwicklung hat sich aber in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich niedergeschlagen. Während in Deutschland der Anteil der Jugendlichen relativ niedrig ist, nämlich bei ungefähr 25 Prozent liegt, macht er beispielsweise in Italien 50 bis 60 Prozent aus.

Auch hinsichtlich der Frauenarbeitslosigkeit zeigen sich starke Unterschiede. Insgesamt macht der Anteil der Frauen an den Gesamtarbeitslosen im EG-Bereich jetzt circa 40 Prozent aus. Während aber in Belgien, Frankreich und Deutschland die Frauen 50 bis 60 Prozent der Arbeitslosen stellen, sind es in Irland beziehungsweise England nur 20 bis 25 Prozent.

Wie sieht die Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes in der Zukunft aus? In Brüssel ist eine Studie fertiggestellt worden, in der das Arbeitsmarktpotential für die nächsten 20 Jahre geschätzt wird. Hier zunächst der Hinweis, daß sich seit Anfang der 70er Jahre die Bevölkerungsentwicklung stark geändert hat. Bis dahin weisen die meisten EG-Staaten kräftige Zuwachsraten auf; die Bevölkerung nahm im Durchschnitt jährlich um 0,8 Prozent zu. Diese Entwicklung hört um 1973 auf, also in etwa mit dem Einsetzen der Rezession. Seitdem nimmt die Wohnbevölkerung im Durchschnitt der Gemeinschaft nur noch um 0,2 Prozent zu; gehen wir bis ins Jahr 1995, dann wird sie wahrscheinlich sogar abnehmen.

Auch da zeigen sich wiederum große Unterschiede. Während in Deutschland und in Belgien die Wohnbevölkerung abnimmt, steigt sie in Irland und den Niederlanden überdurchschnittlich an.

Herr Streissler gab als einen Grund für die steigende Arbeitslosigkeit den Babyboom an. Das reicht aber nicht aus, um die derzeitige Entwicklung zu erklären. Hier kommen zwei Dinge zusammen. Einmal nimmt die arbeitsfähige Bevölkerung, also die Menschen, die jetzt in das arbeitsfähige Alter treten, kräftig zu. Gleichzeitig verringert sich die Abnahme der älteren Arbeitnehmer, eine Entwicklung, die von den Folgen des Ersten Weltkriegs beeinflusst wird.

Wie sieht das Problem in den nächsten 15 Jahren aus? Bis etwa zum Jahre 1985 wird sich die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter mit jährlichen Zuwachsraten von ungefähr 8 Prozent doppelt so schnell entwickeln wie in der Vergangenheit. Zwischen 1985 und 1995 wird die Kurve abknicken. Für diesen Zeitraum dürfte die jährliche Zuwachsrate nach den Projektionen im Gemeinschaftsdurchschnitt sogar bei Null liegen. Mit anderen Worten: Das Beschäftigungs- und Arbeitslosenproblem wird ungefähr zehn Jahre lang akut sein.

In der bereits erwähnten Experten-Studie wurde versucht, die relativ einfachen Projektionen der arbeitsfähigen Bevölkerung auf die Entwicklung des Arbeitskräftepotentials auszudehnen. Die große Unsicherheit solcher Projektionen besteht in der Vorausschätzung der Erwerbsquoten. Auch hier zeigt sich aber bei relativ vorsichtigen Annahmen, daß wir kaum mit einer starken Veränderung der Tendenz rechnen können. Das heißt, die Frauenerwerbsquoten sind in der Vergangenheit kräftig gestiegen und werden wahrscheinlich auch weiterhin kräftig steigen.

Das Arbeitskräftepotential wächst in der Größenordnung von 0,8 Prozent pro Jahr. Umgerechnet in absoluten Zahlen bedeutet das: Pro Jahr drängen ein bis anderthalb Millionen neue Arbeitssuchende auf die Arbeitsmärkte in der Gemeinschaft. Diese Zahl muß in Perspektive zu der bisherigen Entwicklung gesehen werden: Die Gemeinschaft hat während der letzten fünf Jahre - 1973 beim Beginn der Weltwirtschaftskrise bis 1978 einschließlich - die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt um 2 Millionen abgebaut. Wenn das rasch wachsende Angebot an Arbeitskräften absorbiert und wenn die bisherige oder ein Teil der bisherigen Arbeitslosigkeit von 6 Millionen - zu der noch vielleicht 3 Millionen stille Reserven zu rechnen wären - verringert werden soll, müssen sich die Regierungen und die Sozialpartner einer gewaltigen Herausforderung stellen. Das ist die große wirtschaftspolitische Aufgabe, die in den nächsten zehn Jahren zu lösen ist.

Bombach

Die langfristigen Perspektiven, die Sie erwähnt haben, dürfen wir nicht vergessen, wenn wir die Frage diskutieren: Können wir uns heute eigentlich eine Arbeitszeitverkürzung im Sinne eines irreversiblen Prozesses leisten? Die Situation, der wir uns heute konfrontiert sehen, weist ja manche Parallele zu den 30er Jahren auf. Wir hatten damals ebenfalls stagnierende oder gar schrumpfende Bevölkerungen und ein Überangebot an Arbeitskraft als Folge des unregelmäßigen Aufbaus der Bevölkerungspyramide. Daraus entstanden dann die Stagnationstheorien, so wie sie heute wieder florieren. Man hat geglaubt, die Arbeitslosigkeit werde ein Jahrhundertproblem sein. Dann kam der Krieg, und wir hatten Vollbeschäftigung, auch in den Ländern, die zunächst nicht vom Krieg tangiert wurden.

Mertens

Aber dieses Instrument wollen wir nicht mehr.

Bombach

Wir sollten nicht immer nur ausrechnen, wie groß das Arbeitskräftepotential sein wird, sondern uns auch fragen, wie dieses Potential auf den Reallohn reagiert. Ein Land wie Frankreich beispielsweise mußte die Erfahrung machen, daß der Anstieg der Reallöhne für weibliche Arbeitskraft eine Riesenarmee von Frauen auf dem Arbeitsmarkt mobilisiert hat. Man sollte also bei solchen Prognosen nicht vergessen, daß auch der Reallohn einen großen Einfluß haben kann.

Schröder

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ist teils konjunkturell, teils strukturell bedingt, was in der Diskussion etwas durcheinander geht. Natürlich überlagern sich beide Phänomene und verstärken sich auch zum Teil. Auch die Lösungen beider Probleme sind sicher miteinander verknüpft. Dennoch sind die Ursachen jeweils sehr unterschiedlich.

Zunächst zur konjunkturellen Situation: Herr Wegner erwähnte die unterschiedliche Arbeitsmarktsituation in den einzelnen EG-Ländern. Da zeigt sich sehr deutlich, daß der Rückgang der Arbeitsplätze gerade in jenen Ländern am höchsten war, die den größten Aufwertungseffekt beim Wechselkurs hatten, und zwar nicht nur nominal, sondern auch real - etwa gegenüber 1968, bedingt durch die Oberbewertung der betreffenden Währung. Das heißt, aufgrund der großen Inflationsdifferenziale funktioniert das System der flexiblen Wechselkurse nicht, sondern zeigt Überreaktionen. Das erschwert auch die Lösung der strukturellen Probleme, etwa die Verlagerung bestimmter Produktionszweige in die Mittelmeerländer; es müssen ja nicht gleich die afrikanischen Entwicklungsländer sein.

Ich bin etwas enttäuscht, daß Herr Streissler meinte, er sehe wenig Hoffnung, die strukturelle Problematik durch internationale Kooperation in den Griff zu bekommen. Natürlich muß man auch national etwas tun, sehr viel sogar. Aber wir haben vor dem Ersten Weltkrieg eine funktionierende Weltwirtschaft mit einem stabilen Währungssystem gehabt. Nach dem Ersten Weltkrieg herrschte diese beggar-my-neighbour-Politik vor, die zu einer Desintegration führte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wollten wir mit dem Währungssystem von Bretton Woods wieder zu den stabilen Verhältnissen zurückkehren, was auch, solange es keine Inflationsdifferenziale gab, gutgegangen ist. Dabei haben wir allerdings vergessen, daß sich die funktionierende Weltwirtschaft weitgehend auf die Industrieländer und auf die Rohstoffländer beschränkte, während die Entwicklungsländer außen vor blieben. Das ist heute nicht anders als im 19. Jahrhundert.

Ich bin jedoch optimistisch, daß wir die Dinge über eine internationale Kooperation, die es früher ja gegeben hat - wenn auch unter anderen Ländern, als sie heute nötig ist;- , wieder in den Griff bekommen können. Das kann lange dauern, das kann ein Wunder voraussetzen, aber es ist nicht ausgeschlossen.

Die Industrieländer, die bisher von den billigen Rohstoffen profitiert haben, müssen sich daran gewöhnen, daß das, was seinerzeit für den Welthandel galt, den sie untereinander trieben, auch gilt, wenn die Entwicklungsländer und die Rohstoffländer miteinbezogen werden, daß nämlich die internationale Wirtschaft kein Nullsummen-Spiel ist. Das trifft auch für die Arbeitsplätze zu. Es geht also nicht darum, eine konstante Zahl von Arbeitsplätzen zu verteilen, sondern eine Entwicklung in Gang zu setzen, die letztlich den Industrieländern selbst wieder zugute kommt. Denn unsere besten Handelspartner waren bisher die entwickelten Industrieländer selber.

Es ist sicher schwer, dahin zu gelangen. Aber die Bereitschaft muß vorhanden sein, überhaupt einzusehen, daß es nötig ist, sowohl die Rohstoffländer, die es erzwingen können, als auch die übrigen Entwicklungsländer, allmählich in diesen Prozeß miteinzubeziehen. Dazu reicht sicher nicht aus, nur Erfahrungen auszutauschen. Auch da bestehen ja bei uns kräftige Barrieren auf EG-Ebene, was mit der Agrarpolitik zusammenhängt.

Nur noch einen Hinweis: Wir haben seit den 50er Jahren in dem Maße, in dem wir Zahlungsbilanzüberschüsse angesammelt haben, Warenlieferungen an das Ausland, primär an die Industrieländer, praktisch kreditiert und nach der Aufwertung zur Hälfte verschenkt, ohne daß daraus intern große Schwierigkeiten entstanden sind. Warum sollte sich dieser Prozeß nicht auf anderen Wegen fortsetzen lassen?

Krüper

Wenn Sie davon sprechen, Herr Schröder, die Bereitschaft müsse vorhanden sein, die Entwicklungsländer stärker in die internationale Arbeitsteilung einzubeziehen, dann klingt das immer so, als würde in dieser Hinsicht überhaupt noch nichts geschehen. Wenn ich mir beispielsweise die chemische Industrie und die Mineralölindustrie ansehe, dann waren das bislang die großen Wachstumsindustrien in der Bundesrepublik. Da hat sich der Prozeß der internationalen Arbeitsteilung unter Einbeziehung der Länder der Dritten Welt schon in erheblichem Maße vollzogen. Denken Sie nur daran, was in der Petrochemie, bei den Weiterverarbeitungen in Richtung Kunststoffe oder Chemiefasern vor sich geht. In diesem Prozeß stecken wir voll drin; das ist ja auch eine der wichtigsten Ursachen für unsere Strukturprobleme.

Körper

Die weltwirtschaftliche Entwicklung hat sich in der Vergangenheit nur in Intervallen zwischen Progression und Rezession vollzogen. Die Ursache für jeden wirtschaftlichen Aufschwung war stets und ausschließlich die Einführung neuer Technologien auf Grund von Basiserfindungen. Die großen industriellen Progressionsphasen wurden zum Beispiel weltweit ausgelöst durch die Erfindung und Nutzbarmachung der Dampfmaschine. Nach Absättigung des Marktes mit dieser Technologie trat eine Rezessionsphase ein, die erst wieder durch die Erfindung der Elektrizität und der damit bewirkten neuen Progressionsphase abgelöst werden konnte. Nach vollzogener Einführung der Elektrizität in den Industrienationen kamen diese erneut in eine Krise, die erst wieder durch die Erfindung der Verbrennungskraftmaschine und damit durch das Automobil abgewendet werden konnte.

Die Progressionsphase der letzten Jahre wurde gleichfalls durch neue Technologien wie zum Beispiel der Radio- und Fernseh- als auch der Elektronik- und Computertechnik aufrechterhalten. Nach Absättigung des Marktes mit diesen Technologien sind, weil, abgesehen von der umstrittenen Kernenergie, neue Basiserfindungen noch nicht ausgereift sind, regierungsseitige Maßnahmen zur Erweiterung des Arbeitsplatzangebotes erforderlich, zum Beispiel durch Konsumerleichterungen, Erstellung neuer Verkehrswege, Förderung des Wohnungsbaus und ähnlichen Konjunkturbelebungsversuchen. Sie sind notwendig, aber doch nur von kurzer Dauer und für eine neue Prosperität ungeeignet. Eine wirksame und dauerhafte Konjunkturbelebung kann meines Erachtens nur durch die Einführung neuer Technologien geschaffen werden. Hierfür bietet sich zur Zeit vorrangig die Entwicklung neuer Energieträger an, die uns von den fossilen Energien unabhängig machen.

Natürlich kostet das Ingangsetzen solcher langfristigen innovatorischen Entwicklungsprozesse, die zudem mit hohem unternehmerischen Risiko belastet sind, Zeit und Geld. Ich meine, daß es darauf ankommt, für diese langfristigen Investitionen gesellschaftliches Risikokapital zur Verfügung zu stellen, damit der benötigte unternehmerische Impuls auch in die richtige Richtung geht. Die Frage ist, wie wir dieses langfristige Risikokapital zur erfinderischen Entfaltung des kreativen Geistes in der Gesellschaft bereitstellen können. Die von der Regierung bereitgestellten zweckgebundenen Forschungsmittel reichen hierfür bei weitem nicht aus.

Zur Schaffung von Arbeitsplätzen gehört notwendigerweise Wachstum. Aber Wachstum und Wachstum ist nicht das gleiche. Was uns nützt, ist das Wachstum aus neuen Technologien. Aus den letzten Jahren haben wir doch gelernt, daß Wachstum durch forcierte Herstellung bekannter Produkte die Arbeitslosigkeit nicht grundsätzlich beseitigen kann. Wachstum ist mit solchen Produkten doch nur über Preissenkungen erreichbar, und diese sind wiederum nur durch die Verminderung des bei uns höchsten Kostenfaktors, nämlich der menschlichen Arbeit, also durch Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen zu erzielen. So überstieg in den Jahren seit 1970 bei uns der Produktivitätsfortschritt laufend den Produktionszuwachs, was eine sinkende Beschäftigungszahl zur Folge hatte. Mithin ist

Wachstum durch Produktionssteigerung von vorhandenen, aber im Preis gesenkten Produkten für den Konsumenten wohl schön, aber für die erstrebte Stabilisierung der Volkswirtschaft irreführend. Es kommt also entscheidend auf die Ursache des Wachstums an.

Kienzl

Wenn ich mir die Zeitschrift "Mitteilungen des Vereins deutscher Ingenieure" ansehe, bin ich jedesmal überwältigt von den zahllosen Erfindungen, die dort erwähnt werden. Und Herr Körber hat sicher recht, daß die Dinge, die die Industrie nach dem Zweiten Weltkrieg hochgebracht haben, zumeist schon in der Zwischenkriegszeit erfunden waren. Sie konnten aber nicht produziert werden, weil die Nachfrage fehlte.

Es müssen also zwei Dinge zusammenkommen: Einerseits Wissenschafts- und Forschungsförderung; zum anderen aber auch eine Konjunkturbelebung, damit das, was erfunden wird, von der Industrie auch produziert wird.

Häfele

Ich möchte das, was Herr Körber gesagt hat, unterstreichen. Wir beschäftigen uns in unserem Institut mit langfristigen Energie Strategien und -Perspektiven. Wir sind, wenn auch auf ganz andere Art und Weise, zu ähnlichen Fragestellungen gelangt. Erfolgreiche Marktwirtschaften zeichnen sich dadurch aus, daß sie "demand driven" sind. Auf der anderen Seite gibt es aber auch die Notwendigkeit zu strategischen Investitionen, die nicht durch die Nachfrage angetrieben werden, weil sie eine langfristige Perspektive erfordern.

Zweifellos kann man Ressourcen durch Kapital ersetzen und sich auf diese Weise im Extremfall sogar vollständig aus Ressourcenbegrenzungen herauslösen. Das bedeutet eine neue technologische, aber auch eine neue wirtschaftliche Dimension. Denn wir haben uns in der Vergangenheit einer Wirtschaftsform bedient, die voll auf den Verbrauch der Ressourcen setzte.

In Westeuropa steht diese Problematik an erster Stelle, weil wir in den nächsten Jahrzehnten am ehesten von Ressourcenproblemen bedroht sein werden. Deshalb wäre es eine vernünftige Strategie, sich längerfristig um solche Investitionen zu kümmern, die den Verbrauch von Ressourcen ersetzen. Dabei könnte man etwa mit dem Energieproblem beginnen. Da wir hierbei in Zeiträumen von einigen Jahrzehnten rechnen müssen, brauchen wir einen Wirtschaftsmechanismus, in dem solche strategischen Investitionen ihren Platz haben, die ja nicht: nachfragegetrieben, marktgerecht, kurzfristig sind, sondern langfristig.

Durch die Berücksichtigung der längerfristigen Perspektive würden wir die Probleme heute schon angehen, denen wir uns nach dem Jahr 2000 mit einiger Sicherheit massiv gegenübersehen werden. Auf diese Weise könnten wir auch einen Teil der überschüssigen Arbeitskräfte binden.

Tegtmeier

Es geht nicht nur um technologische Innovationen. Wir sollten uns auch andere, etwa gesellschaftliche, Bereiche ansehen, um festzustellen, ob es nicht dort Innovationsbedürfnisse gibt, die nach neuen Märkten drängen. Das vermisste ich nämlich, Herr Fels. Es genügt nicht, nur zu sagen, bestimmte Dinge seien ausgereizt. Haben wir wirklich alles getan, um Hemmnisse abzubauen?

Mertens

Wie Herr Tegtmeier sagt, lassen sich nicht nur technologische, sondern auch andere Bedürfnisse ausmachen, zum Beispiel im sozialen Bereich, wo wir Mittel sinnvoll einsetzen könnten. Bei Herrn Körber hört es sich nun so an, als ob das Problem bei uns vor allem in der Finanzierung bestünde. Das ist aber keineswegs der Fall.

Solange uns die Arbeitslosigkeit selbst im Jahr etwa 20 Milliarden D-Mark kostet, kann jeder Vorschlag, der zum Ziel hat, die Arbeitslosigkeit zu verringern, im Prinzip genau aus diesen Beträgen finanziert werden. Das gilt auch für alle anderen Vorschläge, ob sie auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung, der Verrentung, der Technologieförderung oder wo immer gemacht werden.

Immer wenn gefragt wird: Wer zahlt das? kann man antworten, genau aus dem Fonds, der zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit dient und den wir heute klaglos hinnehmen. Da liegt das Problem also nicht.

Bombach

Das Problem ist doch die langfristige Finanzierung.

Mertens

Die Arbeitslosigkeit wird von uns langfristig finanziert - seit fünf Jahren;- , und die nächsten zehn Jahre steht sie uns mit wachsenden Ausgaben bevor. Nach dem Grundgesetz können wir nicht einmal beeinflussen, welche Größenordnungen wir da ausgeben; denn es bestehen gesetzliche Verpflichtungen, die entsprechenden Leistungen aufzubringen.

Scharpf

Im Grunde genommen richteten alle drei Referenten ihre Hoffnung auf die Wiederherstellung des Weltwirtschaftssystems, so wie wir es in den späten 50er und in den 60er Jahren gewohnt waren. Dieses System war für die Industrieländer damals sehr vorteilhaft. Insbesondere Herr Fels, aber auch Herr Streissler bieten als Rezeptur Kostensenkung und Investitionssubvention an, während Herr Hauff in erster Linie die Innovationsförderung im Auge hat. Würde man nur alle drei Instrumente in der richtigen Mischung und mit der richtigen Intensität einsetzen, so glaubt man, dann liesse sich die Weltwirtschaftskonstellation der 60er Jahre schon auf irgendeine Weise wiederherstellen. Ich meine, die Zweifel, die Herr Kreye und andere geäußert haben, sollten doch ernster genommen werden, als es in den Antworten der Referenten bisher zum Ausdruck gekommen ist.

Unterstellen wir einmal, daß sich durch Maßnahmen der Kostensenkung und der Investitionsförderung die Gewinnmargen im Inland erhöhen ließen, dann gibt es immer noch, selbst wenn dadurch die Investitionen angeregt werden sollten, zwei offene Grenzen. Die eine offene Grenze besteht im Hinblick auf die Drittländer. Dort sind dann die Kosten immer noch niedriger als bei uns. Wir werden nicht wieder zu einem Billiglohnland werden können und wollen. Die andere offene Grenze besteht zu den Prozeßinnovationen hin. Solange die Nachfrage nicht steigt, haben steigende Gewinne die Tendenz, in Rationalisierungsinvestitionen zu gehen - wenn sie überhaupt reinvestiert werden und nicht in Regierungsanleihen festgelegt werden oder ins Ausland abwandern.

An diesem Punkt kommt Herr Hauff mit der Hoffnung auf Produktinnovation. Auch da dürfte der Spielraum inzwischen aber begrenzter geworden sein. Denn durch die Halbleiterrevolution und durch die rapide Weiterentwicklung der Steuerungstechnologien ist der Produktzyklus zeitlich radikal verkürzt worden. Damit sind jedoch die Erwartungen, die in den vergangenen Jahrzehnten berechtigt waren, unrealistisch geworden. Man ging nämlich davon aus, daß neue Produkte zunächst eine Zeitlang in den Höchstlohnländern mit höchstqualifizierten Arbeitskräften produziert wurden, ehe sie so weit ausgereift waren, daß sie von den USA nach Europa transferiert und dort mit qualifizierten Facharbeitern weiterproduziert werden konnten. Schließlich wurden sie dann in einem verhältnismäßig langen Prozeß nach Singapur, Korea oder Taiwan weitertransferiert.

Inzwischen hat die Weiterentwicklung der Steuerungstechnik es ermöglicht, selbst mittlere und kleinere Serien voll zu automatisieren. Das bedeutet, daß heute jeder Arbeits- und Fertigungsprozeß, der analysiert werden kann, im Prinzip auch automatisierbar ist. Auf diese Weise wird der Arbeitsprozeß zwar im Land gehalten, aber die dadurch ausgelösten Beschäftigungseffekte sind nur noch sehr gering. Durch diese Art der Prozeßrationalisierung wird die Schaffung neuer Arbeitsplätze begrenzt. Mit anderen Worten: Auch eine Politik, die auf die massive Förderung von Produktinnovation gerichtet ist, wird einem immer schneller laufenden Prozeß nur hinterherhinken können.

Damit sage ich nicht, daß man die Strategien, von denen Herr Fels, Herr Streissler und Herr Hauff gesprochen haben, aufgeben sollte. Man wird sie schon deshalb verfolgen müssen, damit die Zahlungsbilanzprobleme, denen wir uns in Zukunft konfrontiert sehen, in Grenzen gehalten werden. Man muß also einen hochproduktiven industriellen Sektor nicht nur am Leben halten, sondern auch fördern, um im internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehr unseren Importbedarf und unsere Wachstumsbedürfnisse decken zu können. Man darf sich aber nicht mehr versprechen, daß durch eine solche Politik der Investitions- und Innovationsförderung die Beschäftigungsprobleme gelöst werden können.

Was auf uns zukommt, ist eine Entkoppelung von wirtschaftlichem Wachstum und Zahlungsbilanzaktivitäten auf der einen und dem Beschäftigungssystem auf der anderen Seite. Das hat es in dieser Form in den 50er und 60er Jahren nicht gegeben. Wenn wir nicht sofort resignierend auf Arbeitszeitverkürzung gehen wollen, müssen wir darüber nachdenken, ob im Bereich der nicht importsubstituierbaren Binnennachfrage Nachfragerücken vorhanden sind, deren Ausschöpfung uns die Lösung von Beschäftigungsproblemen bringen würde. Diese potentiell vorhandenen Nachfragemöglichkeiten wahrzunehmen, daran hindern uns aber erhebliche Inflexibilitäten und Rigiditäten der gegebenen Strukturen.

Eine dieser Rigiditäten ist zweifellos das Arbeitsrecht. Wir stehen in einer Situation, in der durch die arbeitsrechtliche und tarifvertragliche Arbeitsplatzsicherung die Lohnkosten mehr und mehr zu fixen Kosten geworden sind. Die Folge ist, daß als vorübergehend perzipierte Nachfragespitzen von den Unternehmen nicht mehr mit Neueinstellung beantwortet werden. So arbeitet etwa Daimler-Benz mit Lieferfristen von zwei Jahren und mehr, die nicht einmal über die Preise abgeschöpft werden. Auch bei Volkswagen bestehen Lieferfristen von sechs Monaten und mehr, die aber nicht mit Einstellungen beantwortet werden, weil man erlebt hat, wie schwierig Entlassungen sind.

Hinzu kommt, daß die Erwartung, die von Mitte der 50er Jahre bis Mitte der 70er Jahre zutraf, daß nämlich eine einmal entstandene zusätzliche Nachfrage in die Zukunft fortgeschrieben werden kann, durch die Krise von 1975/76 zunichte gemacht worden ist. Dadurch wurden die Unternehmer verunsichert und setzen nur noch ganz sichere Nachfrageerwartungen in zusätzliche Beschäftigung um.

Eine andere Rigidität zeigt sich in Bereichen der Binnennachfrage, die überhaupt nicht durch Importe gefährdet sind, beispielsweise in der Altbausanierung oder bei der Energieeinsparung durch wärmedämmende Technologien und anderes mehr. Hier stehen wir vor der Situation, daß sich das industrialisierte Baugewerbe außerstande sieht, eine kleingewerbliche Nachfrage zu befriedigen, weil es darauf mit seinem großen Maschinenpark und mit seinen nur angelernten Arbeitskräften, die nicht mehrfachlich qualifiziert sind, nicht eingerichtet ist. Umgekehrt ist das Handwerk nicht in der Lage, in diese Lücke hineinzustoßen, weil das eine viel komplexere Organisation erfordern würde, als ein kleiner Handwerksbetrieb zustande bringen kann.

Diese Lücke zwischen der industriellen Produktion auf der einen und der handwerklichen Produktion auf der anderen Seite wird derzeit verschont, und zwar durch organisatorische und rechtliche Hindernisse, etwa durch die Handwerksordnung und durch andere Inflexibilitäten. Wenn man auf die Strategie der Arbeitszeitverkürzung verzichten will, muß man sich in staatlichen Wachstumsstrategien ganz gezielt auf diese Engpässe konzentrieren, die uns daran hindern, potentielle Binnennachfrage wahrzunehmen.

Zander

Ich stimme Ihnen zu, Herr Scharpf, das Arbeitsrecht ist ein Hindernis dafür, daß beispielsweise Überstunden abgebaut und neue Leute eingestellt werden. Weil die Firmen wissen, daß sie die Leute nur schwer wieder loswerden, sind sie mit Neueinstellungen zurückhaltend und lassen dafür die anderen mehr arbeiten.

Krüper

Die Vorstellung, ein Abbau der arbeitsrechtlichen Hindernisse würde vieles erleichtern, ist weit verbreitet. Dadurch wäre aber nur eine kurzfristige Entlastung am Arbeitsmarkt zu erreichen. VW oder Daimler könnten dann für ein paar Monate zusätzlich Leute einstellen. Aber die langfristigen Probleme des Arbeitsmarktes wären damit in keiner Weise gelöst. Ich denke etwa an die Revolutionierung der Prozeßtechniken, beispielsweise die Entwicklung der Mikroprozessoren und anderes mehr.

Eine Aufweichung des Arbeitsrechts oder bestimmter sozialpolitischer Maßnahmen wirkt sich auf lange Sicht zweifellos nachteilig aus.

Tegtmeier

Ich könnte Ihnen an einer ganzen Reihe von Beispielen belegen, daß der Einsatz sozialpolitischer Mittel von den Unternehmen zum Teil ganz massiv zu einem Dispositionsinstrument bei einzelwirtschaftlichen Anpassungsvorgängen denaturiert worden ist. Stichwort: Sozialpläne im weitesten Sinne. Die Antwort kann doch nicht lauten: Wenn bestimmte soziale Schutztatbestände abgebaut werden, würden mehr Leute eingestellt. Dann sollte man konkret werden und sagen, wo dadurch mehr Beschäftigung ausgelöst wird.

Die Befragungen, die Ifo gemacht hat, und die Erhebungen, die wir selber durchgeführt haben, zeigen mit aller Deutlichkeit: Der Engpaß für die Unternehmen liegt nicht auf dem Arbeitskräftesektor, sondern in der Nachfrage. Vergleichen Sie das mit den Zahlen aus den Jahren der Hochkonjunktur. Sicher lassen sich auch einzelne Gegenbeispiele anführen, vor allem auf regional engen Teilarbeitsmärkten.

Es war ferner die Rede davon, wir brauchten eine höhere berufliche und regionale Mobilität der Arbeitskräfte. Nun, wer sich die Zahlen im einzelnen ansieht, wird überrascht sein, wie hoch diese Mobilitätsbereitschaft tatsächlich ist. Dabei dürfen aber wichtige Tatbestände nicht übersehen werden.

So darf die Erwartung regionaler Mobilität nicht dazu führen, daß Familienhaushalte auseinandergerissen werden. Auch Eigentumsbildung, wie das Eigenheim, oder regionale Verwurzelung kann man nicht unbeachtet lassen, wenn man solche Forderungen aufstellt.

Eine weitere Bitte richtet sich an die Unternehmer. Mit dem zunehmenden Interesse von Frauen, ihre familiäre und ihre berufliche Rolle miteinander in Einklang zu bringen, muß auch die Bereitschaft wachsen, mehr Teilzeitarbeitsplätze anzubieten. In dieser Hinsicht herrscht zur Zeit noch ein krasses Mißverständnis zwischen Angebot und Nachfrage. Hier muß auch die Beschäftigungspolitik größere Flexibilität zeigen. Das gilt übrigens ebenfalls im Hinblick auf männliche, zumal ältere Arbeitskräfte.

Generell läßt sich feststellen, daß jeder zusätzlich eingestellte Arbeitnehmer für die Unternehmen gesamtwirtschaftlich eine sozialpolitische Entlastung bedeutet. Denn dadurch werden die Systeme der sozialen Sicherung zugleich stabilisiert. Auf diese Weise könnte auch der Arbeitsmarkt selbst entlastet werden. Deshalb wäre es ebenso ein beschäftigungspolitisch wirksamer Beitrag, wenn die Unternehmen in stärkerem Maße ungelernete Arbeitskräfte an qualifizierte Tätigkeiten heranzuführen würden.

Miegel

Wir befinden uns in einer schwierigen Situation. Wir sind konfrontiert mit einem Phänomen, das wir Arbeitslosigkeit nennen. Die Fakten zur Beschreibung dieses Phänomens sind uns jedoch nur lückenhaft bekannt. Wir wissen weder genau, wie viele Arbeitslose es gibt, noch, was das für Leute sind.

Mertens

Es gibt sehr gute und häufige Strukturanalysen.

Miegel

Wir haben nur ganz grobe Vorstellungen. Jeder, der versucht, die Fakten genau zu erkennen, merkt, welche Probleme hier bestehen. Das beginnt bereits bei der Auswahl der Zahlen. Die sogenannte Arbeitslosenstatistik enthält ja nur jene Arbeitslosen, die über das Arbeitsamt eine neue Stelle suchen. Diese Zahlen sind für den Arbeitsmarkt keineswegs repräsentativ. Der Arbeitsmarkt hat ein weitgehend anderes Profil, als die Zahlen der Arbeitsämter anzudeuten scheinen.

Und dann die Zahlen selbst. Wir wissen zum Beispiel, daß sich unter den Arbeitslosen 170000 Frauen befinden, die ausschließlich bereit sind, am Vormittag zu arbeiten. Wir wissen weiter, daß ungefähr ein Drittel der von den Arbeitsämtern erfaßten Arbeitslosen gesundheitlich beeinträchtigt ist. Aber diese und andere Fakten können das Phänomen Arbeitslosigkeit nur ganz unvollständig beschreiben.

Auch wenn wir auf die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu sprechen kommen, stellen wir fest, wie gering im Grunde unsere Kenntnisse sind. Da wird zum Beispiel die Ölkrise angeführt, obwohl in Deutschland die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt bereits geraume Zeit vor der Ölkrise beginnen. Es wird auf den Petrodollar verwiesen, der uns angeblich entzogen worden ist und größtenteils irgendwo geparkt werden soll. Zumindest heute dürfte dieses Argument nicht länger haltbar sein. Auch hinsichtlich der Ursachenbeschreibung sind also die Fakten sehr fragwürdig.

Nicht anders verhält es sich mit den die Fakten verbindenden Theorien über die Arbeitslosigkeit. Zu jeder Theorie, die hier heute vorgetragen wurde, gibt es natürlich eine Gegentheorie, die genauso plausibel ist. Offenbar wissen wir auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, zu der ja die Arbeitsmarktpolitik im weiteren Sinne gehört, nicht sehr viel. Das meiste ist hoch spekulativ.

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß kurz vor Beginn der Rezession im Jahre 1973 der Verein für Sozialpolitik in Zürich zusammenkam und einen Boom ankündigte! - ähnlich übrigens wie kurz vor der großen Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre. Auch damals verkündete die Mehrheit der Wissenschaftler wenige Wochen vor dem Schwarzen Freitag einen bevorstehenden Boom. Und ein anderes Beispiel: Als Präsident Ford seine Amtsgeschäfte übernahm, ließ er sich von den führenden Wirtschaftsexperten seines Landes; beraten, welchen Kurs er in der Wirtschaftspolitik steuern sollte. Die Empfehlung war, auf die wirtschaftspolitische Bremse zu treten, da ein Boom bevorstünde. Die Minderheit derer, die anderer Meinung war, wurde für so bedeutungslos gehalten, daß es die Zeitungen nicht für wert erachteten, diese Mindermeinung zu erwähnen.

Hier wurde heute viel von veränderten Konkurrenzbedingungen, technologischen Entwicklungen und anderem mehr geredet. Ich bezweifle nicht, daß diese Entwicklungen große Bedeutung haben werden für den künftigen Zustand unseres Arbeitsmarktes. Ich meine jedoch, daß man mit den veränderten

Konkurrenzbedingungen und den technologischen Entwicklungen nur einen Bruchteil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit erklären kann. Bei Beginn der Arbeitslosigkeit 1974 wurden wir doch nicht durch einen plötzlichen Gewittersturm von technologischem Fortschritt und internationaler Konkurrenz heimgesucht. Wahrscheinlicher erscheint mir deshalb die Erklärung, daß sich die heutige Arbeitslosigkeit seit langen Jahren entwickelt hat und nicht mit den kurzen griffigen Formeln zu erklären ist, die wir in der Diskussion so häufig hören. Diese Formeln sind aus meiner Sicht nur Auslöser, die einen seit langem latent vorhandenen Zustand aktualisiert haben.

Solche Aktualisierungen vorhandener Zustände können wir in der Politik ja immer wieder beobachten. Zunächst scheint alles in Ordnung, und plötzlich läuft nichts mehr im eben noch so schwungvollen Getriebe. Irgendein Sandkorn hat alles zum Stillstand gebracht. Hinterher weiß keiner, was dieses Sandkorn gewesen ist.

Die Menschen sind offenbar in der Lage, mit einer Vielzahl auch sehr mißlicher Fakten zu leben. Probleme werfen diese Fakten erst dann auf, wenn die Menschen anfangen, auf sie zu reagieren. So ist eine Wirtschaftslage so lange gut, wie die Menschen meinen, sie sei gut. Das gleiche gilt natürlich auch umgekehrt. Erst wenn Fakten im Bewußtsein der Menschen einen bestimmten Niederschlag finden - positiv oder negativ;- , werden sie politisch relevant und virulent. Das erklärt dann den Großteil der scheinbaren Irrationalität des menschlichen und damit auch des politischen Handelns.

Diese Feststellung scheint mir im Bereich der Arbeitslosigkeit besonderes Gewicht zu haben. Die Bedingungen, die heute die Arbeitslosigkeit objektiv zu erklären scheinen, bestehen - wenn wir die westlichen Industrieländer einmal als Einheit sehen - seit geraumer Zeit. Wir haben auf sie in der Vergangenheit nur nicht oder anders reagiert. Seit Mitte der 70er Jahre reagieren wir nun in der bestimmten, uns allen bekannten Weise.

Ein Beispiel: In der Vergangenheit hielten die meisten Menschen in den westlichen Industrieländern Wachstum und zunehmenden wirtschaftlichen Wohlstand für gegeben und waren davon überzeugt, daß es wirtschaftlich immer nur aufwärts gehen könne. Dieser Glaube war von Anfang an nicht begründbar, aber es bedurfte bestimmter Anstöße Mitte der 70er Jahre, um seine Brüchigkeit manifest zu machen.

Verhältnismäßig geringfügige Veränderungen haben dazu geführt, daß eine Vielzahl von Leuten, die den Motor für wirtschaftliches Wachstum und zunehmende Prosperität bilden, das Handtuch geworfen haben. In zu vielen Fällen ist der berühmte Tropfen gefallen, der das Faß zum Überlaufen bringt. Ich kenne eine ganze Menge Leute, die sagen: "Ich steige aus, ich spiele nicht mehr mit." Sie sind es leid, im großen Umverteilungskarussell zu fahren, sich dauernd Vorwürfe anhören zu müssen, beschimpft zu werden, ihre Belastbarkeit getestet zu bekommen und so weiter.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß verhältnismäßig plötzlich - neben zweifellos vorhandenen konjunkturellen Einbrüchen - Hunderttausende von Arbeitsplätzen aus den verschiedensten Gründen nicht mehr besetzt werden. Unsere Bewußtseinslage hat sich verändert. Vor allem bestimmte Dienstleistungen werden sehr viel weniger als früher in Anspruch genommen. Mir hat ein Vorstandsmitglied eines großen Unternehmens unlängst gesagt, er sei die offene und versteckte Kritik leid und werde seinen Fahrer abschaffen. In Zukunft werde er sich alleine fahren. Interessant hierbei: Der Betriebsrat hat gegen diese Entscheidung protestiert.

Und noch auf ein anderes Beispiel veränderter Bewußtseinslage möchte ich hinweisen. Diese Veränderung ist nicht neu, aber sie hat erhebliche Auswirkungen auf unser gegenwärtiges Verhalten. Ich meine, die Vorstellung, daß man von Arbeit immer erst dann reden könne, wenn man - ich überspitze - in einem Unternehmen mit 1000 Leuten tätig ist. Die Folge dieser Haltung ist, daß man versucht, mit allen Mitteln das Volumen der vorhandenen Unternehmen auszudehnen. Mir erscheint es an der Zeit, daß wir hier den Blick wieder etwas weiten und den Begriff Arbeit und Arbeitsplatz umfassender verstehen. Dann werden wir auch bemerken, daß unsere Politik nicht in erster Linie auf die Vermehrung von Arbeitsplätzen zielen muß, sondern auf die Vermehrung der Arbeitgeber. Mit jedem neuen Arbeitgeber ist zwingend mindestens ein neuer Arbeitsplatz verbunden. Hier besteht noch eine Unzahl von Möglichkeiten.

Bombach

Ich weiß nicht, warum Sie so besorgt sind, Herr Miegel, wie wir die Arbeitslosigkeit 1974-1976 erklären sollen. Wir sollten ehrlich zugeben: Es ist eine richtige Krise gewesen, die nicht nur eine, sondern fünf oder sechs Hauptursachen hatte.

Sie werfen uns vor, wir hätten gewisse Dinge in der Vergangenheit nicht erkannt. Der Fehler scheint mir darin zu bestehen, daß man zu allen Zeiten Trends in der Wachstumsperiode nur optimistisch und

in der Krise nur pessimistisch extrapoliert hat. Wir Ökonomen müssen zugeben, daß wir in 25 Jahren des Wachstums Krisentheorien ein wenig in den Hintergrund geschoben haben. Insofern haben wir in dieser Hinsicht noch einen erheblichen Nachholbedarf.

Blüm

Ich reagiere auf Ihre Argumentation ein wenig allergisch, Herr Miegel. Dahinter deutet sich so als Therapie an, das Phänomen der Arbeitslosigkeit zu privatisieren und in Moralprobleme von einzelnen aufzulösen. Da heißt es dann, es gibt statistische Ungenauigkeiten und prognostische Fehlerquellen; zum Teil hätten wir es mit Drückebergern zu tun und so weiter. Was bleibt uns dann noch zu tun übrig? Da können wir ja heimgehen - nichts genaues weiß man nicht. Diese Form der Argumentation läuft auf eine Entpolitisierung des Problems hinaus.

Das eigentliche Problem, auf das Sie wahrscheinlich anspielen, liegt darin: Wer immer in dieser Situation mit Königswegen und Patentrezepten arbeitet, wird scheitern. Es gibt nur eine Therapie der vielen Wege und Schritte. Für diese vielen Wege - wie Arbeitszeitverkürzung, Wachstumsförderung oder Innovationspolitik - brauchen wir allerdings auch noch eine Idee.

Zander

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ist zwar vordergründig das Ergebnis einer Reihe von konjunkturellen, strukturellen und auch finanziellen Problemen. Sie ist aber zugleich ein Ausdruck der Krise im gesellschaftspolitischen Denken. Ich denke an das abnehmende Verständnis für die marktwirtschaftliche Ordnung, den Rückgang der Risikofreudigkeit, den Trend zur Sicherheit und zu mehr Staat.

Heilung ist daher nicht von modischen Einzelmaßnahmen zu erwarten. Damit wird nur an den Symptomen herumkuriert. Das Übel muß vielmehr an der Wurzel gepackt werden. Das gilt übrigens nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für viele europäische Länder. Es geht um die Stärkung der marktwirtschaftlichen Ordnung, den Abbau staatlicher Reglementierung, beispielsweise jener übertriebenen Schutzgesetze, die sich gegen die zu Schützenden selbst wenden und anderes mehr.

Diese Fragen stellen sich übrigens auch im Ostblock. Ich habe im vergangenen Monat intensive Diskussionen mit polnischen Wirtschaftswissenschaftlern an verschiedenen Universitäten geführt. Dabei beklagten sie die geringe Effektivität ihrer Wirtschaft und die verdeckte Arbeitslosigkeit. Sie sind dabei, eine mehr marktwirtschaftliche Ordnung zu erarbeiten, um die Probleme in Zukunft lösen zu können.

Freiherr von Weizsäcker

Ein Nichtökonom in dieser Runde hat wahrscheinlich die Aufgabe, einige nichtökonomische Kriterien in die Diskussion einzubringen. Ich sehe vor mir einen Ballsaal, in dem die Ökonomen der einzelnen Länder einen Leistungstanz aufführen, um Vorteile bei Wechselkursen, auf Märkten, durch Lohndifferenzen etc. zu erreichen. Dieser kann bei der gegebenen Bevölkerungsdynamik, Wirtschaftsentwicklung und Technologie nur als ökologisch makaber angesehen werden. Gewiß gehen Rohstoffverknappung und Umweltprobleme in die mittelfristigen Kostenkalkulationen mit ein; auch die Kriminalität geht an einigen Stellen in die Kostenkalkulation mit ein. Aber größtenteils bleibt es bei einem der Ökonomie nicht zugänglichen Lamento.

Ich habe vor kurzem von einem Kriminologen gehört, in sämtlichen Industrieländern, Ost wie West, sei die Kriminalität seit 1950 in jedem Jahr gestiegen! Überall dort, wo es wirtschaftliches Wachstum gab, war wachsende Kriminalität eine der Begleiterscheinungen, auch wenn ein kausaler Zusammenhang schwer nachweisbar ist. Jedenfalls gelingt es auch durch sozialistische und polizeiliche Staatsinterventionen nicht, mit diesem Phänomen fertigzuwerden.

Der neue Modetanz heißt heute zum Glück nicht mehr einfach Mengenwachstum. Er heißt Saysches Gesetz, oder er heißt Forschung und Entwicklung, Innovation, Wagnisfinanzierung. Das ist alles gut und schön. Innovation kann ja auch in Richtung ökologisch verträglicher Erfindungen gehen. Aber eine allgemeine Förderung von Forschung und Entwicklung und von Investitionen hat unvermeidlich auch eine Beschleunigung der Produktivität zur Folge.

In der Investitionsgüterindustrie hatten wir 1976 eine durchschnittliche Produktivitätssteigerung von 7,6 Prozent; die Tendenz ist eher steigend. Diese Produktivitätssteigerungen liegen so dramatisch oberhalb dessen, was wir an Zuwachs im Absatz erwarten können, daß auch eine gezielt arbeitsplatzschaffende Investitions- und Konsumförderung den arbeitsplatzvernichtenden Effekt nicht

auffangen kann. Wir werden uns also in dieser oder jener Form auch mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung auseinandersetzen müssen.

Häfele

Weltweit brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Produktivität, Herr von Weizsäcker.

Rothschild

Sicherlich, wir befinden uns in einem Dilemma. Wir brauchen die Produktivität; andererseits stellt sich das ökologische Problem. Wir sagen Produktivitätssteigerungen, ohne zu fragen, in welchen Bereichen und mit welchen Folgen. Das führt dann unter anderem zu wachsender Kriminalität und anderen Fehlentwicklungen. Wir erzeugen mehr von den falschen Dingen. Wir regen uns über den Hunger in der Dritten Welt auf, produzieren aber etwas völlig anderes, als die Menschen dort brauchen.

Bombach

Lassen Sie mich für die weitere Diskussion zunächst einige Punkte nennen, die wir tunlichst nicht behandeln sollten. So ist viel über das Problem der Arbeitsunwilligen geredet und geschrieben worden. Dazu nur die Anmerkung: Ein System der sozialen Sicherung sollte fair, aber nicht so konstruiert sein, daß es Schmarotzertum fördert.

Wir sollten auch nicht die Frage behandeln, welche Arbeitslosenraten in einer Marktwirtschaft als normal zu betrachten sind. Die Diskussion darüber könnte schnell in einer Entpolitisierung des Problems enden, wie Herr Blüm es nannte. Man kann auch von einer semantischen Lösung sprechen, das heißt, stets wird das, was übrigbleibt, als "natürliche" Arbeitslosigkeit angesehen, wie es bei den Monetärsten heute üblich ist.

So zeigt die Diskussion um die Jahre 1936/37, die durch verschiedene Zeitungsartikel von Keynes ausgelöst wurde, daß man damals froh war, die Arbeitslosigkeit immerhin von 20 auf 10 Prozent reduziert zu haben. 1937 gab Keynes die Empfehlung, aus Angst vor einer Inflation Ankurbelungsmaßnahmen wieder einzustellen. Nach dem Krieg erklärte Lord Beveridge 3 Prozent Arbeitslosigkeit für ein wohl schwer erreichbares Ideal. Heute sind daraus im Linkskeynesianismus 0 Prozent geworden. Im Baseler Parlament liegen fünf Anfragen vor, warum in Basel die Arbeitslosenrate 0,9 Prozent, in der übrigen Schweiz aber nur 0,6 Prozent betrage.

Aus diesen Beispielen geht hervor, daß das, was eine Zeitlang Tatbestand war, als Norm und gewissermaßen als Besitzstand betrachtet wird. Das von Herrn Kreye erwähnte Beispiel von Firestone könnte man ja fast pathologisch nennen. Es ist ein Unding, daß wegen 600 Arbeitslosen, die man leicht wieder unterbringen könnte, Mitglieder der Bundes- und Kantonsregierung nach Amerika reisen. Dieselbe Bundesregierung hat jedoch kein Programm, wenn wir im Winter vielleicht wieder 30 000 Arbeitslose haben.

Es erscheint mir auch nicht sinnvoll, bestimmte Theorien, die in Amerika entwickelt und auf die Besonderheiten des amerikanischen Arbeitsmarktes zugeschnitten sind, zu übernehmen. Ich denke zum Beispiel an die umfangreiche Literatur über die segmentierten Arbeitsmärkte. Wir haben kein Negerproblem in diesem Sinne und sollten es auch nicht suchen. Das gleiche gilt für Job-searching-Modelle, in denen versucht wird; die Arbeitslosigkeit weitgehend auf Leute zu reduzieren, die gerade eine neue Stelle suchen. Daß es in einem Land wie Amerika mit seinen gigantischen Entfernungen etwas länger dauert, bis man einen neuen Arbeitsplatz findet, als in der Schweiz, wo man freitags die Stelle aufgibt und am Montag die nächste im Nachbardorf beginnt, ist selbstverständlich. Deshalb hat ein kleines Land wie die Schweiz kaum Friktionsarbeitslosigkeit - im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten.

Spethmann

Im Jahre 1977 weist die Bewegungsbilanz der in der Statistik als arbeitslos Geführten auf der Zugangsseite 3315000 und auf der Abgangsseite 3314000 aus. Ich erwähne dies, um klarzumachen, daß wir Unternehmer die Arbeitslosigkeit keineswegs als ein festes Datum betrachten.

Wer als Unternehmer in Deutschland tätig ist, hat seit 1971 eine Reihe von Veränderungen seiner unternehmerischen Umwelt registrieren müssen, die es in einer derartigen Massierung vordem wohl kaum gegeben hat. Ich denke zum Beispiel an die Wechselkursveränderung hinsichtlich der D-Mark. Was es vor zehn Jahren in unseren Kalkulationen nur als Festgröße gab, ist inzwischen zu einer unbekanntem Größe geworden. Dem kann man auch mit Devisentermingeschäften nur in sehr

begrenztem Umfang begegnen. Dabei dürfte die Technik des Devisentermingeschäftes in Deutschland heute besser entwickelt sein als in der Schweiz, in den USA oder in England. Das ist eine natürliche Abwehrmaßnahme der Unternehmen gegen die extremen Veränderungen auf der Währungsseite. Wenn, wie 1977, 27 Prozent des Bruttosozialprodukts an ausländische Kunden verkauft werden müssen, ist es klar, daß die Unternehmer gezwungen sind, immer neue Techniken zu entwickeln, um diesen Absatz sicherzustellen.

Wie stehen die deutschen Unternehmer generell zum Thema Arbeitslosigkeit? Dazu möchte ich zunächst einmal eine Zahl im internationalen Vergleich nennen, die die effektiv geleisteten Arbeitsstunden betrifft und die damit auch auf die Lohnkosten einwirkt. 1976 brachte es der japanische Arbeiter auf 2090 Stunden, während der deutsche Arbeiter lediglich auf 1855 Stunden kam. Zwischen diesen beiden Extremen liegen - in dieser Reihenfolge - Schweiz, Großbritannien, Niederlande, Frankreich, Österreich, USA, Belgien, Schweden, Dänemark. Das einzige Land, das in dieser Tabelle hinter Deutschland rangiert, ist Italien mit 1810 Stunden. Auch dies ist eine Belastung, die deutsche Unternehmen zu verkraften haben.

Unter Einbeziehung all dieser Belastungen haben wir unsere Kalkulationen überprüft und festgestellt, mit welchen unserer heutigen Produkte wir am Markt noch Erfolg haben, welche Produkte weiterentwickelt werden können und welche neuen Produkte möglich sind. Dabei möchte ich die hilfreiche Rolle der Bundesregierung betonen, die für die deutsche Industrie gerade auf diesem Gebiet ein sehr flexibler und verständnisvoller Partner ist. Dann sortiert man seine Karten und überlegt, was es kosten darf, wenn man im Weltmarkt wettbewerbsfähig bleiben will, und welches die Zielmärkte sind.

Für mich steht außer Zweifel, daß die deutschen Unternehmen in Zukunft einen sehr hohen Investitionsaufwand leisten müssen, wenn sie von der Kostenseite her international wieder wettbewerbsfähig werden wollen.

Insofern stimme ich auch der Analyse von Herrn Kreye zu. Die Antwort muß von den Unternehmen selbst herkommen. Unsere Großväter gingen in den 20er Jahren nach Berlin und baten darum, den Zoll oder die Kontingente ein wenig nach oben zu setzen, damit man im Inneren etwas mehr Luft bekam. Diese Zeiten sind ein für allemal vorbei. Das gehört auch zu den Lehren, die wir begriffen haben.

Allein für die Investitionen, die mein Unternehmen im Inland durchführt, sind im inländischen Zuliefererbereich ständig circa 20000 Menschen beschäftigt. Lassen Sie mich noch; weitere Schlüsselzahlen nennen: Für die Errichtung eines Kernkraftwerks von 1200 Megawatt sind 9 000 Mannjahre, für jedes Kohlekraftwerk der gleichen Größe 39000-40000 Mannjahre erforderlich. Beim Kohlekraftwerk kommt an zusätzlicher Beschädigung noch die Gewinnung der Kohle aus einheimischen Lagerstätten hinzu. Ich bin also davon überzeugt, daß in der deutschen Industrie eine neue Investitionsrunde möglich ist. Darin liegt die Aussicht auf zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten.

Ich gebe zu, wir haben Jahre gebraucht, um zu verstehen, was auf dem Weltmarkt an tiefgreifenden Veränderungen stattgefunden hat. Heute müssen manche Industrien sich daran gewöhnen, daß man im direkten Subventionswettbewerb mit den Regierungen von England, Belgien, Frankreich, Italien bis Finnland steht. Diese Lektion haben wir inzwischen gelernt.

Ein weiteres Beschäftigungsreservoir sehe ich im inländischen Wohnungsbau. Es kommen jetzt die Geburtsjahrgänge ab 1950 ins heiratsfähige Alter, und damit entsteht eine Nachfrage nach neuen Wohnungen. Diese Nachfrage wird gegenwärtig nicht befriedigt. Es ist einfach nicht wahr, daß das von 700000 auf 400000 Wohnungseinheiten pro Jahr reduzierte Neubauangebot - von Einraumappartements bis hin zu Einfamilienhäusern - ausreichte, um der effektiven Nachfrage in den kommenden Jahren zu genügen. Alle Hypothekenbanken, die ich gefragt habe, halten 600000 bis 650 000 Einheiten für erforderlich.

Wie könnte man aber einer solchen zusätzlichen Nachfrage von 200000 bis 250000 Wohnungseinheiten jährlich für mindestens ein Jahrzehnt gerecht werden? Dazu gehören auch gewisse politische Entscheidungen im Hinblick auf Mieterschutz, Vergleichsmiete oder Wohngeld. Der soziale Wohnungsbau kann allein dem Zweck der Wohnraumversorgung nicht mehr dienen, wie wir seit einigen Jahren an der zusätzlichen Zahlung von Wohngeld sehen. Es stellt sich daher die Frage, ob wir den Rechtstyp des sozialen Wohnungsbaus in der derzeitigen Form noch aufrechterhalten können.

Wenn ich Politiker wäre, hätte ich längst darauf hingewirkt, daß an die Stelle des sozialen Wohnungsbaus mit seiner objektgebundenen Förderung eine reine Subjektförderung mit einem

einheitlich geregelten Wohngeld tritt. Auf diese Weise könnte auch die Nachfrage durch die sehr starken Geburtsjahrgänge 1950 bis 1964 besser gedeckt werden. Dabei handelte es sich immerhin um jeweils eine Million Lebendgeburten, denen man jetzt bei der Beschaffung einer neuen Wohnung behilflich sein muß. Es spricht vieles dafür, daß in den nächsten zehn Jahren ein höheres Wohngeld für junge Ehepaare immer wichtiger wird.

Ein letzter Punkt. Wir erleben zur Zeit eine Phase rapide wachsender Schwarzarbeit, deren Umsatz Experten für 1977 auf 25-30 Milliarden D-Mark schätzen; das sind etwa zwei Prozent des Bruttosozialproduktes. Meine These ist: Wenn wir den Wohnungsbau nicht von der politischen Seite her wieder anregen - dabei habe ich vor allem den frei finanzierten Wohnungsbau im Auge;- , werden die Nachbarschaftshilfe und die Schwarzarbeit im Bauwesen zunehmen. Die Folge werden sehr unerfreuliche Zustände vor Ort zwischen Handwerkern und Behörden sein. Darauf sollten wir es nicht ankommen lassen.

In summa bin ich optimistisch, was die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit anbelangt. Für mich gibt es keine statische Größe des zur Verteilung stehenden Arbeitsvolumens. Ich sehe hier vielmehr eine Dynamik, die in den nächsten fünf bis zehn Jahren durchaus zur Expansion befähigt.

Streissler

Ihr Optimismus dürfte etwas übertrieben sein, Herr Spethmann. Natürlich haben gerade die Großunternehmen Führungskräfte, die bevorstehende Schwierigkeiten am besten durchschauen und die in der Lage sind, sich mit entsprechenden Plänen darauf einzustellen. Großunternehmen halten ihre Investitionsprojekte im allgemeinen auch in Zeiten der Rezession relativ gut durch. Aus diesem Grunde ist eine Investitionsförderungs politik von großer Bedeutung für die kleineren Unternehmen, die zusammengenommen einen beträchtlichen Beitrag zum Investitionsvolumen leisten.

Oppenländer

Sieht man sich die mittelfristigen Investitionspläne der Unternehmen bis 1982 an, dann dürfte - da stimme ich Herrn Spethmann zu - das Investitionsloch, das wir in den 70er Jahren hatten, Anfang der 80er Jahre langsam wieder aufgefüllt werden. Ohne daß wir zur Investitionseuphorie vom Beginn der 70er Jahre zurückkehren werden, können wir davon ausgehen, daß die Landschaft wieder etwas freundlicher wird.

Ich meine aber, daß wir in den 70er Jahren auch eine gewisse Innovationsschwäche hatten. Ich möchte dafür fünf Punkte anführen:

1. Die realen Forschungs- und Entwicklungsausgaben waren seit Mitte der 70er Jahre rückläufig.
2. Das gleiche gilt für die Zahl der Beschäftigten in den Forschungs- und Entwicklungsbereichen.
3. Wie die Patentstatistik ausweist, sind die deutschen Patentanmeldungen zurückgegangen, während die ausländischen noch gestiegen sind.
4. Auch Forschungs- und Entwicklungsausgaben sind konjunkturell beeinflusst, das heißt, in Rezessionsphasen wird weniger geforscht und entwickelt, wie sich in den letzten Jahren gezeigt hat.
5. Schließlich sind in den 70er Jahren - bedingt durch die starken Lohnerhöhungen - mehr Prozeß- als Produktinnovationen vorgenommen worden. Möglicherweise werden sich in den 80er Jahren wieder die Produktinnovationen verstärken.

Lassen Sie mich jetzt zur Therapie übergehen. Erstens: Es muß sicher etwas in Richtung Nachfragestimulation getan werden. Herr Streissler sprach von einem Rentierphänomen und wies darauf hin, daß wir in den 70er Jahren eine tendenziell sinkende Konsumquote und eine tendenziell steigende Sparquote gehabt haben - nicht nur in der Bundesrepublik. Wir müssen uns ernstlich überlegen, wie wir diesen Trend wieder umkehren können; denn der Konsum ist als Anregung für Investitionen sehr wichtig.

Zweitens hatten wir gerade in der Bundesrepublik in den 70er Jahren eine enorme Investitionsschwäche. Vergleichen Sie die Situation bei uns mit der in anderen Ländern wie Frankreich, Japan, USA. Während bei uns in der Zeit von 1970-1976 die Investitionen nur um 2 Prozent gesteigert wurden, waren es in den USA 19 Prozent, in Japan und in Frankreich je 32 Prozent. Hatten wir es hier also mit einem spezifisch deutschen Problem zu tun?

Drittens: Was den Export angeht, so wird deutlich, daß man nationale und internationale Problemstellung gar nicht trennen kann, wie das hier in der Diskussion versucht wurde. Es kommt darauf an, daß wir die Standortbedingungen in der Bundesrepublik stärken, damit sowohl die

Exportstärke der Bundesrepublik erhalten bleibt, als auch die Importe nicht übermächtig werden. Dafür gibt es eine defensive und eine offensive Strategie. Die defensive besteht darin, durch Rationalisierung möglichst eine Kostenreduzierung zu erreichen, und zwar in den Branchen, in denen wir schwach sind. Mit der offensiven Strategie dagegen versuchen wir, mehr als bisher Produktinnovationen zu schaffen. Das bedeutet, daß wir auch die Qualifikation der Arbeitskräfte weiter erhöhen. Nur so können wir im internationalen Wettbewerb bestehen.

Hinsichtlich der F- und E-Problematik kann ich nur unterstreichen, was Herr Hauff gesagt hat. Dafür ist eine ständige Hilfe durch den Staat notwendig, allerdings immer nur als Hilfe zur Selbsthilfe. Das heißt, der Staat darf nicht an die Stelle des Unternehmers treten.

Schließlich ein Hinweis auf die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik: Bis 1988 werden eine Million Arbeitskräfte mehr in das Erwerbsleben eintreten, die neben den laufend freigesetzten Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt untergebracht werden müssen. Ich frage mich, ob das nur durch Wachstum gelingen kann. Das ist ein zentraler Punkt, den wir bei der Diskussion über die Arbeitszeitproblematik nicht vergessen sollten.

Freiherr von Weizsäcker

Das ist doch wieder das alte dumme Lied, Herr Oppenländer: Wir sollen mehr konsumieren, damit wir arbeiten dürfen. Sie sagen, die Sparquote soll gesenkt werden, damit endlich wieder mehr konsumiert wird. Wozu?

Kienzl

In Österreich haben wir der Bevölkerung gesagt: Spart mehr und konsumiert weniger. Wenn die Menschen Angst haben um ihre wirtschaftliche Zukunft - und die Zukunft sieht ja nicht so rosig aus;- , dann sparen sie etwas mehr. Man spricht hier vom sogenannten Angstsparen.

Bombach

Vielleicht ist das, was wir zur Zeit beobachten, nichts anderes, als was die sogenannte Lebenszyklustheorie des Sparens besagt: Gsgenwärtig gibt es starke Jahrgänge im Erwerbsalter, das heißt mit gewisser Ersparnisbildung. Mit der Überalterung wird sich dies umkehren und dann möglicherweise wieder zu einer Sparlücke führen. In der Schweiz übrigens waren gestiegene Sparquoten nur Reflex des Krisenschocks. Man hat Ersatzbeschaffungen etwas aufgeschoben. Jetzt steigt die Konsumquote wieder munter an. Von Streisslerscher "Rentiermentalität" kann noch gar keine Rede sein.

Mertens

Wir stehen nicht in einer Wirtschaftskrise; das würde nämlich Wirtschaftsschrumpfung über mehrere Jahre oder zumindest eine stagnierende Wirtschaftsentwicklung bedeuten, was faktisch nicht der Fall ist. Wir haben seit drei Jahren ;-, als vor der Einführung der flexiblen Altersgrenze allgemein erwartet wurde. Eine weitere Herabsetzung des Rentenalters würde wiederum Optionen für eine Gruppe von Bürgern eröffnen.

Über solche Möglichkeiten sollte man sich seitens des Staates, der Tarifpartner, aber auch der Sozialversicherungsträger einschließlich der Bundesanstalt für Arbeit Gedanken machen. Dabei könnte man einige Modelle bei unseren Nachbarländern abschauen. In Holland beispielsweise soll die Aufteilung von Arbeitsplätzen öffentlich gefördert werden. Dadurch können mehr Jugendliche Arbeitsplätze bekommen. Die zusätzlich entstehenden Kosten werden bezuschußt.

In Belgien gibt es Frühverrentungssysteme, bei denen nicht nur die Rentenversicherung belastet wird, sondern die Arbeitslosenversicherung, die auf diese Weise ja von Arbeitslosen entlastet wird, ebenfalls einen Zuschuß leistet, so daß gesamtwirtschaftlich keine zusätzliche fiskalische Belastung eintritt. In Frankreich gibt es eine Reihe von Großunternehmen, die gleitende Übergänge in den Ruhestand eingeführt haben. Man arbeitet dann zunächst ein Jahr nur noch 30 Stunden, ein weiteres Jahr 20 Stunden und so weiter, bis man mit der Arbeit schließlich ganz aufhört. Auch das schafft Arbeitsplätze. Es gibt noch mehr solcher Varianten, die anderswo praktiziert werden.

Es gibt natürlich auch kollektive Arbeitszeitverkürzungen, die weit über das hinausgehen, was bei uns diskutiert wird. So ist etwa in der amerikanischen Stahlindustrie schon lange die 32-Stunden-Woche eingeführt. Aber auch bei uns wird ja in der Zigarettenindustrie unter 40 Stunden gearbeitet. Es geht also auch bei uns in bestimmten Bereichen schon heute.

Teilzeitmodelle könnten gerade im öffentlichen Dienst durch die Erweiterung der gesetzlichen Rahmenbestimmungen erheblich ausgedehnt werden, nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer, selbst für Kräfte mit höherer Qualifikation. Der öffentliche Dienst experimentiert auch mit anderen Dingen, zum Beispiel mit der Einstellung von Akademikern in den gehobenen Dienst. Es wird also in der Regierung, in der Verwaltung schon eine ganze Menge Phantasie entwickelt, um in dem zugegebenermaßen sehr engen Rahmen, den uns die öffentlich-rechtlichen Bestimmungen stecken, doch etwas zu tun. Es wäre wünschenswert, wenn die Wirtschaft in dieser Hinsicht nicht hinter der öffentlichen Hand zurückstehen würde.

In den 50er und insbesondere in den 60er Jahren wurde der Produktivitätsfortschritt als ein Segen betrachtet, weil wir daraus einerseits Lebensstandarderhöhungen und andererseits Arbeitszeitverringerungen finanzieren konnten. Neuerdings wird der Produktivitätsfortschritt offenbar als ein Fluch angesehen.

Man muß sich fragen, warum das ausgerechnet jetzt der Fall ist, wo doch soziale Fortschritte auf diesen Gebieten auch arbeitsmarktpolitisch erwünscht sind, während man das in den 60er Jahren durchaus nicht sagen konnte. Damals, in der Zeit der Vollbeschäftigung, wurde einem bei der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung ständig entgegengehalten, das würde zusätzlichen Bedarf an ausländischen Arbeitskräften zur Folge haben, was ja auch der Fall war. In einer vollbeschäftigten Wirtschaft, so hieß es, brauchte man eher Arbeitszeitverlängerung als Arbeitszeitverkürzung. Trotzdem setzte sich der Trend zur Arbeitszeitverkürzung durch.

In den letzten 25 Jahren wurde bei uns die Arbeitszeit um 25 Prozent verkürzt, und zwar nur die Jahresarbeitszeit - unabhängig von der Lebensarbeitszeit. Seit vier Jahren geschieht auf diesem Gebiet nicht mehr viel. Dabei könnte man gerade jetzt sozialpolitisch Erwünschtes mit arbeitsmarktpolitisch Nützlichem verbinden. Es wird häufig mit dem Hinweis operiert, Arbeitszeitverkürzung dürfe nicht nur arbeitsmarktpolitisch motiviert sein. Das tut niemand. Wir betonen heute nur, daß es ein zusätzlich begrüßenswerter Nebeneffekt wäre, wenn man den alten Trend der Arbeitszeitverkürzung fortsetzen würde; sozialpolitisch erwünscht bleibt er ohnehin.

Miegel

Sie sagten, Herr Merteris, wir hatten 26,5 Millionen Arbeitskräfte, die über (eine lange Zeit ein gewisses Wachstum erzeugt haben. Dann gibt es einen Rückgang auf 25 Millionen Arbeitskräfte; das Wachstum erleidet wohl einige kleinere Einbrüche, setzt sich aber im wesentlichen fort. Wenn dem so ist, könnte man dann - mit allen Vorbehalten - die These wagen, daß diese anderthalb Millionen Arbeitskräfte "nicht produktiv" gewesen sind, daß es also möglich war, die anderthalb Millionen ohne besondere Konsequenzen aus dem Prozeß herauszunehmen?

Mertens

Das ist doch nicht eine feste Gruppe, sondern betroffen sind weit mehr; die Arbeitslosigkeit "rotiert".

Miegel

Sicher, aber die rotierende Gruppe rotiert nicht durch das gesamte Arbeitskräftepotential. Das gesamte Arbeitskräftepotential ist doch ganz anders zusammengesetzt als die Gruppe, die von Arbeitslosigkeit bedroht ist und dann - in Teilen - auch gelegentlich arbeitslos wird. Das allgemeine Arbeitskräftepotential und die potentiellen Arbeitslosen entsprechen einander in keiner Weise. Das allgemeine Arbeitskräftepotential besteht zu zwei Dritteln aus qualifizierten Arbeitskräften. Bei den Arbeitslosen ist es noch nicht einmal die Hälfte. Unter den Arbeitslosen befinden sich über 50 Prozent Frauen. Im allgemeinen Arbeitskräftepotential ist es nur rund ein Drittel. Von den jugendlichen Arbeitslosen hat die Hälfte keinen Schulabschluß, wovon bei den jugendlichen Arbeitskräften zum Glück keine Rede sein kann. Die rotierende Gruppe der Arbeitslosen und die im Arbeitsmarkt Beschäftigten sind also nicht homogen.

Mit dieser wohl unbestrittenen Feststellung scheint mir das Konzept der Arbeitsbeschaffung durch allgemeine Arbeitszeitverkürzung nachhaltig in Frage gestellt. Dieses Konzept unterstellt doch gewissermaßen, daß es möglich sei, einen qualifizierten Facharbeiter künftig nur noch sechs Stunden arbeiten zu lassen und die verbleibenden zwei Stunden einem Arbeitslosen zu übertragen. Wenn das möglich sein sollte, benötige ich bei den Arbeitslosen ein gleiches Potential an qualifizierten beziehungsweise nichtqualifizierten Arbeitskräften wie im tätigen Arbeitskräftepotential. Das aber gerade ist nicht der Fall. Mit der Arbeitszeitverkürzung des Facharbeiters schaffe ich also in den wenigsten Fällen Raum für einen anderen arbeitslosen Facharbeiter, sondern ich senke ganz einfach die Produktivität und mindere damit die Möglichkeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ich möchte

zwar nicht bestreiten, daß es mittelfristig möglich sein wird, einen Teil der heute nichtqualifizierten Arbeitskräfte zu qualifizierten Arbeitskräften auszubilden. Wie die Erfahrungen jedoch eindeutig zeigen, haben die bisherigen Bemühungen in dieser Richtung eher bescheidenen Erfolg.

Ich meine, wir sollten einmal folgende These prüfen: Viele Unternehmen haben in der Vergangenheit bewußt oder unbewußt - eine hochgradige soziale Funktion erfüllt, indem sie Arbeitskräfte hatten, von denen sie wußten, daß ihre Produktivität nicht ihren Kosten entsprach. Ihre Beschäftigung war mithin eine individuelle Subvention. Sie entlastete den allgemeinen Sozialhaushalt, belastete jedoch die Unternehmen.

Seit Mitte der 70er Jahre scheinen mir nunmehr viele Unternehmen nicht mehr bereit, diese Funktion zu übernehmen. Immer häufiger wurde gefragt: Wer ist eigentlich sein Geld wert? Dabei stellte man fest, daß es vor allem in Großunternehmen, aber durchaus nicht nur dort, eine ganze Reihe von Beschäftigungen gab, die ich einmal mit Nischenexistenzen bezeichnen möchte. Vielerorts hat man sich von den Arbeitskräften, die diese Nischen ausfüllten, getrennt. Auch hierdurch sind Probleme entstanden, die vom Arbeitsmarkt gelöst werden müssen. Die Arbeitsmarktpolitik muß die Frage beantworten, wer eigentlich künftig für die Einkommen derer aufkommen soll, die von dem, was sie selbst erwerben können, nicht angemessen zu leben vermögen. Denn die stillschweigende Übertragung dieser Aufgabe auf die Wirtschaft hat sich ja inzwischen als problematisch erwiesen.

Wir können nicht einfach alle diese Fragen übergehen und von einem allgemeinen Wirtschaftsaufschwung die Lösung aller unserer Probleme erwarten. Gleichgültig wie sich künftig die Wirtschaft entwickelt, wird es nicht mehr möglich sein, Bedingungen zu schaffen, wie sie den Arbeitsmarkt bis Mitte der 70er Jahre auszeichneten. Der Arbeitsmarkt ist sehr viel differenzierter geworden, und er erfordert sehr viel differenziertere Antworten, als sie bisher gegeben worden sind.

Das Drehen an irgendwelchen Schraubchen hat zweifellos seine Bedeutung. Aber ich kann nur immer wiederholen: Die Reaktion der Menschen, der Hunderttausenden von großen, mittleren und kleinen Unternehmern auf alle die eingeleiteten Maßnahmen ist mindestens ebenso wichtig wie die Maßnahmen selbst.

Politik und Wissenschaft sollten ihre Einflußmöglichkeiten nicht überschätzen. Wenn es nicht gelingt, die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die politischen Handlungsweisen im Handeln des einzelnen Bürgers lebendig werden zu lassen, verspreche ich mir nicht viel von den gegenwärtigen wissenschaftlichen und politischen Bemühungen. Der Umsetzungsprozeß ist bisher vernachlässigt worden. Er setzt Vertrauen und Zuversicht in die eigenen Wirkmöglichkeiten und die Zukunft des Ganzen voraus. Daran scheint es mir in den westlichen Industrieländern vor allem zu mangeln.

Tegtmeier

Ich finde Ihre Aussage doch etwas happig, Herr Miegel. Wenn in einigen Bereichen fast die Hälfte der freigesetzten Mitarbeiter vorzeitig in den Ruhestand geht, dann hat das ja wohl etwas mit dem Produktionsprozeß zu tun. Wie war es möglich, daß die unternehmerische Wirtschaft mit dem Anwerben von einigen Millionen ausländischer Arbeitnehmer fertig geworden ist? Aber die sozialen Folgekosten hat sie natürlich der Gesellschaft mit angelastet.

Es besteht am Arbeitsmarkt zum Teil ein so scharfer Selektionsdruck, daß ich kein Verständnis dafür habe, wenn hier gesagt wird, wir bekommen die Arbeitskräfte gar nicht, die wir benötigen. Ich habe einzelne Fälle, die uns bekanntgeworden sind, untersuchen lassen. Bei näherer Betrachtung stellt sich immer wieder heraus, daß da Qualifikationsanforderungen erhoben wurden, die mit der Sache häufig nur wenig zu tun hatten. Sie bekommen natürlich keine Stenotypistin mehr in bestimmten Regionen, wenn Sie als Höchstalter 35 Jahre fordern. Und derartige "künstliche" Vermittlungshemmnisse können keinesfalls als Einzelfall abgetan werden.

Wenn dieser Selektionsprozeß über einige Jahre durchgeführt wird, dann verschlechtert sich die Struktur am Arbeitsmarkt, während sich gleichzeitig die Beschäftigungsstruktur in der Wirtschaft verbessert, weil hier eine Auslese vollzogen wurde. Das heißt, die Probleme derjenigen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, haben sich vergrößert. So weist etwa ein Drittel der männlichen Arbeitslosen gesundheitliche Beeinträchtigungen auf. Die regelmäßig veröffentlichten Strukturanalysen der Bundesanstalt für Arbeit liefern hierfür eindrucksvolles Anschauungsmaterial.

Mertens

Auf jeden Fall ist die Wirklichkeit sehr viel phantasievoller zu gestalten, als es in der Theorie scheint. Ein bekanntes Argument lautet, ungelernete Büromädchen seien arbeitslos, was wir aber brauchten, seien Fachkräfte im Stahlwerk - wie soll man das zusammenbringen? Großes Gelächter. In einem

Ihrer Werke, Herr Spethmann, ist man zur Zeit dabei, ungelernete arbeitslose Büromädchen im Stahlwerk auszubilden. Das geht dort recht reibungslos. Die Ausbilder sind zufrieden mit diesen Mädchen, die ihre Arbeitsverträge schon ziemlich sicher in der Tasche haben. Dabei handelt es sich hier um ein Werk, in dem sonst nur robuste Mannsbilder herumlaufen und tonnenschwere Produkte bewegen.

Es gibt also einige Unternehmen, die solche Experimente machen; sie propagieren sie aber zu wenig. Sicher kann man in anderen Stahlwerken hören, so etwas ginge überhaupt nicht.

Spethmann

In unserem Unternehmen haben sich in den letzten drei Jahren zahlreiche neue Frauenberufe herausgebildet, die es früher gar nicht gab, bis hin zur Dreherin.

Ein anderes Beispiel: In Duisburg ist kein einziger Sonderschulabgänger arbeitslos. Das liegt einmal am Berufsvorbereitungsjahr: das liegt aber auch ganz wesentlich daran, daß einige große Unternehmen sich fast die Hälfte der rund 500 Sonderschulabgänger untereinander aufteilen und in einer Sonderausbildung von sechs bis acht Monaten jeweils einer individuellen beruflichen Tätigkeit zuführen. Es ließen sich weitere Beispiele anführen.

Zander

Herr Mertens forderte vorhin, die Wirtschaft solle nicht hinter dem Staat zurückstehen. Ich bin umgekehrt der Meinung, die Praxis der letzten Jahre hat gezeigt, daß der Staat hinter der Wirtschaft herhinkt. Der Wirtschaft werden hohe Auflagen gemacht, die der Staat nicht einmal in seinem eigenen Bereich erfüllt. Ich brauche nur an das komplizierte Mitbestimmungsgesetz von 1976 zu erinnern. Es werden der Wirtschaft dauernd Dinge zugemutet, die aus irgendwelchen Theoriediskussionen entstehen, ohne daß man sich überlegt, was man damit anrichtet.

Auf der anderen Seite muß sich die Wirtschaft sicher auch einiges sagen lassen, was dazu beitragen könnte, die Arbeitslosigkeit zu vermindern. So sollten Großunternehmen durchaus in der Lage sein, eine größere Flexibilität beim Arbeitsangebot zu zeigen. Ich denke etwa an die schon erwähnte Förderung von Teilzeitarbeitskräften, an die Vergabe eines Arbeitsplatzes an zwei Mitarbeiter oder an Kombinationen mit teilweise selbständiger Tätigkeit. Herr Fels wies bereits darauf hin, daß die freie Entscheidung des einzelnen gestärkt werden sollte. Auch die Arbeitszeit selbst könnte beweglicher gestaltet werden, und zwar über die Gleizeit hinaus, zum Beispiel durch versetzte Arbeitszeiten, Arbeitszeitblöcke, längere unbezahlte Urlaube, wie sie in Amerika üblich sind.

Eine weitere Gefahr sehe ich dadurch heraufziehen, daß die Verbände, sowohl Arbeitgeber wie Gewerkschaften, auf dem besten Wege sind, mit dem Abschluß von Arbeitssicherungsabkommen einen Stand beamtenhafter Arbeitsplatzinhaber zu schaffen. Dadurch wird der Zugang Außenstehender, insbesondere der jungen Arbeitnehmer, zu den Arbeitsplätzen in den Betrieben immer mehr erschwert. Das könnte fatale Folgen für die Jugendarbeitslosigkeit haben.

Schließlich sollten wir die eigenverantwortliche, selbständige Tätigkeit als einen wichtigen Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes fördern. Wer arbeiten will, soll dies nicht nur in abhängiger Tätigkeit tun. Wir brauchen meines Erachtens viele risikofreudige junge Unternehmende.

Altmann

Wollte man ein Fazit des bisherigen Gespräches ziehen, so könnte man, ohne in einen Pessimismus zu verfallen, sagen, daß die europäische Arbeitslosigkeit in den nächsten zehn Jahren als Dauerschicksal wahrscheinlich ist. Alle Ihre Aussagen hier bestätigen diese These. Das soll uns jedoch nicht daran hindern, auch die langfristigen Probleme zu analysieren und in Angriff zu nehmen.

Herr Bombach, mir genügt es nicht, wenn Sie sagen, in den 30er Jahren hätten wir diese Probleme auch schon gehabt, und gleich seien die Krisenanalytiker gekommen und hätten gesagt, das sei ein Jahrhundertproblem, was sich dann als falsch herausstellte; denn seit den 50er Jahren haben wir ein ungeheures Wachstum erlebt. Dem möchte ich entgegenhalten: Wenn die Entwicklung in den nächsten zehn Jahren schiefliegt, kann es das Ende dieser Demokratie bedeuten. Das ist der Grund, warum wir uns hier versammelt haben. Wenn es uns nicht gelingt, die Arbeitslosigkeit abzubauen, sondern diese sich in den nächsten Jahren sogar noch verschärft, wird dies unvermeidlich gewisse Veränderungen in unserer Gesellschaft bewirken.

Wir können uns also nicht im rein Ökonomistischen bewegen, sondern müssen nach den Problemen fragen, die aus einer solchen Entwicklung für unsere Gesellschaft entstehen werden. Ich nenne einige

Beispiele, die den Arbeitsmarkt betreffen. In diesem Lande sind rund zwei Millionen Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt, ausgestattet mit einer garantierten Position, gegen jede Arbeitslosigkeit geschützt. Diese Gruppe ist sogar noch im Wachsen begriffen. Deshalb können wir nicht so einfach von einem Arbeitsmarkt reden. Das ist kein ökonomisches, sondern ein gesellschaftliches Problem. Denn offenbar sind alle Probleme, die wir lösen wollen, nur noch mit Hilfe eines Bürokratisierungsprozesses zu steuern.

Möglicherweise wird es in Zukunft in unserer Gesellschaft eine viel geringere Beschäftigungsdichte geben als bisher. Es wird wichtige gesellschaftliche Arbeiten geben, die nicht mehr als Erwerbsberufe im alten Sinne definiert werden können. Das heißt, eine Reihe sozialer Aufgaben wird nicht erfüllt werden können, wenn man sie als Erwerbsberufe im öffentlichen Dienst ansiedelt.

Denken Sie etwa daran, daß wir mehr Lehrer brauchen, diese aber nicht einstellen können, weil die Struktur unseres Arbeitsmarktes es nicht erlaubt. Eine Vielzahl junger Leute will wichtige gesellschaftliche Arbeiten tun, ohne daraus einen Erwerbsberuf im heutigen Verständnis zu machen. Sie können es aber nicht, weil die gegebene Beschäftigungsstruktur das nicht erlaubt.

Worauf es ankommt ist, zu sehen, daß die Antriebskräfte dieser Gesellschaft, die nicht ökonomisch sind, erneuert werden müssen. In den 50er Jahren waren es keineswegs nur profitorientierte Interessen, die uns angetrieben haben, etwas zu tun. Die moralischen Kräfte der Gesellschaft, die allein in der Lage wären, den Panzer, den wir um uns gelegt haben, zu durchbrechen, sind schwach geworden. Die Politik kann ihnen kaum zum Erfolg verhelfen. Wenn sie aber aus den ökonomischen Modellen ausgebaut werden, dann bedeutet das eine weitere Verkrustung unserer Gesellschaft.

Hauff

Ich stimme völlig zu, daß es zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kein Patentrezept gibt, sondern verschiedene Möglichkeiten ins Kalkül gezogen werden müssen: Arbeitszeitverkürzung bis hin zur Verbesserung der Teilzeitarbeit, Innovationsstrategien, Wachstumsimpulse, Abbau von Hemmnissen im Binnenmarkt und sofort.

Herr Altmann, Sie haben gesagt, es gebe heute eine wachsende Zahl von Menschen, die Tätigkeiten ausüben wollen, die als Erwerbsberufe von der Gesellschaft und von der Wirtschaft nicht angeboten werden. Wenn diese Menschen aber jene Tätigkeiten, die ihnen vorschweben und die ihnen sinnvoll erscheinen, nicht ausüben können oder dürfen, kommt es zu Verweigerungen. Dann entstehen plötzlich so verrückte Dinge wie die Tunix-Bewegung, und was es da noch alles gibt. Das sollte man in seiner politischen Dynamik nicht gering einschätzen. Wenn es tatsächlich eine relevante Gruppe von Personen gibt, die nach alternativen Beschäftigungsarten rufen, dann brauchen wir hier einen anderen Arbeitsmarkt.

Eine weitere Aussage von Herrn Altmann bereitet mir noch sehr viel mehr Kopfzerbrechen. Sie haben gesagt: Wenn die Arbeitslosigkeit in den nächsten zehn Jahren zum Dauerschicksal wird, hat das Konsequenzen für unsere ganze Gesellschaft. Nun gehen Sie offenbar für die nächsten zehn Jahre davon aus, daß die Zahl der angebotenen Arbeitsplätze nicht wesentlich erhöht werden kann.

Mertens

Das wäre totale Resignation.

Hauff

Ich teile diese Auffassung auch nicht, aber mich würde interessieren, wie andere Teilnehmer hier dazu stehen. Denn Politiker neigen nun einmal, schon von ihrer beruflichen Funktion her, zum Optimismus. Sollte sich jedoch die pessimistische Einschätzung bestätigen, dann wäre ein massiver Abbau der sozialen Sicherung, eine generelle Verminderung von Sozialleistungen die unvermeidliche Folge. In dem Fall dürfte es auch zu einer bedrohlichen Entwicklung hinsichtlich der Beschaffung von Majssenloyalität in unserem Staat kommen. Damit einhergehend könnte sich eine politische Dynamik entwickeln, über deren Richtung wir uns überhaupt noch nicht im klaren sind und wo uns die technischen Konzepte, die wir diskutieren, dann in keiner Weise weiterhelfen werden.

Wenn also in den nächsten zehn Jahren keine nennenswerte Zunahme von Arbeitsplätzen möglich ist, hätte dies nach meiner politischen Einschätzung nicht nur eine Krise, sondern die Zerstörung demokratischer Strukturen in diesem Land zwangsläufig zur Folge.

Anders formuliert: Wenn dies zutreffen sollte, dann war alles, was wir bisher zum Thema Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gesagt haben, Kinkerlitzchen. In dem Fall müßten uns ganz neue Rezepte

einfallen. Denn wir können es nicht hinnehmen, daß die Demokratie zerstört wird, weil wir die kommenden zehn Jahre auf diesem Problem sitzen.

Ich wiederhole: Ich sehe die Entwicklung optimistischer. Aber vielleicht ist das so eine Art Berufskrankheit. Man nimmt sich ja manchmal mehr vor, als man tatsächlich einlösen kann.

Häfele

Ich halte es in der Tat für die zentrale politische Frage: Können wir in den nächsten 10 Jahren die Regierbarkeit unserer Demokratie gewährleisten, wenn sich die Verhältnisse ungünstig entwickeln, wenn beispielsweise die Sozialleistungen zurückgehen, wie Herr Hauff befürchtet? Ich bin der Meinung, daß die nachfragegesteuerte Konjunktur nicht mehr sehr viele neue Arbeitsplätze schaffen wird, und ich halte es, wie Herr von Weizsäcker, auch nicht für sinnvoll, durch eine künstliche Nachfrage nach Drittwagen oder ähnlichen Dingen eine Konjunktur zu erzeugen.

Ich kann mir vorstellen, daß wir in Zukunft zu einer anderen Art von Gleichgewicht zwischen Kapital, Arbeit, Ressourcen und Innovation kommen werden. Denn es spricht manches dafür, daß nach dem Jahre 2000 ganz neue große Probleme auf uns zukommen. So stellt sich für Westeuropa in immer stärkerem Maße die Frage des politischen Zugangs zu Ressourcen. Dabei können wir davon ausgehen, daß im Ostblock das Wachstum weitergehen, sich unter Umständen noch verstärken wird. Man kann das Ressourcenproblem durch Kapitalinvestitionen lösen. Auf dem Energiesektor nenne ich beispielsweise die großtechnische Nutzung der Sonnenenergie. Das ist in erster Linie eine Frage der Kapitalakkumulation und auch des Arbeitseinsatzes. Hier geht es um eine strategische Dimension als Voraussetzung dafür, daß wir einer Herausforderung nach dem Jahr 2000 positiv begegnen können. Dazu braucht man Arbeit und Kapital.

Ein Beispiel aus der Vergangenheit ist der Bau der Deiche in Holland. Das war zum Zeitpunkt des Baus nach jeder Cost-benefit-Rechnung ein völlig unsinniges Unternehmen. Es hat aber später die wirtschaftliche Blüte und die Überlebensfähigkeit Hollands garantiert.

Ich meine, daß wir eine solche progressive und visionshafte Perspektive gewinnen müssen, wenn wir das Arbeitslosenproblem lösen wollen. Die umgekehrte Position, nach dem Motto: Dann arbeiten wir eben weniger, ist nicht haltbar. Wir werden einmal für jede Hand, die mithilft, dankbar sein. Warum? Heute leben 4 Milliarden Menschen auf dem Globus. Es spricht alles dafür, daß es im Jahre 2030 8 Milliarden Menschen sein werden. Nur wenn die durchschnittliche Produktivität auf der Erde hoch ist, werden sich diese 8 Milliarden Menschen erhalten können. Die Produktivität wird aber nicht erhöht, wenn wir uns sozusagen aus dem Arbeitsprozeß zurückziehen.

Heute ist der Produktivitätsfortschritt noch sehr ungleich über die Welt verteilt, und es kommt darauf an, daß auch in den Regionen eine hohe Produktivitätsrate erreicht wird, wo das heute noch nicht der Fall ist. Gegenwärtig wird die Wachstumsrate in den Entwicklungsländern noch vom Wachstum der OECD-Länder mit getragen. Wenn die Wachstumsrate der OECD-Länder zurückgeht, wirkt sich das auch auf die Entwicklungsländer negativ aus. Schon aus dem Grunde dürfen wir gar nicht kürzer treten. Wir müssen vielmehr unsere Produktivität steigern und uns Gedanken darüber machen, wie man den Produktivitätsfortschritt auf andere Teile der Welt übertragen kann.

Was die längerfristigen strategischen Investitionen angeht, so müssen diese keineswegs nur im nationalen Rahmen stattfinden. Ich denke dabei sehr wohl auch an multinationale Investitionen. So werden etwa im Bereich der multinationalen Gesellschaften Ressourcen heute schon global gemanagt. Denken Sie nur an das Erdöl aus dem Nahen Osten. Es ist durchaus vorstellbar, daß auch die Investitionsfrage multinational gehandhabt wird, und zwar unter Berücksichtigung von Entwicklungsländern. Wir müssen da nur mal etwas mehr Phantasie entwickeln.

Deshalb betone ich noch einmal: Langfristig gesehen werden wir einem Arbeitskräftemangel gegenüberstehen. Wenn das so ist, käme es darauf an, eine Brücke zwischen dem heutigen Überangebot von Arbeit und dem kommenden Mangel zu schlagen. Und noch eines: Diese langfristigen Strategien müssen jenseits von Marktmechanismen angelegt sein; sie lassen sich allenfalls in Marktmechanismen übersetzen.

Brawand

Was die Langfristigkeit angeht, so erinnere ich Sie nur an das Problem der Dollarlücke. Vor 20/30 Jahren haben wir noch geglaubt, das sei überhaupt irreversibel und werde bis zum Jahre 2000 dauern. So pessimistisch braucht man also nicht zu sein.

Lassen Sie mich auf den politischen Kernpunkt unserer Debatte kommen, zu dem sich bisher eigentlich nur Herr Altmann geäußert hat. Die Frage ist, nach welchen ordnungspolitischen Grundsätzen wir dieses Problem angehen wollen. Das ist ein Punkt, der den Attentismus bei den Unternehmern wesentlich mitbestimmt. Sie investieren nicht, weil sie nicht wissen, wie es ordnungspolitisch weitergeht. Diese abwartende Haltung zeigen auch die Konsumenten, wenn sie die Sparquote erhöhen. Die Menschen haben den Eindruck, die da oben wüßten gar nicht, in welcher Richtung es weitergehen soll.

Deshalb müßten sich zunächst die Parteien einig werden, ob sie das Gewicht bei der Lösung dieses Problems mehr auf marktwirtschaftliche Mittel oder mehr auf Planung und Lenkung legen wollen. Solange dies nicht ausgekocht ist, werden wir mit dem Problem wahrscheinlich nicht fertig werden.

Ich kann mir nun keine langfristige Lösung ohne die Einbeziehung der Dritten Welt vorstellen. Bedarf ist in der Dritten Welt ausreichend vorhanden, wir müssen dafür nur eine Möglichkeit finden. Da stellt sich wiederum die Frage, welche ordnungspolitischen Prinzipien dabei leitend sein sollen. Ich gebe zu, dies muß international wahrscheinlich mit mehr Lenkungsmitteln geschehen, als es den reinen Liberalen schmecken wird. Aber wenn wir die Arbeitslosigkeit in Europa auf lange Sicht vermeiden wollen, müssen wir die Dritte Welt einschalten.

Krüper

Sie sagen, Herr Brawand, das Hauptproblem sei, sich zunächst darüber klarzuwerden, in welche ordnungspolitische Richtung wir gehen wollen. Ich glaube im Gegensatz zu Ihnen nicht, daß die ordnungspolitischen Differenzen in unserer Gesellschaft zwischen den Parteien oder zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wirklich so groß sind. Selbst das, was an Forderungen nach Investitionslenkung aus dem Gewerkschaftslager oder auch aus der SPD kommt, geht ja in weiten Bereichen kaum über das hinaus, was Unternehmen heute schon etwa in der Stahlindustrie praktizieren.

Brawand

Da besteht ein gravierender Unterschied.

Krüper

Wenn man natürlich Arbeitszeitverkürzungen oder eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben nicht mehr unter die marktwirtschaftlichen Mittel rechnet, besteht eine Differenz über Ordnungspolitik.

Bombach

Wir sollten zwei Dinge auseinanderhalten. Auf der einen Seite steht die Sorge, daß unsere parlamentarische Demokratie zusammenbricht, wenn die Arbeitslosigkeit noch ein Jahrzehnt andauert und wir dann auch unsere Soziallasten nicht mehr tragen können. Auf der anderen Seite äußert Herr Häfele jetzt die Sorge des Jahres 2000, daß wir einen Kollaps erleiden werden, wenn wir durch weiteres Wachstum unsere Ressourcen verschwenden. Ich stimme voll zu hinsichtlich der demographischen Situation. Das Überangebot auf dem Arbeitsmarkt ist sicher nur temporär, so daß wir uns vermutlich schon 1995 einer großen Knappheit gegenübersehen werden.

Deshalb müssen wir die Investitionen, von denen Herr Häfele spricht, heute durchführen, wo wir noch über ein reichliches Arbeitskräfteangebot verfügen, und nicht erst im Jahre 2000.

Wo ich nicht zustimme, Herr Häfele, ist, daß diese Probleme nicht mehr mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu lösen seien. Auch beim Problem der knappen Ressourcen ist sehr die Prags, ob der Markt es nicht besser löst als eine Bürokratie. Amerikanische Kollegen sagen vom Energy Programme, das jetzt in den USA diskutiert wird, es werde nichts weiter als 80 Milliarden zusätzliche Staatsausgaben bringen, aber nicht dazu beitragen, daß Energie gespart wird. Wenn die Energie heute teurer wäre - und wir wissen, aus welchen politischen Gründen man sie nicht teurer macht;- , hätte man das Problem längst vom Tisch. Ökonomen vertrauen eben im allgemeinen mehr in den Markt - das ist ihre Profession;- , während Politiker mehr nach politischen Lösungen suchen.

Häfele

Ich kann Ihnen nicht zustimmen, Herr Bombach. Die Investitionen, von denen ich spreche, haben eine Vorlaufzeit von 20 Jahren, und das kann der Marktmechanismus nicht bewältigen.

Bombach

Es geht also um die hypothetische Frage: Welche politischen Gefahren sind damit verbunden, wenn wir längere Zeit mit einer höheren Arbeitslosigkeit leben müßten? Auf der anderen Seite stellt Herr von Weizsäcker die besorgte Frage: Hat es einen Sinn, irgendwelche Investitionen vorzunehmen und Wachstum zu produzieren, nur um Leute zu beschäftigen? Könnten wir uns nicht etwas Besseres einfallen lassen, zum Beispiel die Arbeit gleichmäßiger zu verteilen, etwa durch Arbeitszeitverkürzungen?

Sollten wir vielleicht überhaupt zu einer neuen Philosophie übergehen, nach der dann nicht mehr nur der arbeitende Mensch ein guter Mensch ist? Sollten wir insbesondere unser Bildungssystem ändern, das ja eindeutig auf die Arbeitswelt und nicht auf die Freizeitwelt zugeschnitten ist? Möglicherweise tun die Amerikaner auf ihren oft abschätzig beurteilten Colleges doch das Richtige, indem sie nicht allein auf eine Berufsausbildung abstellen, sondern die Leute auch für die Freizeit ausbilden.

Das alles sind Fragen, die von der Ökonomie bisher nicht als Problem erkannt worden sind. Was ist beispielsweise die optimale Rate der Rationalisierung? Gibt es überhaupt ein bestimmtes Optimum? Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß die Industrialisierung mit einer ständigen Freisetzung von Arbeitskräften einhergeht. Bisher ist es uns immer wieder gelungen, die Freigesetzten anderweitig zu beschäftigen, sei es infolge einer Verkürzung der Arbeitszeit, sei es durch eine Ausweitung des Konsums oder auch durch neue Erfindungen, die den Wirtschaftsprozess in Gang gehalten haben. Über einen längeren Zeitraum hat das bis heute ganz gut funktioniert, obwohl es zyklisch immer wieder Ungleichgewichte gab, Inflation und längere Arbeitslosigkeit.

Wie kann Arbeitslosigkeit politisch verkraftet werden? Muß Arbeitslosigkeit für den einzelnen überhaupt ein Unglück sein? Vielleicht reden wir den Menschen das nur ein; sie hätten sich sonst möglicherweise gar nicht unglücklich gefühlt, wie viele Umfragen zeigen. Ich spiele mit diesen Fragen bewußt den *Advocatus Diaboli*; daß ich persönlich andere Standpunkte vertrete, ist bekannt.

Streissler

Ich bin eindeutig der Auffassung, daß längerfristige Arbeitslosigkeit zu einer erheblichen Gesellschaftskrise und auch zu einer politischen Krise führen kann. Deshalb habe ich mich seit langem gewundert, daß deutsche Politiker die Arbeitslosigkeit, die seit nunmehr fünf Jahren besteht, nicht als großes politisches Problem angesehen haben. Österreich hat sich in diesem Punkt politisch ganz anders verhalten, was für beide großen Parteien gilt, die in der Arbeitslosigkeit ein absolutes Übel sehen. Dagegen sehen offenbar in Deutschland - so erscheint es jedenfalls einem Außenstehenden - weder die SPD noch die CDU hier ein sehr großes Problem.

Ist Arbeitslosigkeit ein Schicksal, oder gibt es Möglichkeiten, sie zu vermeiden? Nach meiner Einschätzung der wirtschaftspolitischen Möglichkeiten muß man eine bestimmte Politik etwa zehn Jahre durchhalten, wenn es gelingen soll, die gestiegene Arbeitslosigkeit wieder abzubauen. So wirken investitionsfördernde Maßnahmen im allgemeinen nicht sofort, sondern der eigentliche Effekt tritt erst beim nächsten Anstieg der internationalen Nachfrage, also in bestimmten Aufschwungsphasen, ein.

Nun wird gefragt: Sollte man nicht überhaupt aus diesem Wachstumskarussell aussteigen, von dem Tanzsaal abtreten, wie Herr von Weizsäcker es nannte? Wären die Arbeitslosen nicht vielleicht ganz glücklich, wenn wir ihnen nicht dauernd etwas anderes einreden? Ich glaube übrigens nicht, daß sie alle so glücklich sind. Bei vielen Menschen dürfte es nach einiger Zeit doch zu einer völligen Desorientierung an Gesellschaft und Politik kommen.

Möglicherweise wären viele Menschen durchaus bereit, eine Umstellung ihres Lebens auf Freizeit hinzunehmen, aber das steht im starken Konflikt mit gesellschaftlich gültigen Leitbildern. Hier gibt es im übrigen auch eine internationale Verflechtung, das heißt, es werden bestimmte Leitbilder auf eine Gesellschaft von außen übertragen. So ist der Deutsche in der Weltmeinung nun einmal der effizient Produzierende - die deutschen Politiker haben ja auch lange genug eine Führungsrolle der Deutschen in der industriellen Entwicklung betont;- und von einem solchen Leitbild kommt man nur schwer weg. Deshalb ist dies auch für den einzelnen keine Option.

Diese internationalen Zusammenhänge werden beispielsweise in der englischen Gesellschaft deutlich. Es entspricht anscheinend durchaus den privaten Vorstellungen der Engländer vom schönen Dasein, mit einem geringen Wachstum zu leben. Das steht aber im Widerspruch zu dem, was in der Welt als normale Verhaltensweise angesehen wird, was dann offensichtlich auch innerhalb der englischen Gesellschaft zu wachsenden Spannungen führt.

Rehn

Herr Mertens sagt, es gibt keine Beschäftigungskrise. Das erinnert mich an eine internationale Tagung im Jahre 1968, wo ein deutscher Redner angesichts der damaligen Rezession ebenfalls verneinte, daß es in Deutschland eine Krise gebe. "Wir sind nur einige Frauen und alte Trinker losgeworden, und dagegen haben wir nichts", lautete die harte These. Nun, so zynisch wird heute in Deutschland nicht argumentiert. Dennoch stimme ich Herrn Streissler zu: Wir sind im Ausland darüber erstaunt, daß man in Deutschland offensichtlich so leichtfertig mit dem Arbeitslosenproblem umgeht.

Wir wissen alle, daß sich die Arbeitslosigkeit auf bestimmte Gruppen konzentriert. Die älteren Leute sind zwar weitgehend geschützt; aber wenn sie einmal arbeitslos geworden sind, dann bleiben sie es meistens lange. Wie schon früher in anderen Ländern, greift die Arbeitslosigkeit jetzt auch in Deutschland stark auf die Jugendlichen über. Das kann langfristig gesehen schwerwiegende Folgen haben.

Hier und da hört man bagatellisierend, daß einige Menschen ganz zufrieden seien, arbeitslos zu sein. Wenn das wahr ist, sollte man darin eine große Gefahr für die Zukunft sehen. Denn dadurch büßt der einzelne die Motivation ein, am Leben der Gesellschaft teilzunehmen. Die Arbeit ist nun einmal ein wichtiger Faktor im Leben des einzelnen - nicht nur in ökonomischer, sondern auch in sozialer Hinsicht für seine Beziehungen zu anderen Menschen, abgesehen von den langfristigen Folgen, die sich aus der Auflösung eines alten Ethos ergeben.

Was die Arbeitszeitverkürzung angeht, so muß man unterscheiden zwischen einer pauschalen Herabsetzung der Arbeitszeit von 40 auf zum Beispiel 35 Stunden und einer mehr elastischen Veränderung des Arbeitskräfteangebotes, das sich den variierenden Situationen auf verschiedenen Arbeitsmärkten anpaßt. Letztere könnte zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts auf dem Arbeitsmarkt beitragen. Eine generelle und permanente Herabsetzung der Arbeitszeit dagegen würde nur das Dilemma von Arbeitslosigkeit und Inflation verschärfen. Wenn man lieber mehr Freizeit als mehr Geld haben will, sollte man so vorgehen. Aber ich glaube nicht, daß man dadurch die Vollbeschäftigung wiederherstellen würde.

Das Hauptproblem für Zentralbanken, Finanz- und Wirtschaftsministerien ist die Frage, wie man Vollbeschäftigung ohne Inflation erreichen und aufrechterhalten kann. Dieses Dilemma bleibt genauso groß bei 35 wie bei 40 oder 48 Stunden pro Woche. Wann immer die generelle Arbeitszeitverkürzung wirklich zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit, das heißt hier und da zu einer inflationstreibenden Arbeitskräfteknappheit führte, würde man schnell wieder an der Restriktionsschraube drehen, was erneut Arbeitslosigkeit zur Folge hätte.

Offensichtlich glauben viele Regierungen, eine gewisse Arbeitslosigkeit zu benötigen, damit die ökonomische Stabilität nicht gefährdet wird. Das schließe ich jedenfalls aus dem Verhalten der fünf großen Industrieländer in den letzten fünf Jahren. Mr. Ford sagte seinerzeit als Präsident in Amerika ganz deutlich, wie man jetzt denkt: Die Inflation kompromittiere die Regierung in den Augen aller Menschen, während die Arbeitslosigkeit nur acht Prozent treffe. Arbeitslosigkeit erscheint also als politisch weniger gefährlich als Inflation. Mit anderen Worten: Es geht gar nicht darum, die Vollbeschäftigung wiederherzustellen. Meines Erachtens ist dies die unausgesprochene, sogar halbwegs unbewußte Ansicht, welche die Regierungen der USA, der Bundesrepublik, Großbritanniens, Frankreichs und Japans hegen.

Wie läßt sich die Vollbeschäftigung ohne Inflation herstellen? Ich meine, wir müssen Formen finden, welche - im Gegensatz zu der pauschalen Arbeitszeitverkürzung, der üblichen Keyneschen Expansionspolitik genereller Art und der Überwälzung der Arbeitslosigkeit auf andere Länder mit Hilfe von Protektionismus oder Unterbewertung der eigenen Währung - die Annäherung an die Vollbeschäftigung mit der Überwindung von Inflation vereinbaren. Grundsätzlich kommt es darauf an, für die Privatwirtschaft die letzten Schritte auf dem Wege zur Vollbeschäftigung zu verbilligen. Die Kosten "der obersten Teile" der Produktion - in der einzelnen Firma und in der Gesamtwirtschaft - müssen im Verhältnis zu den Durchschnittskosten so stark gesenkt werden, daß man der normalen Tendenz einer Preis-Lohn-Profit-Spirale entgegenwirkt, eben dann, wenn diese Spirale üblicherweise durch Beschäftigungserhöhungen stimuliert wird.

Es gibt schon einige kleine Versuche in der Welt, diesen Weg zu gehen. Die Amerikaner haben beispielsweise 1977 den Job Tax Credit eingeführt. Dort erhält ein Unternehmen, wenn es seine Beschäftigung um mehr als zwei Prozent über das Niveau von 1976 erhöht, für 1977 und 1978 2000 Dollar pro Jahr für jede zusätzlich eingestellte Person. In Schweden gibt es seit 1970 ähnliche Maßnahmen für die nördlichen Gebiete, und jetzt wird bei uns eine allgemeine, aber kurzfristige Einstellungsprämie von ungefähr 15 Prozent der Lohnkosten eines Jahres eingeführt. In Deutschland

werden ja gewisse Subventionen gezahlt, wenn ein Unternehmen Arbeitslose, die länger arbeitslos waren, einstellt. Man hat hier und da in verschiedenen Ländern den Unternehmen die Kosten für Ausbildung und Umschulung erstattet. Man subventioniert auch Investitionen, die die Produktion und die Beschäftigung erweitern könnten.

Das alles sind mehr oder weniger partielle Maßnahmen mit begrenzten, kurzfristigen Wirkungen. Wenn man aber Arbeitslosigkeit und Inflation durchschlagend bekämpfen will, muß man sehr viel umfassendere und dauerhaftere Maßnahmen ergreifen. In Schweden will man jetzt die allgemeine Lohnsummensteuer um vier Prozent herabsetzen. Ich halte dies nicht für den richtigen Weg zur Vollbeschäftigung. Neben gewissen positiven Wirkungen führt das zu einer generellen Erhöhung der Gewinnmargen auch dort, wo diese schon hoch genug sind. Das muß der Profit-Lohn-Preis-Spirale neue Rotationskraft geben. Machen Sie nun das Gedankenexperiment, daß man - statt der pauschalen vier Prozent - die Lohnkosten desjenigen Teils der Beschäftigung, der 90 Prozent der Arbeitnehmerzahl des vorigen Jahres - pro Firma - übersteigt, mit 40 Prozent subventionierte! Der finanzielle Aufwand wäre der gleiche, aber diese Konstruktion mit ihrer starken Herabsetzung der marginalen Kosten würde die Preissteigerungen viel effektiver bremsen und die Einstellung von zusätzlichen Arbeitnehmern viel stärker fördern.

Diese einfache Methode zur Förderung der marginalen Beschäftigung kann natürlich modifiziert werden. Die sozialdemokratische Opposition in Schweden hat zum Beispiel einen noch selektiveren Einsatz von Mitteln vorgeschlagen, um unter anderen durch bewußt gesteuerte Investitionen und Ausbildungseinsätze die zukünftige Erhöhung der Beschäftigung so effektiv wie möglich zu machen. Über die genauen Modalitäten kann man also diskutieren, und zwar mit Hinblick auf die spezifischen Verhältnisse eines jeden Landes. Ist ein Land finanzpolitisch nicht in der Lage, eine Herabsetzung der Steuerbelastung durchzuführen, könnte eine 40prozentige Subvention der letzten zehn Prozent (samt Nettoeinstellungen darüber hinaus) durch eine vierprozentige Lohnsummensteuer voll finanziert werden, ohne daß die durchschnittlichen Lohnkosten erhöht würden. Auch Zwischenlösungen sind denkbar.

Der Grundgedanke sollte doch klar sein: Das Stimulans zur Erhöhung und Aufrechterhaltung der Beschäftigung (die grundsätzlich mit einer Nachfrageerhöhung kombiniert werden muß) sollte so geschaffen werden, daß es zugleich als Inflationsbremse wirkt, und zwar um so stärker, je mehr zusätzliche Arbeitnehmer netto eine Beschäftigung erhalten, was ja sonst "normalerweise" den Inflationsdruck verstärkt. Eine solche Bremse, die die Preise und Gewinnmargen auch bei voller Beschäftigung zurückhalten würde, könnte vielleicht sogar einen "Social Contract" nicht nur kurzfristig haltbar machen.

Schweden ist ein kleines Land, und was immer wir unternehmen, wir werden stets von den Klimaveränderungen auf dem Weltmarkt stark beeinflusst. Deutschland besitzt eine größere Handlungsfreiheit und hat eine größere Bedeutung in der Welt. In den letzten Jahren endeten alle internationalen Tagungen damit, daß man Deutschland aufforderte, mit Konjunkturanreizen voranzugehen, um eine "Lokomotive" für die Weltwirtschaft zu werden. Die Deutschen haben stets erwidert, sie wollten nicht durch eine neue Inflationspolitik auf deutscher Ebene den anderen die Kastanien aus dem Feuer holen. Denkt man, wie üblich, nur an generelle Expansionspolitik, dann haben sie darin recht. Aber eine antiinflationistische Vollbeschäftigungspolitik würde Deutschland und den Nachbarländern zugleich nützen. Bitte schaffen Sie eine solche Politik!

Bombach

Die Schweiz hat seit einigen Jahren Preisstabilität und Vollbeschäftigung. Man könnte darüber diskutieren, wie sie das schafft.

Rehn

Die Schweiz kommt ja an die billige italienische Arbeitskraft heran. Sie ist gerade ein Beispiel für meine These, daß niedrige Kosten für zusätzliche Arbeitskräfte bei Annäherung an die Vollbeschäftigung die sonst eintretende Inflation bremsen kann.

Streissler

Die Bundesrepublik hatte in den 60er Jahren Vollbeschäftigung bei kaum merklicher Inflation. Österreich hatte von 1958 bis 1973 eine stabile Inflationsrate bei sich ständig vermindender Arbeitslosigkeit.

Rehn

Die Zeiten sind vorbei, wo man einfach die Methoden der 60er Jahre benutzen konnte. Vielleicht macht die Schweiz immer eine Ausnahme - aus den angeführten Gründen.

Bombach

Eine Bemerkung von Herrn Rehn möchte ich unterstreichen: Man verfährt in den großen Industriestaaten nach dem politischen Modell, daß die Inflation alle Wähler trifft, die Arbeitslosigkeit hingegen nur wenige. Daraus ergeben sich die unglücklichen Prioritäten der Politiker.

Hauff

Sie sagen, Herr Rehn, die fünf großen Industrieländer hätten sich darauf verständigt, die Inflation zu bekämpfen, aber nichts gegen die Arbeitslosigkeit zu tun. Dies ist nachweislich falsch. Es gibt Länder mit hohen Inflationsraten, die zugleich hohe Arbeitslosigkeitsraten haben. Wir müssen versuchen, beides zu vermeiden.

Worum es vor allem geht ist, in die internationale Währungsordnung mehr Planungssicherheit für Investoren hineinzubringen. Denn die gegenwärtige Investitionszurückhaltung hängt zum Teil auch damit zusammen, daß die Wechselkursrisiken derart groß geworden sind. Aufgrund der veränderten Wechselkursrelation haben sich, um nur ein Beispiel zu nennen, die Angebotspreise für ein Kraftwerk in Spanien innerhalb von sechs Wochen um 300 Millionen Mark für den deutschen Hersteller verteuert, während sie sich für den amerikanischen Hersteller gleichzeitig entsprechend verbilligten.

Insofern ist die Suche nach mehr Stabilität gerade auch in den Währungsrelationen mit einer Bedingung dafür, daß wir im investiven Bereich zu den Aktivitäten kommen, die Voraussetzung für Vollbeschäftigung sind.

Ich möchte damit nochmals mit Nachdruck betonen, daß der Eindruck, die fünf großen Industrieländer hätten sich darauf verständigt, nichts gegen Arbeitslosigkeit zu tun, falsch ist. Die politische Brisanz der Arbeitslosigkeit ist nicht eine Frage derjenigen, die tatsächlich arbeitslos sind. Das wäre wirklich eine naive Vorstellung. Die politische Brisanz mißt sich vielmehr daran, wie dieses Problem von der Mehrheit der Bevölkerung beurteilt wird, wieviele sich davon bedroht fühlen. Dann stellt sich das Problem völlig anders dar; denn es fühlt sich eben nicht nur eine Minderheit bedroht.

Ich komme aus einer Region, dem mittleren Neckarraum, in der es fast keine Arbeitslosigkeit gibt. In der Gegend, in der ich lebe, haben wir zur Zeit 1,4 Prozent Arbeitslose. Trotzdem ist dies das Thema in jeder Versammlung, die ich dort abhalte. Wenn die Leute keine Überstunden mehr machen können, haben sie den Eindruck, morgen seien sie arbeitslos.

Rehn

Natürlich fühlen sich nicht nur die Arbeitslosen von der Arbeitslosigkeit bedroht. Darin hat Herr Hauff ganz recht. Dennoch nimmt man das in Deutschland und in Amerika ziemlich ruhig hin. In Amerika kann man, wie ein ehemaliger Wirtschaftsberater des Präsidenten, ohne gelyncht zu werden, in einem Artikel schreiben: Wir haben jetzt 7 Prozent Arbeitslosigkeit, und vieles spricht dafür, daß man dies als Vollbeschäftigung ansehen sollte. In Deutschland habe ich den Bundeskanzler reden hören, wie er um Verständnis bat: Die Regierung könne wegen der Inflationsgefahr nicht so große Ausgaben, wie sie an sich wünschenswert wären, gegen die Arbeitslosigkeit machen; man könne nicht alles auf einmal tun - und so weiter. Das ist ja alles richtig. Was ich beklage, sind die gesunkenen Ambitionen und das Festhalten an Stabilisierungsmethoden, die das Argument des Bundeskanzlers scheinbar richtig machen.

Etwas gegen die Arbeitslosigkeit machen natürlich auch die deutsche, die englische, die französische, die amerikanische und die japanische Regierung. Aber offensichtlich ist es nicht mehr die Ambition in Deutschland, zu den 0,7 Prozent Arbeitslosigkeit zurückzugelangen, die man in den 60er Jahren hatte, beinahe ohne Inflation. Warum nicht? Vielleicht ist es utopisch. Aber es ist doch ein ziemlich breiter Abstand zwischen diesen 0,7 Prozent und den zirka 4 Prozent, die man mit der jetzigen Politik für die voraussehbare Zukunft beibehalten wird.

Es ist merkwürdig, daß man gegen die Inflation mit restriktiven Maßnahmen vorgeht, deren unmittelbare Wirkung eine Erhöhung der Durchschnittskosten ist, und die beinahe nur auf dem langen Umweg via lohnbremsende Arbeitslosigkeit die Preise bremsen. Warum nicht diejenigen Produktions- und Beschäftigungsförderungen wuchtig einsetzen, die einen direkten Druck nach unten auf die Kosten und Preise ausüben? Eine Produktionserhöhung, die zu einer besseren Ausnutzung der Produktionskapazität führt, bedeutet ja im Grunde eine Verminderung der durchschnittlichen Produktionskosten. Andere Kräfte treiben aber die Preise in der Expansionsphase nach oben. Man

sollte endlich durch marginale Herabsetzungen der Kosten den bisher nicht ausgelösten Preissenkungsmöglichkeiten der Vollbeschäftigung zum Durchbruch verhelfen.

Rothschild

Niemand von uns kann sagen, wie lange die Arbeitslosigkeit anhalten, ob sie länger oder kürzer als zehn Jahre dauern wird. Diese Krise ist aus einer Konstellation entstanden, die wir so vorher nicht gekannt haben.

Was wir aus der Entwicklung seit 1967 lernen können ist, daß die Euphorie zu Ende ist, die wir aufgrund der besonderen Situation der Nachkriegszeit bis etwa 1970 erlebt haben. Die frühere Annahme, mit den Rezessionen sei es jetzt vorbei, hat sich jedenfalls als falsch erwiesen. Wir können weiter daraus lernen, daß weder Politiker noch Wissenschaftler auf die dann einsetzenden Veränderungen vorbereitet waren. Das sollte uns nicht wieder passieren.

Schließlich müssen wir alles daransetzen, um aus der gegenwärtigen Situation der Ungewißheit herauszukommen. Ob es sich wirklich um eine langfristige Krise handelt, ist bei der Vielfalt der Umstände und der Gewichte, die wir nicht kennen, die für eine solche Prognose aber notwendig sind, nicht zu übersehen.

Man kann also weder sagen, es wird zehn Jahre dauern, noch es wird nicht zehn Jahre dauern.

Altmann

Das Problem ist, ob man politisch etwas tun muß.

Rothschild

Dem stimme ich völlig zu. Herr Hauff hat zu Recht von der politischen Brisanz dieses Themas gesprochen. Die Angst vor der Arbeitslosigkeit ist sehr weit verbreitet. Dabei ist auch die Frage relevant, wie viele Leute schon von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden und wie lange die Leute arbeitslos sind. Das Problem würde sich ganz anders ausnehmen, wenn jeder irgendwann einmal im Laufe von zehn Jahren einen oder zwei Monate arbeitslos ist. Aber wie Sie wissen, sind manche Leute gar nicht, andere dagegen öfter betroffen. Wir haben also bis zu einem gewissen Grade einen segmentierten Arbeitsmarkt.

Sicherlich ist Arbeitslosigkeit heute kein existenzielles Problem mehr - wie es das in den 30er Jahren war. Auf der anderen Seite haben sich aber unsere Vorstellungen gewandelt. Das gilt vor allem für die jungen Leute, insbesondere für junge Frauen, die in der Arbeit eben nicht mehr nur eine Möglichkeit sehen, etwas dazuzuverdienen, sondern die dies als ein selbstverständliches Recht betrachten.

In gewisser Hinsicht erleben wir heute schon wieder einen Rückschlag. In den 60er Jahren hatte man begonnen zu fragen, wie etwa die englische Ökonomen Joan Robbinson, ob es denn genüge, nur Vollbeschäftigung anzustreben. Man müsse die Frage stellen: wofür? - so wie Herr von Weizsäcker es vorhin getan hat. Sind wir nicht praktisch schon wieder dort angelangt, wo Keynes begonnen hatte? Werden wir nicht bald wieder sagen: Graben wir Löcher, und schütten wir diese dann zu?

Wir fragen also gar nicht mehr nach dem Sinn der Beschäftigung, sondern nur noch danach, wie wir die Arbeitslosen irgendwie loswerden. Wir sind in dieses Problem einfach hineingeschliddert, und wir müßten auf diese Fragen unbedingt eine Antwort finden - ganz unabhängig davon, wie wir die weitere Zukunft einschätzen, was wir sowieso nicht können.

Freiherr von Weizsäcker

Herr Tegtmeier sprach davon, man müsse nicht nur über technologische, sondern auch über soziale Erfindungen sprechen. Herr Fels hat relativ verschämt in einem Nebensatz einen Gedanken geäußert, den Gösta Rehn vor einigen Jahren in die Diskussion gebracht hat, daß nämlich jeder die Möglichkeit haben sollte, seine Präferenz Arbeitszeit versus Einkommen selbst zu bestimmen. Bisher wird Arbeitszeitverkürzung fast immer nur pauschal diskutiert; das gilt auch wieder für die 35-Stunden-Woche.

Eines der gesellschaftlichen Ziele, die wir anstreben, sind sozial intakte Gruppen. Eine der wichtigsten Entscheidungen in jeder Sozialen Gruppe, nämlich die Entscheidung über die eigene tägliche, wöchentliche, jährliche Arbeitszeit, bleibt aber unbeeinflussbar. Dann darf man sich nicht wundern, wenn das gewünschte Ziel nicht erreicht wird.

Könnte man sich nicht eine Wagnisfinanzierung für solche Unternehmen und Arbeitnehmer überlegen, die den Versuch machen, "Zeitsouveränität" einzuführen? Das verursacht natürlich Kosten genau wie andere Investitionen, ohne daß man die Wirkung genau vorhersagen kann. Es ist also ein Risiko darin enthalten. Es kann gut sein, daß es in einer Branche wegen irgendwelcher Verflechtungen nicht klappt, während es in einer anderen Branche sehr gut geht, womöglich sogar mit Gewinn.

Blüm

Ich wende mich gegen eine in dieser Gesellschaft weitverbreitete Stammtischlethargie, die so nach dem Motto verfährt: Wir haben es immer geschafft, warum sollten wir es diesmal nicht schaffen. Es stimmt zwar für die meisten Fälle in der Geschichte, daß man es irgendwie schon geschafft hat, nur schafft man es am Ende einer Epoche nicht mehr mit den in der Epoche gültigen Lösungsmöglichkeiten. Es könnte ja sein, daß wir am Ende einer Epoche stehen. Wer sagt denn, daß dieses Industriesystem zeitlos gültig wäre?

Wenn eine Umstellung von uns verlangt wird, dann gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder man nimmt diesen Umstellungsprozeß rechtzeitig und sachte vor, oder man wartet, bis das System zusammenbricht und wir uns dann einem rapiden Umbruch gegenübersehen. Je länger man wartet, um so geringer werden die politischen Wahlmöglichkeiten. Aus diesem Grunde bin ich schon dafür, alles einmal durchzuprobieren. Dabei müssen wir aber zugleich nach der moralischen Kraft oder der Idee fragen, die die verschiedenen Möglichkeiten zusammenspannt. Wenn es uns nämlich nicht gelingt, für die vielen Einzelschritte einen Hauptnenner zu finden, dann verlieren wir uns in einem Katalog von zusammenhanglosen Einzelmaßnahmen, wo jeder sein Lieblingsgeschäft betreibt.

Zunächst zum Wachstum. Ich bin mit Herrn Spethmann der Meinung, daß es auch im konventionellen, im traditionellen Bereich noch genügend Bedürfnisse gibt. Sie haben den Wohnungs- und Städtebau genannt. Das gleiche gilt für den Dienstleistungssektor. Auch da sind noch Ausdehnungsmöglichkeiten vorhanden.

Nur frage ich: Werden wir es mit Wachstum allein schaffen? Werden wir mit Wachstum dem technischen Fortschritt, der Arbeitsplätze einspart, die Balance halten? Mit anderen Worten: Wird es uns gelingen, die Arbeitsplätze, die auf der einen Seite wegfallen, durch neue Nachfrage an einer anderen Seite zu ersetzen? Da wachsen die Zweifel, und zwar nicht nur die ökonomischen. Geht von einer solchen Politik genügend Schubkraft für die nachwachsende Generation aus? Für die Nachkriegsgeneration war die jährliche Steigerung des Sozialproduktes schon beeindruckend. Ob das für unsere Söhne und Enkel noch so beeindruckend ist und sie motiviert, für dieses System einzutreten, würde ich persönlich sehr bezweifeln.

Kann die Lösung in einer Verlangsamung des technischen Fortschritts bestehen? Da haben so gut wie alle Generationen die Erfahrung gemacht, daß Denkverbote nicht sehr haltbar sind. Damit haben schon die mittelalterlichen Päpste relativ wenig Erfolg gehabt. Ich frage mich auch, ob es nicht stets ein Sinn des technischen Fortschritts gewesen ist, uns Arbeit zu erleichtern und zu ersparen. Das war beim Faustkeil wahrscheinlich nicht anders als heute bei den Mikroprozessoren.

Wenn das so ist, wird Arbeit knapper werden. Dann können wir hier sehr kunstvolle Diskussionen über Inflation, Stabilität und internationale Wechselkurse führen. Da sieht sich die Gesellschaft knallhart vor die Frage gestellt, ob wir die Arbeit für einen Teil der Arbeitnehmer reservieren und die anderen mitschleppen wollen. Materiell ist das überhaupt kein Problem. Das Verteilungsproblem ist zu lösen. Ich fürchte, wir sind bereits auf dem Wege in eine solche Zwei-Klassen-Gesellschaft. Das schlechte Gewissen beruhigen wir uns, indem wir die Schuld für die Arbeitslosigkeit zum Teil den Arbeitslosen selber geben. Dann kann sich der Bundeskanzler ja zur Ruhe setzen; dafür ist nicht die Politik zuständig, sondern der Beichtvater.

Ich stimme Herrn Fels zu, daß wir die Frage ernst nehmen sollten, ob Arbeitszeitverkürzung den Wunschvorstellungen der Gesellschaft entspricht. Das dürfen wir sicher nicht autoritär entscheiden. Es spricht aber mehr als ein Anzeichen dafür, daß sich in der Einstellung zur Arbeit etwas geändert hat. Warum kann das Gaststättengewerbe 50 000 Arbeitsplätze nicht besetzen? Weil die Arbeitszeit dort so lang und so geregelt ist, daß nur wenige sich dafür bereit finden. Selbst wenn Sie die Löhne dort verdreifachen würden, wären diese Arbeitsplätze nicht gefragt.

Im übrigen: Meinungsumfragen zeigen, daß sich in den letzten Jahren geradezu erdrutschartig die Wertschätzung der Freizeit gegenüber der Arbeit erhöht hat, und zwar nicht nur bei der jüngeren Generation. Der Appetit kommt beim Essen. Mit den Arbeitszeitverkürzungen ist auch der Hunger nach mehr Freizeit gewachsen. Das betrifft nicht nur eine kleine Minderheit, sondern 10,15 Prozent der Bevölkerung. Hier hat geradezu eine Klimaveränderung stattgefunden. Die nachwachsende

Generation hat nicht mehr jenes Arbeitsethos, das mein Großvater noch hatte. Der wußte gar nicht, wie schön es in Mallorca sein konnte. Wir sollten das zunächst einmal hinnehmen und nicht gleich moralisch zensieren.

Ich plädiere hier für eine möglichst individuelle Bestimmung der Arbeitszeit, bei einem Minimum an kollektiver Arbeitszeitverkürzung. Aber je länger wir warten, um so kleiner werden die Spielräume für die individuelle Arbeitszeitverkürzung.

Warum kann die ganze Arbeitszeitordnung nicht flexibler gestaltet werden? Wir werden wahrscheinlich auch aus anderen Gründen dazu übergehen müssen, die Arbeitszeit nicht mehr so kolonnenhaft zu organisieren, wie das heute der Fall ist. Morgens um 8 Uhr sind alle Städte verstopft, um 10 Uhr sind sie menschenleer; um 17 Uhr sind sie wieder verstopft und ab 19 Uhr menschenleer. Montags sind die Schwimmbäder leer, samstags sind sie überfüllt.

Hauff

Und sonntags geschlossen.

Blüm

Dafür können Sie dann ja in die Kirche gehen. Ich frage mich also, ob wir nicht auch aus anderen Gründen viel mehr Wahlmöglichkeiten, viel mehr Flexibilität schaffen müssen.

Können wir nicht auch die Übergänge zwischen den einzelnen Lebensphasen weicher gestalten? Heute geht das geradezu kopfsprungartig vor sich: von der Schule in den Beruf, vom Arbeitsleben in die Pension. Das müßte keineswegs so sein. Das hat erst diese militaristische Arbeitszeitordnung in der Industrie bewirkt, die bestenfalls 150 Jahre alt ist. Sicher, es gibt keine Rückkehr zur Natur, aber vielleicht wieder zu natürlicheren Verhältnissen. Warum soll die Frau nicht in Zeiten der Kindererziehung zu Hause bleiben können, um sich der Mutterarbeit zu widmen? Wieso ist eigentlich Mutterarbeit weniger wert, auch für die Gesellschaft, als Erwerbsarbeit?

Mertens

Oder Vaterarbeit.

Blüm

Oder Vaterarbeit. Ich glaube allerdings, daß in bestimmten Lebensphasen des Kindes der Vater nicht ganz die Mutter ersetzen kann. Es gibt einige natürliche Vorgegebenheiten, über die die Emanzipation nicht hinwegkommt, selbst wenn sie sich das selber einredet.

Dann müssen wir natürlich auch die Gesellschaft anders organisieren. Ich gebe zu, daß eine Mutter, die heute für fünf Jahre aus dem Arbeitsleben ausscheidet, auch aus der Karriere ausgeschieden ist. Aber müssen wir dann die Mütter ändern oder die Gesellschaft? Vielleicht brauchen wir ein völlig anderes Bildungssystem. Wieso muß die ganze Bildungszeit an den Anfang des Lebens gedrängt werden? Warum können Arbeitnehmer nicht dem Vorbild der verehrten Professoren folgen und auch mal ein Bildungsjahr nehmen? Warum sollen diese Privilegien eigentlich nur für bestimmte Berufe reserviert werden? Warum soll ein Arbeitnehmer nicht auch Wahlmöglichkeiten haben zwischen hohem Einkommen und langer Arbeitszeit und weniger Einkommen und kurzer Arbeitszeit? Muß denn eigentlich alles nach so kollektiven Lebensmustern organisiert werden?

In diesem Zusammenhang spielt meines Erachtens die "Entmilitarisierung" der Arbeitszeit eine wichtige Rolle. Natürlich will ich die Arbeitszeitverkürzung hier nicht als Simsalabim ausgeben; aber sie entspricht einem Bedürfnis vieler Bürger. Dann brauchen wir jedoch eine Bildungspolitik, die nicht mehr so ausschließlich auf das Berufsprestige fixiert ist - so neu wäre das im übrigen auch nicht; wir müßten nur bei früheren Mustern einige Anleihen machen. Wir brauchen wahrscheinlich auch eine Lohnpolitik und einen Einkommensbegriff, der sich nicht allein an Lohnprozentpunkten orientiert.

So revolutionär, wie das manchmal auch von den Gewerkschaften empfunden wird, ist das ja gar nicht. Eine pragmatische Lohnpolitik hat immer Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnerhöhungen verrechnet. Die Arbeitgeber haben in Tarifverhandlungen Urlaubsverlängerungen stets in Lohnpunkte umgerechnet, was die Gewerkschaftler in den Tarifkommissionen immer als unzulässig ablehnten. Wenn ihnen dann in den Delegiertenversammlungen der Gewerkschaften hinterher vorgeworfen wurde, die Lohnabschlüsse seien zu gering, haben sie ihrerseits auf die Arbeitszeitverkürzungen hingewiesen und diese ebenfalls in Lohnprozentpunkte umgerechnet.

Im übrigen könnte man die Lohnpolitik auch entkrampfen, wenn man Investivquote und Konsumquote nicht auf zwei Gruppen der Bevölkerung verteilt, sondern das etwas mischt. Wenn man Investiv-Lohnpolitik und Konsum-Lohnpolitik nicht sozusagen schichtenspezifisch unterteilt, würden Empfehlungen für die eine Seite verteilungspolitisch nicht nur einer Gruppe zugute kommen.

Mit anderen Worten: Wir haben die Debatte um die Arbeitszeitverkürzung bisher erstens viel zu defensiv geführt. Hier wurde gesagt, das machen wir erst, wenn wir resignieren. Ich sehe da eine große Chance zur Offensive. Zweitens haben wir sie zu einfallslos geführt. Ich behaupte, neun von zehn Zuhörern denken beim Stichwort Arbeitszeitverkürzung allein an die Wochenarbeitszeit, obwohl das nur eine unter vielen Möglichkeiten ist, die von mir noch nicht einmal bevorzugt wird. Drittens achten wir im Gefolge dieser Arbeitszeitverkürzung nicht auf die notwendigen Voraussetzungen in der Bildungspolitik und in der Lohnpolitik. Wenn man Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen will, dann sollte man nicht die Erwartung hegen - die man nicht erfüllen kann;- , daß wir zu den Lohnsteigerungsraten der Nachkriegszeit zurückkehren könnten. Die Produktivität läßt sich nicht zweimal verfüttern.

Ich bin allerdings der Meinung, daß wir alle diese Fragen wie Wachstum, Produktivität, Arbeitszeitverkürzung in den Zusammenhang einer Idee bringen müssen, nämlich einer Gesellschaft, die jeden nach seiner Fassung leben läßt. Das scheint mir eine Attraktion in einer entwickelten Industriegesellschaft zu sein. Wir stehen hier nicht vor der ideologischen Wasserscheide: Das eine ist ein materialistisches System, und das andere ist ein idealistisches System. Mein Gott, ich kenne Idealisten, die sich sehr materialistisch benehmen und umgekehrt. Ich glaube, daß diese alten Kampffahnen wenig hergeben. Viel eher scheint mir die Entscheidung zu sein: Wollen wir in einer pluralistischen Gesellschaft leben, möglichst bunt, oder wollen wir in einer uniformierten Gesellschaft leben, mit einem möglicherweise hohen Zufriedenheitsgrad?

Körper

Wenn Sie für eine möglichst individuelle Bestimmung der Arbeitszeit plädieren, Herr Blüm, machen Sie eine Arbeitsplatz- und damit Existenzsicherung durch die Unternehmer gegenüber den Arbeitnehmern unmöglich und vergrößern zwangsläufig das Arbeitslosenheer. Die Unternehmen leben bekanntlich von Aufträgen, und diese sind in unserer stark vom Exportwettbewerb abhängigen Bundesrepublik auch - und nicht zuletzt - an kurze Termine gebunden. Um diese Termine garantieren zu können, muß jede Unternehmensleitung den Produktionsprozeß bei auftretenden Schwierigkeiten aufgrund längerfristig gesicherter Arbeitskapazität der Mitarbeiter auch durch Sonderschichten und Überstunden flexibel steuern können. Ich bin überzeugt, den Vorschlag zur individuellen Wahl der Arbeitszeit kann nur jemand ersinnen, der noch nie die Existenzsicherung eines Unternehmens und die seiner Mitarbeiter im gnadenlosen Wettbewerb um Aufträge erkämpfen mußte.

Durch unsere höchsten Arbeitskosten in der Welt - sie sind höher als in den USA - sind unsere Produkte bereits die teuersten. Wenn wir sie im harten Wettbewerb noch absetzen können, dann vorwiegend durch kurze Termine und schnellen Service. Wenn dieser Ast, auf dem die produzierende Wirtschaft sitzt, auch noch durch Arbeitszeiten nach Lust und Laune der Arbeitnehmer abgesägt wird, werden noch mehr Betriebe zum Konkurs oder zur Abwanderung ins Ausland gezwungen.

Blüm

Ich würde einen freien Tag in der Woche nicht nur aus religiösen, sondern auch aus familiären Gründen festlegen. Aber der zweite freie Tag muß doch nicht für alle Menschen am Samstag liegen. Wieso kann man das nicht besser mischen?

Oder: Wieso muß die Teilzeitarbeit nur in Kategorien der täglichen Arbeitszeit gesehen werden? Warum nicht drei Wochen hintereinander arbeiten und dann eine Woche gar nicht? Das wird auch schon gemacht.

Ich meine jedenfalls, daß es auch organisatorisch mehr Möglichkeiten gibt, die Arbeitszeitordnung flexibler zu handhaben und zu entmilitarisieren, als das in der öffentlichen Diskussion bisher deutlich geworden ist.

Freiherr von Weizsäcker

In Frankreich hat sich vor einigen Jahren eine Arbeitsgruppe von befreundeten Leuten - Postangestellte, Sekretärinnen, Schichtarbeiter und andere - überlegt, wie ihre eigentlichen Präferenzen aussehen. Sie haben daraus ein Buch gemacht, das den bezeichnenden Titel trägt: "Travailler deux heures par jour." Das Buch enthält eine gesellschaftliche Utopie, die ich zwar nicht für richtig aber für bemerkenswert halte.

Vieles von dem Utopischen, was in diesem Buch steht, kann man subtrahieren. Meinetwegen geht man auf vier Stunden pro Tag. Das führt im Prinzip genau auf das, was Herr Blüm gesagt hat. Dabei bleibt übrigens der Druck auf das betreffende Land, technologisch an vorderster Front zu stehen, voll erhalten; er wird geradezu verstärkt. Sollte sich also so etwas wie eine englische Krankheit einschleichen, könnte diese relativ rasch kuriert werden.

Solche Zeitverkürzungsperspektiven gab es in den früheren Krisen zur Zeit von Keynes oder gar von Ricardo nicht. Das heißt, wir müssen uns darauf einstellen, daß manches von dem Instrumentarium, mit dem frühere Krisen bewältigt wurden, uns nicht viel weiter hilft, weil wir uns heute technologisch in einer ganz anderen Situation befinden.

Allenfalls könnte man weltwirtschaftlich argumentieren, wie Herr Häfele es getan hat, und sagen: Wir müssen viel arbeiten, um die Not der anderen zu lindern. Aber hier ist das, was Herr Blüm, Herr Kreye und andere gesagt haben, zumindest bedenkenswert, daß in der Dritten Welt Entwicklungen, die über den abstrakten Meßwert Bruttosozialprodukt hinausreichen, noch nicht stattgefunden haben - so die bisherige Empirie.

Für uns Industrieländer kann die Antwort auf diese Situation sicher nicht nur in der Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzung bestehen. Wir müssen uns auch fragen, wie wir mit der Arbeitszeitverkürzung fertig werden, ohne dabei einen moralischen Verfall zu erleiden oder sonstige Gefahren zu erleben. Sollte beispielsweise, wie das hier vorhin zu Recht kritisch gesagt wurde, Faulheit die Triebfeder sein, kann das auch kulturell negative Folgen haben. Im übrigen ist klar, daß kein Land hier einen Alleingang machen kann, sondern das geht nur, wenn sich in den Industrieländern insgesamt eine entsprechende Bewußtseinsbildung vollzieht.

Für diese Bewußtseinsbildung ist es jedoch unvermeidlich - das mag für Ökonomen eine ärgerliche Erkenntnis sein;- , daß man an einigen Stellen bis in die Anthropologie hineingeht. Hierzu ein paar Stichworte, die wesentlich Gedanken meiner Frau Christine v. W. wiedergeben: Was hat Arbeit ursprünglich für einen Sinn gehabt? Nun, Arbeit kann im ursprünglichen Sinn als die Leistung aufgefaßt werden, die man für das Überleben und für ein angenehmes Leben erbringen muß. Es ist aber auch die Leistung des Überlebens in Bewegung und Stoffwechsel bis hin zu Dingen wie Wundheilung und Babystillen. Wo die eigene Fähigkeit aufhört, zum Beispiel das Kind zu ernähren oder sich an einen anderen Ort zu bewegen, da sollte zunächst die Hilfe von Freunden, Nachbarn und Verwandten einsetzen. Erst wo das nicht mehr gegeben ist, dort setzt Erwerbsarbeit ein. Erwerbsarbeit ist also ursprünglich ein Substitut eines Substituts. Und doch steht sie heute im Mittelpunkt.

Ich halte es für eine menschlich grundverkehrte Fragestellung einiger Wachstumsökonomien: "Was können wir mit viel Phantasie noch ersetzen, nachdem wir bereits das Ruhebedürfnis durch Urlaubsaktivitäten und das Babystillen durch Pulvermilch und Medikamente substituiert haben?" Natürlich kann sich mancher Unternehmer da noch allerhand ausdenken; das mag sogar dem Arbeitsmarkt zuträglich sein, aber dem Menschen ist es abträglich.

Nun weiß natürlich auch ich - ganz im Sinne dessen, was Herr Fels einleitend gesagt hat;- , daß es laufend eine Art demokratischer Konsumentenabstimmung gibt, die bislang weitgehend zugunsten von Ferienindustrie und Pulvermilch ausgeht. Mir kommt es aber darauf an, daß es nicht mehr als Unglück aufgefaßt wird, wenn diese Abstimmung einmal anders ausgehen sollte. Jedes Stille, jede Nachbarschaftshilfe vermindert das Bruttosozialprodukt, ist aber für die Gesundheit und für den sozialen Zusammenhalt sicher erwünscht.

Wirtschaftspolitisch könnte das heißen, man sollte befördern und nicht behindern, wenn das Arbeitslosenproblem teilweise untertunnelt und nicht überstolpert wird - womöglich mit allerlei Nebenwirkungen, die dann ihrerseits eher schwerer zu lösen sind als das Arbeitslosenproblem selber. Ich denke etwa an das soziale Problem, das sich bei der Verpflanzung von Familien, denen man die örtliche Mobilität zugemutet hat, ergibt, oder an die Reaktorsicherheitspolizei und verschiedene andere Dinge, die im Rahmen der Energieversorgung vielleicht nötig sind. Wenn eine Untertunnelung möglich wäre, dann sollte man sich darüber freuen und nicht sagen: Um Gottes willen, jetzt sind die Arbeitsplätze von Nahrungskemikern und Polizisten verlorengegangen.

Krüper

Was Herr Blüm über die Flexibilität der Arbeitszeit und Arbeitszeitverkürzung und Herr von Weizsäcker über die Zeitsouveränität der Arbeitnehmer gesagt haben, finde ich sehr bemerkenswert. Dabei darf man allerdings nicht übersehen, daß zur Zeit auf der Unternehmenseite immer noch erhebliche Widerstände gegen Arbeitszeitverkürzung bestehen, die zunächst abgebaut werden

müßten. Selbst da, wo Finanzierungsmodelle angeboten werden, um die zusätzlichen Kosten von Arbeitszeitverkürzungen aufzufangen, etwa im Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, sind die Unternehmer dagegen.

In der Zigarettenindustrie beispielsweise ist von der Gewerkschaft vorgeschlagen worden, auf ein oder zwei Prozent Lohnerhöhung zu verzichten, und das gesparte Geld in einen Branchenfonds einzubringen. Aus dieser Branchenkasse sollten dann arbeitszeitverkürzende Maßnahmen finanziert werden - wenn Sie so wollen, kostenneutral. Trotzdem läuft dieses Modell nicht, aus politischen, ideologischen oder welchen Gründen auch immer.

Zum anderen: Es gibt auch in den Gewerkschaften einen breiten Konsens über die Notwendigkeit des technischen Fortschritts. Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik entwickeln sich nicht zu Maschinenstürmern. Es sollte aber auch einen Konsens darüber geben, daß die negativen Folgen der Rationalisierung weitgehend aufgefangen werden, beispielsweise durch Abgruppierungsschutz und ähnliche Dinge, wie sie im Tarifvertrag von Nordbaden-Nordwürttemberg stehen. Werden diese Folgen nämlich nicht aufgefangen, dann dürfte der Widerstand der Arbeitnehmer gegen den technischen Fortschritt so groß werden, daß man die Einführung neuer Technologien schließlich ganz verhindert.

Spethmann

Herr Krüper, ich hatte darauf hingewiesen: Wir haben Anlagen für vier D-Mark den Dollar investiert und müssen jetzt für zwei D-Mark gegen den Dollar konkurrieren. Außerdem sind die Personalkosten pro Beschäftigtenstunde gestiegen und die Effektivarbeitszeit ist zurückgegangen.

In dem Zusammenhang möchte ich betonen, daß für viele Industrien die voll kontinuierliche Arbeitszeit unverzichtbar ist wegen des Divisors für die Kapitalkosten. Das ist allein ein Ergebnis des Rechenstiftes. Wenn es gelingen würde, in sämtlichen Gesellschaftsordnungen, die auf diesem einheitlich gewordenen Weltmarkt miteinander in Konkurrenz stehen, ähnliches durchzusetzen, bin ich einverstanden.

Krüper

Arbeitszeitverkürzung bedeutet ja nicht, daß man dann keine voll kontinuierliche Arbeitszeit mehr haben.

Mertens

4 mal 6 ist auch 24.

Spethmann

Das mag ja an Ihrem grünen Tisch alles zutreffen. Aber ich muß doch diejenigen, für die ich verantwortlich bin, so behandeln, daß jeder das Gefühl hat, er habe gegenüber dem anderen vergleichbare Chancen. Und da unterscheiden sich voll kontinuierlich Arbeitende von den anderen. Das haben wir nun schon vier Jahre lang mit der gleitenden Arbeitszeit praktiziert. Wenn die gleitende Arbeitszeit keine größeren Spannweiten hat, dann hat das unter anderem auch damit etwas zu tun. Das läßt sich nicht rechnerisch lösen; das ist ein psychologisches Problem.

Körber

Ein Beispiel, Herr Krüper: Ich habe aus einer in Konkurs gegangenen Firma über 150 Mitarbeitern einen Arbeitsplatz in meinem Unternehmen angeboten. Da wurde sofort die Bedingung gestellt: Wir arbeiten aber keine Schicht. Wie wollen Sie da eine kontinuierliche Arbeit gewährleisten?

Krüper

Ich kenne Firmen, wo gerne in Schicht gearbeitet wird wegen der höheren Verdienste.

Körber

Na, dann haben die Leute noch keinen Farbfernseher und wollen sich erst einen anschaffen. Warum sucht wohl das Gaststättengewerbe trotz erhöhten Lohnangebotes seit Jahren 50 000 Mitarbeiter?

Schröder

Ich bin auch der Meinung, Herr Blüm, daß der Trend zum arbeitssparenden technischen Fortschritt nicht aufzuhalten ist. Er ist ebenso wünschbar; denn er befreit von Last und gibt verschiedene Wahlmöglichkeiten, die wir bis dahin nicht gehabt haben. Wo wird dieser Fortschritt umgesetzt werden? Da ist meine These, daß bei materiellen Konsumgütern in den hochentwickelten Ländern Sättigungstendenzen erkennbar sind. Wahrscheinlich ist das auch nötig. Denn neue materielle Konsumgüter in größerem Umfang zu erschließen verbietet sich einerseits aufgrund der Ressourcenknappheit, andererseits müssen wir ja den Wunsch der uns nachhinkenden Entwicklungsländer berücksichtigen, ebenfalls am materiellen Wohlstand teilzuhaben.

Herr Häfele und auch Herr Hauff haben darauf hingewiesen, daß wir in Zukunft mit Ressourcenproblemen sehr großen Ausmaßes konfrontiert sein werden, auch angesichts der wachsenden Weltbevölkerung. Wir werden also einen erheblichen Bedarf an Innovationen haben, die sowohl Rohstoffe sparen als auch neue Rohstoffe erschließen helfen. Sofern wir selbst diese Innovationen betreiben, haben sie für die inländische Nachfrage den gleichen Effekt wie neue materielle Konsumgüter.

Ich glaube allerdings nicht, daß es ausreichen wird, den arbeitssparenden technischen Fortschritt zu kompensieren, wenn wir Arbeitszeitverkürzung über das bisherige Maß hinaus zunächst ausschließen. Insofern sehe ich für die Zukunft auch keinen Arbeitskräftemangel, Herr Häfele. Vielleicht wird das in der Bundesrepublik der Fall sein, wenn sie sich besonders stark an diesen Innovationen beteiligt. Aber die demographische Situation in Ländern wie den USA oder Japan sieht anders aus. Und es werden weitere Länder hinzukommen, die in der Lage sind, im Jahr 2000 solche Innovationen anzubieten.

Stellt sich also doch die Frage nach mehr Freizeit. Was Herr Blüm gesagt hat, daß heute der Wunsch nach mehr Freizeit bestehe, scheint mir nicht der längerfristige Trend zu sein. Keynes meinte zwar, irgendwann werden wir den alten Adam abgestreift haben, und dann genügt es uns, drei Stunden pro Tag zu arbeiten, während wir ansonsten Freizeit haben. Ich weiß nicht, ob sich dieses Menschenbild in Zukunft durchsetzen wird. Gerade diejenigen, die vielleicht am besten gelernt haben, mit Freizeit umzugehen - etwa diejenigen, die hier am Tisch sitzen;- , sind meistens völlig überbeschäftigte Leute, die sich eigentlich auch gar nicht unwohl dabei fühlen, wenn man recht hinsieht. Ist das alter Adam?

Auch die steigenden Frauenerwerbsquoten in den 70er Jahren in allen europäischen Ländern, und zwar besonders in den hochentwickelten, wo kein materieller Druck dahinter stand, zeigen, daß möglicherweise Selbstentfaltung im Beruf, in einer befriedigenden Tätigkeit gesucht wird. Natürlich, wenn man am Fließband arbeitet, dann ist man froh, wenn man sich in der Freizeit ausruhen kann.

Es gibt aber auch Bedürfnisse in dieser hochentwickelten Gesellschaft, die durch bestimmte Tätigkeiten befriedigt werden können. Denken Sie nur an den ganzen Bereich der sozialen Dienste: Altenbetreuung, Behindertenbetreuung, Familienberatung und dergleichen, wo vieles im argen liegt. Damit hängt vielleicht auch der Anstieg der Kriminalität zusammen, auf den Herr von Weizsäcker hingewiesen hat.

Es geht also um Betätigungsmöglichkeiten, die zum Ziel haben, die sozialen Desintegrationserscheinungen, die eine Folge des gewaltigen Kraftaktes sind, mit dem wir uns auf den Reichtumslevel geschwungen haben, wieder abzubauen. Die Frage ist, ob solche Tätigkeiten ohne Bezahlung verrichtet werden. Dann würden die einen, die in der Industrie und in anderen Bereichen, die dem technischen Fortschritt zugänglich sind, arbeiten, Geld verdienen, während die anderen unentgeltlich tätig sind. Das wäre dann der andere Arbeitsmarkt. Oder ist hier eine Art Ausgleich denkbar, wo wir jedem etwas bezahlen?

Früher war es üblich, daß Nonnen oder nicht beschäftigte Bürgers- und Pastorenfrauen die Krankenpflege übernahmen. Heute finden wir niemanden mehr, der bereit ist, so etwas unentgeltlich zu tun, sondern wir müssen unsere Krankenschwestern bezahlen. Ich finde das auch vernünftig. Es ist eine zynische Einstellung zu sagen, die machen so etwas doch ganz gern und brauchen deshalb auch nicht dafür bezahlt zu werden.

Hauff

Wenn Herr Blüm recht hätte, daß die Präferenz der Arbeitnehmer eindeutig in Richtung Arbeitszeitverkürzung geht, dann bedürfte es keiner zusätzlichen politischen Impulse, um die Entwicklung dahin zu lenken. Wenn er sich dennoch mit so viel Engagement und Verve für die Arbeitszeitverkürzung einsetzt, dann glaube ich, daß er da mit Energie von den Problembereichen ablenkt, die wirklich regelungsbedürftig sind. Dabei erkenne ich durchaus an, daß Arbeitszeitverkürzung ein wichtiges Thema für die Stabilität ist.

Ich will drei Überlegungen im Hinblick auf eine Vollbeschäftigungsstrategie nennen, die mindestens gleichrangig neben der Arbeitszeitverkürzung stehen sollten. Zum Teil haben wir sie hier diskutiert.

Erstens: Schaffung von Möglichkeiten im Binnenmarkt. Da muß man in der Tat mit sehr viel mehr Phantasie herausfinden, wo die geeigneten Gebiete liegen. Manches davon läßt sich nur über die Mobilisierung von öffentlicher Nachfrage machen - nicht nur Bund oder Länder, zum Teil ganz anderer Art. Das ist nur mit zusätzlichen Anreizsystemen zu erreichen. Beispiel Bau, wo es um mehr Modernisierung von Altbauten geht. Wenn Ich unseren Binnenmarkt durchgehe, sehe ich den generellen Trend: Ausbau und Modernisierung statt Neubau. Das gilt auch für den Verkehrsbereich und für viele andere Bereiche mehr. Wie erhöht man die Lebensqualität in den Gemeinden, in den Städten? Da geht es um weit mehr als nur um die Wohnungsbaumodernisierung. Das kommt aber nicht von selbst. Da muß man schon in der politischen Auseinandersetzung einen Schwerpunkt setzen.

Zweitens: Wenn wir die Arbeitszeitverkürzung in großem Umfang praktizieren wollen, bleibt die Notwendigkeit, den technischen Fortschritt weiterzutreiben, um technologisch an der Spitze zu stehen. Und da müssen wir uns klar machen, daß es eine technikfeindliche Haltung nicht nur im Arbeitnehmerbereich, etwa bei den Betriebsräten gibt, sondern auch im Entscheidungsbereich der Unternehmer selbst. Wie kommt man hier zu gesellschaftspolitisch durchsetzbaren Innovationsstrategien? Die sehe ich noch nicht in dem Umfang, wie sie meines Erachtens notwendig wären.

Ich gehe noch einmal auf meine Ausgangsthese zurück und behaupte, eine solche Bemühung ist überhaupt nur durchsetzbar, wenn wir mit sozialer Innovation erst einmal eine Institution schaffen, in der sich darauf verständigt wird, was da vor sich geht. Nehmen Sie die gegenwärtige Diskussion in der Bundesrepublik über Mikroelektronik. Ich mache mir die Zahlen der Firma Nixdorf nicht zu eigen. Aber da die in dem Markt tätig sind, wird das von der Größenordnung her so in etwa richtig sein. Wenn die behaupten, eine massive Innovationsstrategie im Bereich der Datenendgeräte, der Terminals, schaffe ein Arbeitspotential in der Größenordnung von 1 Million Beschäftigten in den nächsten 10, 20 Jahren, dann sind das stolze Zahlen. Aber ich sehe die Innovationsstrategie noch nicht, die in breiter Front da hineingeht.

Im Zusammenhang mit der Mikroelektronik werden von uns gegenwärtig neue interessante Produkte definiert, die die Chance für ganz neue Arbeitsplätze eröffnen. Man kann über Dezentralisierung, Energieeinsparung, Umweltschutzsysteme, Sicherheitstechnik und so weiter nachdenken. Diese Diskussion wird heute noch nicht mit dem Willen nach vorne geführt, sondern zu sehr in dem Bewußtsein: Um Gottes willen, wir haben jetzt schon Probleme, nun kommen noch weitere hinzu.

In diesen Fragen muß ein Grundkonsens geschaffen werden, und zwar ein konkreter, nicht ein allgemeiner, der Art, daß man etwa sagt: Auf technischen Fortschritt kann man nicht verzichten. Ein solcher Konsens muß vielmehr einigermaßen handlungsanleitend und verständlich sein und zum Gegenstand von Willensbildungsprozessen gemacht werden können, auch innerhalb der Arbeitnehmerorganisationen. Solange das nicht der Fall ist, fehlt uns der Grundkonsens, der für eine wirkliche Innovationsstrategie, die nach vorne geht, erforderlich ist.

Beim Energieeinsparen beispielsweise besteht das Hauptproblem nicht in fehlenden technischen Konzepten oder in der Lösung der Finanzierungsfrage, sondern in der politischen Durchsetzungsfähigkeit in unserem Land. Politisches bargaining überlagert die sachliche Regelung des Problems. Der Grundwiderspruch liegt in unserem politischen System, das sich in seinen Zeit- und Entscheidungshorizonten an einer Legislaturperiode orientiert, während wir es mit wirtschaftlichen Entwicklungen zu tun haben, die sich nur in einem Zeitraum von 10 Jahren aufwärts vernünftig analysieren und beantworten lassen. Wenn wir in unserem Staat die soziale Innovation nicht schaffen, politische Entscheidungsprozesse an solchen Zeitdimensionen zu orientieren, dann fürchte ich, werden wir die notwendige Umstrukturierung überhaupt nicht schaffen können.

Wo immer man in den Prozeß hineingeht: Verlagerung von Industrien in andere Länder; Konzentration auf technisch intelligente, know-how-intensive Produkte und so weiter, dies ist, wenn Sie sich die einzelnen Branchen in der Bundesrepublik einmal konkret anschauen, nur durchführbar, wenn sich diejenigen, die am Entscheidungsprozeß beteiligt sind, verständigen. Damit meine ich in erster Linie die Tarifvertragsparteien.

Deshalb halte ich die Polemik von Herrn Biedenkopf gegen die Gewerkschaften in der Situation, in der wir uns heute befinden, nicht nur für gesellschaftspolitisch falsch, sondern für ökonomisch gefährlich. Denn die kooperativen Strategien, die notwendig sind, um eine neue Weltwirtschaftsordnung

durchzusetzen, sind nur zu bewältigen, wenn wir sie innenpolitisch durch entsprechende neue Institutionen absichern.

Spethmann

Das geschieht von Fall zu Fall mit der jeweils betroffenen Gewerkschaft.

Hauff

Die Wirtschaft ist da im Grunde weiter als die Politik.

Drittes Beispiel: Humanisierung. Ich kann die Diskussion nicht verstehen, die dahin geht, daß man Erwerbsarbeit zur Restkategorie erklärt, solange im industriellen Bereich weit über 50 Prozent der Menschen beschäftigt sind, dort ihr Brot verdienen und zum Teil ihre Gesundheit verlieren. Deshalb stimme ich Herrn Merkel von Bosch zu, wenn er sagt, die Humanisierung unserer industriellen Arbeitswelt sei das zentrale gesellschaftspolitische Thema. Für den Rest dieses Jahrhunderts muß man sich dem wirklich stellen und darauf antworten können. Da geht es zum Beispiel um Arbeitsplätze mit wirklichen Dispositionsspielräumen. Aber Humanisierung der Arbeit betrifft nicht nur die gewerbliche Arbeit.

Arbeit ist für mich - vielleicht unterscheide ich mich da von Herrn Blüm - nicht nur die Last, die man möglichst gering zu halten hat. Arbeit ist für mich immer auch - gerade vergesellschaftete Arbeit - ein Stück Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, ein Stück Selbstverwirklichung; natürlich nicht, wenn man am Fließband steht und dort Schraube um Schraube reindreihen muß. Aber wenn es uns von dorthin gelingt, neue Formen der Motivation in die industrielle Arbeitsweise hineinzubringen, dann ist dies ebenfalls ein Element, das für eine breite Vollbeschäftigungsstrategie erforderlich ist.

Ein weiterer Punkt betrifft das Thema Ausbau des privaten und öffentlichen Dienstleistungssektors. Wir haben in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Ländern eine Überindustrialisierung, wenn man so will. Wenn man sich die Prozesse ansieht, die in anderen Ländern in den letzten 10,20 Jahren stattgefunden haben, so ist klar zu erkennen, was für Probleme auf uns zukommen werden. Auch da werden sich Lösungen nicht von selbst einstellen, um die Vollbeschäftigung zuzusichern.

Die hemmungslose Polemik gegen jede Art von staatlicher Tätigkeit hilft hier nicht weiter, vernebelt das Problem eher, als daß sie wirklich zur Erkenntnis beiträgt. Dabei gebe ich denen recht, die sagen, wir hätten in der Vergangenheit zu viel an Verstaatlichung und zu wenig an Vergesellschaftung gemacht. Wir haben zuviele riesige Hierarchien aufgebaut und zu wenig Kontrolle der neuen Dienste, die man geschaffen hat, durch gesellschaftliche Gruppen vorgesehen.

Um ein Beispiel zu nennen: Wenn Herr Steinkühler in Baden-Württemberg empfiehlt, seine Betriebsräte sollten endlich keinen Überstunden mehr zustimmen, dann kommen die natürlich in eine Klemme zwischen Geschäftsführung und Belegschaft, die beide dafür sind, daß weiter Überstunden gemacht werden. Dann geschieht gar nichts. Ich halte aber sehr viel davon, wie das in Schweden geregelt ist. Nicht durch einen Staatskommissar; vielmehr gibt es dort in den größeren Betrieben eine Institution, wo die Tarifvertragsparteien - Gewerkschaften, Arbeitgeber und Arbeitsmarktverwaltung - einmal im Jahr zusammensitzen und sich ansehen, wo es in den Betrieben strukturelle Überstunden gibt. Dann werden Vorschläge ausgearbeitet und von dorthin eine Änderung der Meinungsbildung eingeleitet.

Alle diese Elemente zusammengenommen - Ausbau statt Neubau, Innovationsstrategien, neue zukunftsorientierte Arbeitsplätze vor allem in den Bereichen, die unter den sehr langfristigen Aspekten dringend erforderlich sind, Herr Häfele hat sie genannt: Energie einsparen und Rohstoffe schonen; -, dies alles läßt dann doch einen gewissen Optimismus zu. Da könnte man jetzt überall beginnen; denn an Konzepten fehlt es nicht. Ich weiß aber nicht, ob wir wirklich die Kraft zur Integration, zur Konsensbildung haben werden, ob wir tatsächlich in der Lage sein werden, in weiten Bereichen von Politik und Gesellschaft statt Konfrontation Kooperation zu praktizieren.

Man darf Innovation auch nicht mit Mehrausgaben für Forschung und Technologie verwechseln. Nirgendwo kann man sinnloser Geld ausgeben als im Bereich Forschung und Technologie. Innovation muß verstanden werden als der Versuch, ausgehend von wissenschaftlichen Erkenntnissen, zu marktfähigen Produkten zu kommen. Es müßte das gemeinsame Interesse sein, neue Produkte und neue Verfahrensweisen zu entwickeln und auf den Weltmärkten anzubieten. Dann könnte auch das überwunden werden, was vermutlich das größte Hindernis bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit darstellt: Ich meine den Hang, um nicht zu sagen, die Lust zur Resignation, die ich in unserer Gesellschaft sehe.

Fels

Lassen Sie mich noch etwas zur längerfristigen Perspektive sagen. Wir haben bis 1985 eine demographische Entwicklung vor uns, die durch eine Zunahme des inländischen Erwerbspersonenpotentials gekennzeichnet ist. Danach wird dieses Potential deutlich abnehmen.

Vor diesem Hintergrund muß man einige Fragen stellen: Sollen wir nicht die Zeit bis Mitte der 80er Jahre nutzen, um den Produktionsapparat zu modernisieren, die Produktivität zu steigern, damit dann die sozialen Aufgaben auch von weniger Erwerbstätigen bewältigt werden können? Ist dies eigentlich die Zeit, in Resignation hinsichtlich der Beschäftigungschancen zu verfallen, in der immense Probleme in den Entwicklungsländern vor uns liegen und auch im eigenen Land noch längst nicht alles zum besten steht? Gibt es nicht gerade in den breiten Schichten der Bevölkerung - um nur ein Beispiel zu nennen - noch einen großen Bedarf an Wohnraum in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht? Warum muß die deutsche Arbeitnehmerfamilie auf einer Fläche von 80 qm wohnen?

Wer sich für eine forcierte Arbeitszeitverkürzung ausspricht, kann sich nur auf einen Nachfragepessimismus stützen, jedenfalls dann, wenn er die Präferenzen der Bürger respektieren möchte. Er muß dann aber auch Antworten auf die gestellten Fragen finden. Hinter einer Strategie der forcierten Arbeitszeitverkürzung, wenn sie auf einer Präferenz für mehr Freizeit beruhen sollte, verbirgt sich in der Tat ein Votum gegen eine mögliche Steigerung des Lebensstandards durch mehr Waren und Dienstleistungen.

Freiherr von Weizsäcker

Nicht notwendig. Selbstbau und dergleichen kosten mehr Zeit.

Bombach

Je länger die Freizeit wird, um so wichtiger wird die schöne Wohnung, weil sich das Leben wieder vom Betrieb ins Haus verlagert.

Fels

Wie steht es aber um die Präferenz für mehr Freizeit? Es ist zwar häufig von der 35-Stunden-Woche die Rede, in den Tarifkommissionen geht es dann aber um mehr Lohn.

Krüper

In der Stahlrunde wurde schon die 35-Stunden-Woche gefordert.

Fels

Gefordert, aber es hat sich in dieser Lohnrunde noch nicht manifestiert. Denken Sie nur daran, welche Schwierigkeiten es Betriebsräten gemacht hat, der Belegschaft gegenüber die Verweigerung von Überstunden zu vertreten. Ich würde also hinter die hier behauptete Präferenz für mehr Freizeit ein Fragezeichen setzen.

Nachfragepessimismus ist zwar in Mode, besonders bei Leuten, die sich eines Lebensstandards erfreuen, der für die breiten Schichten der Bevölkerung noch in weiter Ferne liegt. Es wird - auch mit wissenschaftlichem Anspruch - immer wieder behauptet, daß die Konsumwünsche an Sättigungsgrenzen stießen, so daß die Verbrauchsnachfrage mehr und mehr an Dynamik verliere, was sich schließlich auch auf die Investitionsnachfrage auswirken müsse. Die Produktion könne deshalb in Zukunft nicht mehr so schnell zunehmen, wie es notwendig wäre, um die Freisetzungswirkungen des technischen Fortschritts aufzufangen. Zwar ist es etwas Alltägliches, daß auf einzelnen Märkten Sättigungstendenzen auftreten. Daraus folgt aber nicht, daß die Volkswirtschaft als Ganzes auf Sättigungsgrenzen stoßen muß, denn es entsteht auch immer neuer Bedarf.

Überhaupt ist es eine schwer nachvollziehbare Vorstellung, daß die Bedürfnisse knapp sein sollen und nicht mehr die Güter, die zu ihrer Deckung dienen. Hinter dem Drängen breiter Bevölkerungsschichten nach mehr Einkommen steht der Wunsch nach mehr Gütern, ob für den laufenden oder künftigen Bedarf. Und bessere Beschäftigungs- und Aufstiegschancen werden nicht zuletzt deshalb gewünscht, weil ihre Nutzung einen höheren Lebensstandard verspricht. Die Güter, die in Zukunft das Wachstum tragen werden, müssen freilich nicht in dem Maße wie bisher materielle Güter sein, sie können vermehrt im Bereich von Kultur, Kommunikation, Bildung und Gesundheit angesiedelt sein. Die Zusammensetzung des Güterkorbs, der nachgefragt wird, mag sich ändern - und

zuweilen bereitet dieser Strukturwandel Schwierigkeiten;- , der "kalte Stern der Knappheit" strahlt jedoch nach wie vor. Wir leben noch nicht im Schlaraffenland.

Streissler

Wie Herr Fels bin ich der Auffassung, daß die gesetzlichen Schranken im Hinblick auf eine freie Wahl der Arbeitszeit so weit wie möglich abgebaut werden sollten. Herr Spethmann hat indes darauf hingewiesen, daß es gar nicht so sehr die gesetzlichen Schranken sind, die diese Freiheit restringieren, sondern vielmehr die sozialen Zusammenhänge. Als Ökonom gehe ich davon aus, daß die sozialen Wandlungen in unseren heutigen Industriegesellschaften in einem engen Zusammenhang mit dem Einkommen und dem allgemeinen Wirtschaftswachstum stehen. Das bedeutet, daß so etwas wie die Arbeitszeitverkürzung in engem Zusammenhang mit der Steigerung des Einkommens steht und vergleichsweise langsam vor sich geht.

Es wird also nicht leicht sein, eine solche Arbeitszeitverkürzung, die individuell gewollt sein mag, generell durchzusetzen, da viele soziale Hemmnisse einer kurzfristigen Realisierung entgegenstehen. Nun hat auf der anderen Seite in den letzten 50 bis 100 Jahren ja tatsächlich eine rapide und kontinuierliche Verkürzung der Arbeitszeit stattgefunden. Dieser Prozeß geht selbstverständlich weiter.

Ich würde Herrn von Weizsäcker zustimmen, daß man die Arbeitszeitverkürzung in der gegenwärtigen Situation so weit wie möglich fördern sollte. Ich bin freilich nicht ganz von seinem anthropologischen Argument überzeugt, daß Arbeit gleichsam die letzte Aushilfsgröße ist, man also zunächst auf Familie und Nachbarn zurückgreifen sollte. Denn durch die Wandlungen der Industriegesellschaft sind sowohl das Großfamilien- wie auch das Nachbarschaftsverhältnis weitgehend zerstört worden. Ich habe neulich zu einem Taxifahrer gesagt, ich könne mir nicht vorstellen, daß man Terroristen in einem Wohnbau nicht sofort herausfände, worauf der Taxifahrer erwiderte, er wisse gar nicht, wer mit ihm in seinem Hause wohne.

Nun hat die Erhöhung der Investitionstätigkeit auch arbeitssparende technologische Fortschritte zur Folge, die es ermöglichen, Arbeitszeitverkürzungen vorzunehmen. Wie Herr Häfele betont hat, führen Investitionen vor allem zu Wachstumssteigerungen, während ein Teil der Produktivitätserhöhung in Arbeitszeitverkürzungen lukriert wird.

Sollen die Investitionen über staatliche Leistungen oder über den Markt finanziert werden? Das ist immer eine Frage zwischen uns Ökonomen und den Ingenieuren. Auch hier ist ein Mittelweg denkbar, indem eine staatliche Unterstützung von im wesentlichen privatwirtschaftlichen Investitionen möglich ist. Es gibt die verschiedensten Formen der Überbrückung, auch für eine 20-Jahre-Perspektive. Auf diese Weise könnten die Möglichkeiten privatwirtschaftlicher Effizienz genutzt werden, ohne daß das Risiko voll von den privaten Unternehmern zu tragen ist.

Nun bin ich der Meinung, daß zwischen Investitionen und Wachstum ein fester Zusammenhang besteht, allerdings nur in einer langfristigen Perspektive. Erst nach 10 bis 15 Jahren schaffen Investitionen dasjenige Maß an technischem Fortschritt, das dann zu einer fast regelmäßigen Erhöhung der Wachstumsraten führt. Weil dieser Prozeß so langfristig ist, wird er vielfach überdeckt, und wir erkennen ihn nicht so genau, zumal die meisten ökonomischen Relationen ja nicht so sehr präzise sind. Jedenfalls hat eine Steigerung der Investitionsquote langfristig eine Erhöhung der Wachstumsrate zur Folge, wobei man natürlich die Arbeitszeitverkürzungen mit berücksichtigen muß.

Eine Frage möchte ich am Schluß noch behandeln. Ist es unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht doch problematisch, wenn man zur Investitionssubventionierung aufruft? Mein Argument ist: Investitionen haben vor allem auch positive externe Effekte und nicht nur privatwirtschaftliche Vorteile. Herr Häfele sprach von Investitionen, die sich erst langfristig rentieren, und Herr Körber wies auf den Zusammenhang mit anderen Investitionen hin. Das ist der externe Effekt, der eine Investitionssubventionierung rechtfertigt.

Wenn Sie in dieser Hinsicht skeptisch sein sollten, vergessen Sie bitte eines nicht: In Wahrheit haben stets alle kapitalistischen Wirtschaften Investitionen staatlich gefördert, selbst in den typischen liberalen Perioden des Industrialisierungsprozesses im 18. und 19. Jahrhundert. Damals wurde diese Förderung des technischen Fortschritts zu einem Gutteil allerdings über Militärausgaben vorgenommen. Das waren spezifische Investitionen, die dann starke Rückkopplungseffekte auf die Gesamtwirtschaft hatten.

Wenn Herr Mertens das schöne Wort aussprach, der Krieg erscheine uns heutzutage nicht mehr als sinnvolles Instrument, dann müssen wir aber auch bereit sein, das, was man früher unter dem Motto

der militärischen Förderung tat, nunmehr in anderen, zivilen Formen der öffentlichen Subventionierung vorzunehmen. Wir können nur hoffen, daß dieses Rezept ebenso hilfreich sein wird.

Bombach

Wie so oft, enden wir in Bergedorf mit der Feststellung, daß uns Stoff für weitere Bergedorfer Gespräche bleibt. Wir haben nur am Rande den Zusammenhang von Lohnhöhe und Beschäftigung und die Frage, inwieweit die Investitionstätigkeit durch maßvolle Lohnpolitik angeregt werden kann, diskutiert. Diese Thesen von Herrn Fels scheinen mir in der Bundesrepublik aber eher etwas zuviel diskutiert zu werden. Wir haben sie bei der außenwirtschaftlichen Debatte mit gestreift.

Sehr bedauere ich, daß wir nicht auf die strukturpolitischen Probleme eingegangen sind, die Herr Hauff in den Mittelpunkt seines Referates gestellt hat. Wie erreichen wir die notwendige höhere regionale, sektorale und Berufsmobilität? Brauchen wir dafür eine Strukturpolitik oder was immer?

Schließlich die Frage: Gibt es lohnende Investitionsobjekte für die nächsten 10 Jahre, um Beschäftigung zu schaffen? Ich meine, es lohnt nicht, den Umweg über das Wachstum zu gehen und zu fragen: Wieviel Wachstum brauchen wir? Denn die Zusammenhänge zwischen Wachstum und Beschäftigung sind ziemlich unsicher; noch unsicherer sind die Zusammenhänge zwischen Investitionstätigkeit und Wachstum. Wir wollen Beschäftigung schaffen, und darüber wissen wir immerhin etwas besser Bescheid als über die Gestaltbarkeit des Wachstums, das manche auch gar nicht mehr wollen.

Wir wissen, was Investitionen sind, und wir wissen, daß Investitionen Beschäftigung bringen. Wenn man investiert, wird es vermutlich auch wieder Wachstum geben. Wenn man langfristig investiert, wird das Wachstum zwar in der Gegenwart geringer sein, dann werden wir aber weniger Probleme im Jahr 2000 haben und vice versa. Wir haben den demographischen Zwang festgestellt, die Investitionen heute und nicht erst im Jahr 2000 durchzuführen, weil dann die Beanspruchung der Ressourcen viel größer sein wird. Die Diskussion hat gezeigt, daß es lohnende Investitionsobjekte in Fülle gibt, mehr vielleicht, als wir nutzen können. Wir müssen also nicht im Sinne von Keynes Löcher in die Erde graben und sie hinterher wieder zuschütten.

Herr Spethmann hat die Chancen im Bausektor genannt. Hier unterscheidet sich die Situation in der Bundesrepublik völlig von der in der Schweiz. Wir haben alle Wohnungen neu gebaut, und alle sind recht komfortabel; es gibt bei uns keine Manövriermasse wie in der Bundesrepublik. Die Frage ist: Wo liegen die Hindernisse? Ist es die Finanzierung? Sind es administrative Hindernisse? Sind es die Mietzinsblockierungen? Warum geht es in der Bundesrepublik nicht schneller? Wir haben weiter die Rohstoffsubstitution, also große Investitionen bei Rohstoffersatz und Energie erwähnt.

Herr Oppenländer hat darauf hingewiesen, daß die Investitionsquote in der Bundesrepublik - wie in anderen Ländern auch - zurückgegangen ist. Diese Tatsache besagt, daß unser Produktionsapparat älter geworden ist. Das DIW in Berlin hat festgestellt, daß sich das Durchschnittsalter innerhalb einer relativ kurzen Zeit verdoppelt hat.

Wir stehen also vor der Situation, daß eigentlich investiert werden müßte. Wir bekommen aber von den Unternehmern ständig die Antwort: Die Maschinen laufen ja noch, weshalb soll ich neue kaufen, wenn es an Aufträgen fehlt. Jeder wartet, daß die anderen beginnen. Dies ist jene Pattsituation, die Keynes mit dem Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung beschrieben hat, eine These, die Wissenschaftler furchtbar aufgeregt hat und dies heute wieder tut.

In einer solchen Pattsituation, in der jeder auf den anderen wartet, befinden wir uns heute. Die Frage lautet: Wie kommt der Investitionsprozeß wieder in Gang? Welche Instrumente stehen uns dafür zur Verfügung? Genügt eine Zurückhaltung an der Lohnfront? Brauchen wir fiskale Anreize? Soll der Staat selbst investieren? Hier wurden Vorbehalte angemeldet mit dem Hinweis, der Bürger wolle nicht mehr Staat; somit sollte der Staat eher danach Ausschau halten, wie er die private Investitionstätigkeit wieder in Gang bringt. Einer der wenigen Punkte, wo wir offenbar alle einer Meinung sind, war, daß wir den technischen Fortschritt brauchen und fördern müssen. Wo sind aber die strategischen Ansatzpunkte dafür?

Körber

Ist Arbeitslosigkeit ein Jahrhundertproblem oder nur eine Herausforderung für die nächsten zehn Jahre? In jedem Fall ist es eine ernste wirtschafts- und sozialpolitische Frage, auf die wir auch heute keine zureichende Antwort gefunden haben. Gerade angesichts der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, der immer stärker werdenden Tendenz zu einer one-world, mit ihren

Rückwirkungen auf die einzelnen Länder, ist Skepsis angebracht, ob es ausreicht, mit nationalen Maßnahmen an den Symptomen herumkurieren zu wollen.

Für mich sind aus diesem Gespräch vor allem zwei Erkenntnisse wesentlich. Erstens: So wichtig Wachstumsimpulse und ein hoher Investitionsaufwand zur Belebung der Konjunktur sein mögen, entscheidend ist eine Innovationsstrategie, die in der Förderung und Einführung neuer Technologien ihren Ausdruck finden muß. Wichtig erscheint mir der Hinweis von Herrn Häfele auf die strategischen Investitionen, beispielsweise auf dem Energiesektor, mit denen wir heute schon die Probleme ansehen sollten, die mit Sicherheit nach dem Jahre 2000 auf uns zukommen.

Die zweite Erkenntnis liegt auf einer ganz anderen Ebene. Sie betrifft die langfristig notwendige Bewußtseinsänderung in den Bevölkerungen insbesondere der hochentwickelten westlichen Industrieländer gegenüber dem Phänomen Arbeit und den materiellen Werten überhaupt. Ich habe großen Zweifel, ob Arbeit und Wohlstand für die nachwachsenden Generationen auf Dauer jene Schubkraft auslösen können, die sie für eine erfolgreiche individuelle Lebensbewältigung brauchen. Damit will ich nicht in den Chor der Kulturpessimisten einstimmen, die in Krisenzeiten stets zu lamentieren beginnen, sondern ich will deutlich machen, daß Tugend und Moral ihre eigenen Gesetze haben, die bei uns mehr und mehr in Vergessenheit geraten sind. Dazu gehört etwa die Frage nach dem Wozu eines wirtschaftlichen Fortschritts, der sich nur noch aus sich selbst begreift.

Neben diesen beiden großen Problemkreisen der Innovationsstrategie und der Bewußtseinsänderung ist das Verhältnis von Arbeitsmarkt und Beschäftigungssystem stärker in den Vordergrund zu rücken. Hier stellen sich neue politische Aufgaben, vor allem im Blick auf eine Ausdehnung der öffentlichen Dienstleistungen. Was mich dabei bedrückt, ist die Tatsache, daß wir noch keine Strategie gefunden haben, um zu verhindern, daß solche Bemühungen sich in einem Initiative hemmenden Bürokratismus auswachsen und in einem Wuchern der Privilegien von Interessengruppen auf Kosten der Allgemeinheit enden, was das Handeln des Staates oft so gefährlich kostspielig macht.